Informations-Dienst

zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten

ID

D 1870 CX

ERSCHEINT WÖCHENTLICH
REDAKTIONSSCHLUSS: Donnerstag, 16Uhr
POSTANSCHRIFT:Postfach 900 343, 6000 Frankfurt 90
DRUCK:Druckladen,Hamburger Allee 45,6000 Frankfurt 90

NR. 232

3.JUNI

WOZU SIND EIGENTLICH DIE VIELEN GRENZEN DA?" -- „ZUM ÜBERSCHREITEN!"

„Daß die Überschreitung einer Grenze, zumal einer Staatsgrenze, in den letzten Jahren immer verdrießlicher geworden ist, haben viele mitbekommen: Ich, du, wir, auch Demokraten, Kommunisten, Sozialisten, Urlauber, Umweltschützer, Ausflügler, Familien, unbescholtene Linksradikale und bescholtene Linke, Terror- und Touristen. Wer ins Ausland fahren will, sollte heutzutage zu der Fahrzeit einen ausgedehnten Grenzaufenthalt dazuplanen und dementsprechend früher aufstehen. Die Zusatzzeit berechnet sich nach dem sogenannten **„Maihofer-Quotienten"**:

+ Lange Haare	10 Minuten
+ Atomkraft Nein Danke Plakette	10 Minuten plus einfache Durchsuchung
+ Staatsabträgliches Äußeres	10 Minuten plus Computerüberprüfung
+ leicht vergammeltes Fahrzeug	10 Minuten plus Überprüfung von Kfz-Papieren, Führerschein und Bremsbelägen
+ Mitführen einer dem Bundesgrenz bzw. Verfassungsschutz mißliebigen Zeitschrift, Buch oder Platte	10 Minuten plus Computereintragung, der dann bei der nächsten Grenze abgerufen wird und dir noch mal 10 Minuten einbringt
+ Mitgliedschaft in einer politischen Gruppe	10 Minuten plus große Durchsuchung, Computer wie oben
+ unbestimmter Verdacht eines diensthabenden Zöllners oder Grenzschützers, der gerade schlecht geschlafen hat	30 bis 60 Minuten, barsche Behandlung, Leibesvisitation, Verhöre
+ Kichern, Grinsen, freche Kinder, pinkelnde Hunde, Protest gegen schikanöse Behandlung	siehe oben

Diese Punkte werden je nach Lage und Laune an der Grenzstation kombiniert und erweitert. Die angegebenen Zeiten stellen den langjährigen Mittelwert dar, für ihre Einhaltung gibt es keinen Rechtsanspruch! Wenn es ganz Dicke kommt, macht der **„Maihofer-Quotient"** 50% einer freiheitlich-demokratischen Urlaubsfahrt aus.
Dabei war das nicht immer so: im Zuge der vielgepriesenen europäischen Einigung waren sich alle einig, daß die Grenzen der Nationalstaaten der Vergangenheit angehörten (gehören sie auch!) - europäische Vorkämpfer rannten in den 50er Jahren sogar gewaltsam die blöden Schlagbäume um, und Recht hatten sie! Für den Warenverkehr, für Handel, Wandel und Geschäft sind die westeuropäischen Grenzen auch tatsächlich am Absterben, nur wenn Leute wie du und ich einfach mal von hier nach da wollen, erregt das den aufmerksamen Verdacht von unzähligen bewaffneten Grenzbeamten. Die Europäer haben sich inzwischen auf das Deutsche Modell geeinigt, die Grenzen zu riesigen Kontroll- und Schnüffelzonen auszubauen, zu festinstallierten Fahndungsposten.
Nach den letzten Enthüllungen wissen wir: es genügt, die falsche Urlaubslektüre eingepackt zu haben und schon merkt sich „Commisar Computer" für alle Zeiten und alle Grenzübertritte, daß in deiner Verfassungstreue der Wurm ist. - Und dieser Wurm wird steckbrieflich gesucht! Jahrelang mußten wir die strapaziösen Kontrollen hilflos, zähneknirschend, verängstigt und vereinzelt über uns ergehen lassen - **nun wollen wir unsererseits gemeinsam eine Grenzstation prüfen. Wir rufen alle Grenzgeschädigten, Grenzgegner und grenzgeschädigten Grenzgegner auf**

ZUM GROSSEN GRENZGÄNGERFEST AM 10. JUNI IN LÜTTICH

Mit einem kollektiven GRENZ-TÜV wollen wir die behördliche Praxis des „Maihofer-Quotienten" kritisch überprüfen. Jede und jeder, der sich in letzter Zeit mit lästigen Kontrollen an überflüssigen Grenzen herumschlagen mußte und sich damit nicht abfinden will, ist aufgerufen am 10. JUNI UM 12 UHR NACH AACHEN AUF DEN GROSSEN PARKPLATZ DER TECHNISCHEN HOCHSCHULE zu kommen - um 14 UHR ist dann ABFAHRT RICHTUNG LÜTTICH. An der GRENZSTATION BILDCHEN BEI AACHEN erwarten uns Freunde und Genossen aus BELGIEN, mit denen später eine KULTURPOLITISCHE SAALVERANSTALTUNG gefeiert wird. EHRENSACHE ist doch wohl, daß in JEDEM FAHRZEUG ein paar ZEITUNGEN AUS DEM BGS-INDEX deutlich sichtbar herumliegen.

VERWEISEN WIR DIE GRENZEN IN IHRE SCHRANKEN !!!
HOCH DIE INTERNATIONALE GRENZÜBERSCHREITUNG !!!

gez.: Völkerbund, Sektion „grenzenlose Freiheit"

vom ID begrüßen diesen Aufruf und werden am 10. Juni um zwölf Uhr auf dem großen Parkplatz der Technischen Hochschule Aachen inkelstraße) sein, um von dort über die Grenze Bildchen zu fahren. Wir hoffen, eine große Zahl von Freunden und Kollegen, von Aufgeten und ‚Noch-nicht-Registrierten' zu treffen, um mit ihnen zusammen den Grenz-TÜV durchzuführen.

HAUSMITTEILUNG

Die Veröffentlichung der Bundesgrenzschutzlisten im Berliner Extradienst und die Berichte der Frankfurter Rundschau über die Existenz solcher Listen haben die Diskussion über eigentümliche Angewohnheiten des Rechtsstaates wieder aufleben lassen. Auf hohen Ebenen wird interveniert und der Innenminister soll zurücktreten. Derweil wird an den deutschen Grenzen weitergefilzt und kontrolliert. Vermutlich werden dazu aktualisierte Listen verwendet, denn die nun veröffentlichte Liste ist nicht gerade auf dem Stand der Zeit.
Wie mit den Listen gearbeitet wird konnten wir, fünf Mitglieder des ID-Kollektivs, im Oktober 1977 erleben, als wir den Versuch unternahmen, nach Belgien zu reisen, um an einer Veranstaltung über das ‚Modell Deutschland' teilzunehmen (siehe ID 202).
Das äußere Erscheinungsbild (VW-Bus, Schlafsäcke, lange Haare) genügt für das gewohnte ,.... fahren sie rechts ran."
Der Fund von ID- und Pflasterstrandexemplaren, von Notizzetteln und Schreinerskizze gibt den Rest. Eine vierstündige Grenzkontrolle, durchgeführt von belgischen und deutschen Uniformträgern der verschiedensten Bereiche. Fernschreiber werden in Gang gesetzt, Telefonate geführt und Namen verglichen. Dann der Bescheid, daß wir nicht einreisen dürfen, unerwünscht seien.. Wir bräuchten es an keiner anderen Grenze zu versuchen, das sei eine internationale Ausschreibung, Angelegenheit des Staatsschutzes.

Wir sind einen Tag später mit der Hilfe belgischer Genossen doch noch legal über die Grenze gegangen, mit List und dem Gefühl des Risikos.

MINISTERE DE LA JUSTICE



ADMINISTRATION
DE LA
SURETE PUBLIQUE

POLICE DES ETRANGERS
L'Administrateur Adjoint

Bruxelles, le -9. XII. 1977
8, Square de Meeûs

Monsieur Thierry VANDERLINDEN,
Avocat,
rue de Florence, 13,
1050 Bruxelles

Monsieur l'Avocat,

Votre lettre du 18 novembre 1977, réf. n°572, relative aux nommés KERN, Frieder, MENSERT, Thomas et SHAFER, Marion, a retenu toute mon attention.

Il est exact que le 29 octobre 1977 les deux premiers cités ont fait l'objet de diverses vérifications de la part des services chargés du contrôle à la frontière belgo-allemande. Ces mesures se sont situées dans le cadre d'une recommandation faite par la Sûreté de l'Etat en matière de répression du terrorisme.

J'admets que le refoulement en Allemagne de ces deux étrangers a été dûe à une interprétation inexacte de cette recommandation. Il ne s'agit que d'un cas unique à la suite duquel les observations nécessaires ont été faites dès avant votre intervention.

Suivant les informations dont je dispose la présence de la nommée SHAFER, Marion n'a pas été signalée - du moins sous cette identité - lors des vérifications faites à la frontière belgo-allemande à la date précitée.

Veuillez agréer, Monsieur l'Avocat, l'assurance de ma considération très distinguée.

S. JANSSENS

Das belgische Justizministerium hat auf Anfrage belgischer Anwälte mitteilen lassen, daß die Einreiseverweigerung unrechtmäßig gewesen sei. Man habe zwar Informationen über uns eingeholt im Zusammenhang mit der Terrorismusfahndung, die Einreiseverweigerung sei allerdings ein Interpretationsfehler.
Wir dokumentieren hier den Brief des Justizministeriums, in dem die Verweigerung der Einreise so lapidar erklärt wird und in dem die grenzenlose Zusammenarbeit von Spitzeln, das Austauschen von Bundesgrenzschutz- und anderen Listen unerwähnt bleibt - wie nicht anders zu erwarten war.

(Die o.g. Liste, die dem Bundesgrenzschutz zur Verfügung steht, ist auf den Seiten 15-17 dieser Ausgabe nachgedruckt.)

ID- BIBLIOGRAPHIE- da ist sie wieder- ID - BIBLIO

Trikont Verlag, Kistlerstr, 1, 8000 München 90
* "Indianer und p 38" Italien: ein neues '68 mit anderen Waffen, ..0 Dokumente aus dem italienischen movimento, mit einer Einleitung, die am Schluß des Buches steht.. Sehr viel schöner Originalton, Bilder und Sprüche des vielgestaltigen Aufstands.

Verlag Roter Stern, Postfach 180147, 6000 Frankfurt
* Geschichte einer Stunde, Erzählungen und der Roman The Awakening von Kate Chopin. 16.00. Deutsche Erstausgabe des Romans, der 1899 erstmals Amerikas literarische Öffentlichkeit schockierete

'Kunst gegen Atomkraftwerke
Heißt ein Katalog in Ringbuchform, der aus einer Ausstellung gleichen Namens entwickelt wurde und einen guten Überblick über den Stand der politisch kulturellen Auseinandersetzung mit KKWs und den Folgen. 15.00 Über Maulwurf Vertrieb, Waldemarstr. 24, 1 Berlin 36

Frauen gegen den Strom
Vom selben Vertrieb zu erhalten ist diese vom Berliner Weiberplenum herausgegebene Zeitschrift, über aktuelle Themen der Frauenbewegung. 3,50.

Solidarität mit den Angeklagten in den Thieu-Prozessen
Dazu gibt es verschiedene Broschüren. (Besetzung des Bonner Rathauses vor fünf Jahren und die Folgen). Vom Komitee zur Unterstützung der Angejkagten der Bonner Thieu Prozesse, c/o Hansjörg Hilke, Postfach 210402, 5000 Köln 21

Humanes Wohnen e.v. Postfach 103121, 2 Hamburg 1
Diese Organisation Hamburger Wohngruppen hat eine Liste mit Ex..ensarbeiten zum Thema Wohngemeinschaften erstellt. 25 Arbeite.. sind darauf verzeichnet, die man unter Umständen kopiereb lassen kann.

Kölner Initiative für das Russelltribunal c/o K. Holl, Werderstr. 21, 5K1
gibt verschiedene Dokumente heraus: Berufsverbote/politische Entlassungen ✻ 5.-; Dokumentation zu den Unvereinbarkeitsbeschlüsseb des DGB, 5.-, Tonbildschau zur Ausschlußpolitik des DGB, (50min Dias)

Zentral Film Verleih, Karl Muck Platz 9, 2 Hamburg 36
Der neue Katalog 1978/79 (!) ist erschienen, kostet 12 Mark und schildert umfangreich und bebildert, nach Themen gegliedert, was man alles für Filme leihen kann.

pdw-Filmverleih, c/0 Überseemuseum, Bahnhofspl. 13, 28 Bremen 1
Ist ebenfalls ein nichtkommerzieller Filmverleih, der sich auf Filme von und über der dritten Welt spezialisiert hat. Eine erste Filmsliste kann angefordert werden.

WAS IST EIN RHIZOM ?

FRANKFURT 1. Juni Der große Brockhaus verweist den interessierten Leser auf W wie **WURZELSTOCK**.
Da heißt es dann: **Wurzelstock,Rhizom**; der ausdauernde, unter oder dicht über der Bodenoberfläche wachsende Sproßteil einer Staude. Er trägt Nieder- und Laubblätter

und wächst entweder unbegrenzt fort (z.B. bei Farnen *) wo bei aus seinen Blattachseln Blüten oder Blütensprosse entstehen, oder begrenzt, indem seine Endknospe zum aufgerichteten Blütensproß auswächst (Maiblume, Schwertlilie). Da die Wurzelstöcke - Rhizome besonders das Überdauern der für das Wachstum ungünstigen Zeiten ermöglichen, haben sie oft Speichergewebe.

Und die rhizomatische Gegenöffentlichkeit ?

...die ausdauernde, unter oder dicht über der Bodenoberfläche der FDGO wachsende Staude, bestehend aus verschiedenen Sproßteilen und Zeitungen. Sie trägt Regional- und Alternativblätter und wächst entweder unbegrenzt fort, wobei aus ihrem Blätterwald Sumpfblüten oder Kommunikationssprosse entstehen, oder nur begrenzt, indem ihre Knospe sich endlich zum aufrechten Gang im Pressewesen auswächst. Da die Rhizome der Gegenöffentlichkeit gerade das Überdauern der für das Wachstum der Freiheit ungünstigen Zeiten ermöglichen sollen, haben sie es oft schwer, die Fäden ihres Sumpfgewebes zusammenzuhalten.

(* z.B. **Sumpffarn** , ein an Moorrändern, in Erlenbrüchen und an Moorseen weitverbreiteter Farn mit kriechendem **Rhizom** und 30-60 cm hohen, zwei bis dreifach gefiederten Wedeln.)

FÜR EINEN BESSEREN ID

Mannheim
30. Mai 1978

Eine Leserin aus Mannheim hat uns einen Brief zur Tageszeitungsdiskussion geschickt, in dem sie gegen das Projekt "Linke Tageszeitung schreibt. (Zu dieser Diskussion siehe auch ID 230):

"1. Warum eigentlich das Projekt 'Tageszeitung'?

Ich vermisse die Tageszeitung überhaupt nicht. Der ID gibt doch den Klasse-Überblick, was läuft. Tatsachen, Ideen, Meinungen, praxisnah, Kontakte, Termine, das, was wichtig ist zum Kämpfen. Das wöchentliche Erscheinen ist gerade genug, um noch aktuell zu sein und andererseits als Leser den Inhalt auch zu packen. (Oder lese ich zu langsam?)

Was würde das bringen, wenn die Informationen über die ...pfe vom 1. Mai statt am 13. Mai schon am 3. Mai kämen? Garnix. (Vor allem für die, die dabei waren.)

Wer über den ID hinausgehende Analysen, Interpretationen usw. braucht, für den ist der Büchertisch im Blätterwald reichlich gedeckt.

Warum sollen wir wie die tägliche bürgerliche Presse die Leute mit Informationen vollstopfen? Immer brandaktuell!! Jeder Furz! Lest Leute, konsumiert Informationen, immer dabei sein, immer reinstopfen - nur nicht verdauen!

Das Alternative an unserer Presse ist das Anleiten zum Handeln. Was da wichtig ist, bleibt auch eine Woche lang aktuell. Oder sind unsere Aktionen schneller?

In ID Nr. 230 geht der Beitrag zur Tageszeitung auf dieses "Warum-überhaupt Tageszeitung" nicht mehr ein. Ist das schon so klar? Vielleicht könnten wir stattdessen den ID noch besser machen.

2. Zur Frage der Macht in der Redaktion einer Tageszeitung

Bei dem Arbeitstempo, das die Erstellung einer Tageszeitung verlangt, und dem Apparat, ist sicher nicht mehr viel Zeit für Diskussion, muß schneller entschieden werden, müssen Entscheidungshilfen (Auswahl?) vorbereitet sein und sich ein Entscheidungsmaß (politische Linie?) im Leitungs(-kollektiv?) durchsetzen. Bei der Zeitung einer bestimmten Gruppe mit bestimmter und bekannter politischer LInie ist das kein Problem, weder für Redaktion noch für Leser. Aber wenn sich sowas hinter dem Transparent eines Pluralismus, der ja der aktuellen politischen Unordnung entspricht, entwickelt, wäre das ein Schritt zurück. Richtung in die Unordnung nur durch den praktischen Erfolg einer bestimmten politischen Linie. "Richtungen" durch Redaktionen von oben gibt's schon genug.

Die politisch erfolgreiche Praxis soll sich dann auch als "Macht" in der Redaktion durchsetzen, als anerkannte Autorität. Wir wollen den gegenwärtigen Pluralismus ja nicht um seinetwillen. Aber bitte, Macht (ohne " -") von unten.

Wenn bei der Realisierung des Projekts Tageszeitung zum gegenwärtigen Zeitpunkt der Pluralismus einem Zentralismus zum Opfer fallen würde, hätten wir ein derzeit wichtiges Mittel verloren, die erfolgreiche politische Praxis zu entwickeln. Das Risiko ist mir zu groß. Lieber keine Tageszeitung in nächster Zeit. Und den richtigen Zeitpunkt legt nicht die Versammlung der Alternativredaktionen fest.

3. Schreibt doch mal über Erfahrungen im Ausland mit pluralistischen linken Tageszeitungen.

Ich wünsche euch viel Spaß bei der Arbeit am ID. Der ID ist nicht zu ersetzen."

Marianne Kunze, Dürenstr. 109-111, 6800 Mannheim

AN DIE FREUNDE DER TAGESZEITUNG

KIEL
20. Mai

Von der Initiativgruppe Tageszeitung:

An alle, die das Tageszeitungsprojekt unterstützen, oder es vorhaben. Auch hier im Norden, genauer gesagt in Kiel, hat sich eine Initiativgruppe gebildet, die versucht, bislang reichlich isoliert, in diesem Lande den Stein ins Rollen zu bringen respektive des Anstoßes zu setzen.

Damit das aber nicht gleich wieder im Sande verläuft, brauchen wir Kontakt zu Gleichgesinnten; hier in Schleswig-Holstein, aber auch in Hamburg und Umland. Wir stellen uns vor, eine Tournee mit Musik und Straßentheater (noch unausgegoren) durch Schleswig-Jolstein zu machen und fordern deshalb alle Gruppen, die meinen, das das in ihrem Städtchen etwas bringen würde, auf, uns ihre geschätzte Meinung zu schreiben, mit konkreten Vorschlägen. Eventuell können wir auch ein regionales Treffen machen, wenn wir genug sind. Also, meldet euch haufenweise. Auch ihr Hamburger, die ihr sowas doch schon längst ins Auge gefaßt habt, nicht wahr?

Wir stellen uns vor, daß in anderen Städten genau dasselbe startet wie bei uns. Es ist wichtig zu wissen, wo schon überall, denn wir würden uns sehr bestärkt fühlen, wenn die Initiativgruppen sprießen, wie das Unkraut (hihi) im Kartoffelacker (immer dieser Lokalkolorit).

Kontakt: Initiativgruppe Tageszeitung, c/o Buchladen "Hundert Blumen", Schaßstr. 25, 23 Kiel, Tel.: 0431/61182.



TAGESZEITUNGS - DISKUSSION

FRANKFURT
30. Mai

Aus dem Ordner "Allgemeine Korrespondenz" der Tageszeitungsinitiative zitieren wir ausschnittsweise zwei Briefe:

Das Projekt sozialistische Tageszeitung bestricht. Besonders in einer politischen Situation, wo wir bundesdeutschen Linken weitgehend heimat und perspektivlos veralltäglichen. Groß ist deshalb die Gefahr, daß die Linke Tageszeitung Ersatz wird für politisches Arbeiten. Also Vorspiegelung falscher Tatsachen, was genau das wäre, was uns die K-Gruppen schon seit Jahren vorführen, nämlich die Gleichsetzung von Apparat mit politischer Arbeit. Unabdingbare Voraussetzung für eine linke Tageszeitung ist daher eine breit geführte Diskussion und Reflektion über den Ist-Zustand heutigen Linksseins. Es genügt nicht, die linke Tageszeitung im Stile einer Chile- oder Russel-Kampagne mit Vorbereitungskomitees in den einzelnen Städten durchzuziehen, sondern dies muß Aufgabe der ganzen Linken sein. Aussicht auf Erfolg besteht nur, wenn die überwiegende Mehrheit der Linken bereit ist, sich hinter ein solches Projekt zu stellen. Was not tut, ist deshalb die Einbeziehung der organisierten Linken in den Diskussionsprozeß, konkret: Jusos, SB, GIM, KB, aber auch KPD und KBW und sogar die DKP. In der Presse der Linken ist bisher so gut wie nichts zu dem Projekt linke Tageszeitung veröffentlicht worden. Wir müssen also die organisierte Linke dazu bringen, sich an der Diskussion über die linke Tageszeitung zu beteiligen, erforderlich dazu ist ein Aufruf an alle linken Zeitungen. Fruchtbarer Ausgangspunkt einer solchen Diskussion ist meiner Meinung nach das Interview mit A. Kluge zu diesem Thema, veröffentlicht im Blatt und im Pflasterstrand, wo wichtige überlebenswerte Einwürfe gegen eine linke Tageszeitung geltend gemacht werden.
Noch was zu der leidigen Namensdiskussion: Die eine Möglichkeit besteht darin, das Alternative im Namen herauszustreichen, also etwa: "Anders Leben", "Alltagszeitung", "Andere Zeitung" etc. Damit würden wir aber den Ghetto Charakter der Linken Bewegung nur weiter verdeutlichen und verfestigen, was der eigentlichen Intention, eben diesen Ghetto-Charakter zu überwinden, zuwiderliefe. Ich glaube, daß für die heutige Linke nur ein Begriff von existentieller Bedeutung ist, der darum in den Titel einer sozialistischen Tageszeitung gehört, nämlich Freiheit. "Die Freiheit - Sozialistische Tageszeitung", klingt zwar etwas pathetisch, trifft aber den Nerv. Gerade angesichts der Kampagnen von "Sozialismus oder Freiheit" kommt es darauf an, den unauflösbaren Zusammenhang von Sozialismus und Freiheit immer und immer wieder aufzuzeigen. Mit diesem Namen können wir sogar auch noch ein bißchen an die linke deutsche Tradition anknüpfen (ich glaube bei der SPD gabs mal so vor hundert Jahren eine Zeitung mit solchem Titel). Und nicht umsonst gibt es heutzutage keine Zeitung mit diesem Titel (gerade keine bürgerliche!). Aber seis drum.
Wichtiger momentan ist die Diskussion über das Überhaupt einer linken Tageszeitung, die selbstverständlich uneingeschränkt und ohne jeglichen Zeitdruck erfolgen muß. Selbst wenn genügend Geld alsbald zusammenkäme, muß die soziale Basis gesichert sein, sonst können wir nach einem halben Jahr wieder einpacken.
Noch ein Wort zu mir. Ich habe bisher in den verschiedensten linken Initiativen mein politisches Leben gefristet und möchte mich jetzt in Sachen Tageszeitung engagieren und werde wohl auch demnächst hier in Hannover bei der hiesigen Gruppe mitmachen.
Euch allen a rots fröndle

Liebe Leute!
Das, was mich so stört ist das, daß bestimmte Dinge als normal und selbstverständlich hingestellt werden, die weder selbstverständlich noch normal sind und sein dürften. Aufgabe der neuen Tageszeitung wäre es deshalb meiner Meinung nach Ungeheuerlichkeiten als solche zu benennen, Widersprüche etc. zu benennen. Sonst rutscht alles so glatt runter. Das darf es, aber nicht, weil man/frau dann gar nicht merkt, was passiert. Alles was hier so an Scheiße passiert muß einem beim Lesen im Hals stecken bleiben, auf daß man/frau sich zusammenschließe und was dagegen mache, bevor man/frau daran erstickt ist. Deswegen ist es auch sehr, sehr wichtig, daß "Spuren des Entwurfs einer konkreten Utopie" mit in der Zeitung zu finden sind. Damit man/frau nicht total von Angst und Hoffnungslosigkeit übermannt wird. So geht es mir nämlich manchmal wenn ich den ID gelesen habe. So viel Scheiße auf einmal ist verdammt schwer zu verkraften, Es ist halt wichtig, daß über die Zeitung auch vermittelt werden kann, daß da viele sind, die was ändern wollen, daß man/frau nicht alleine ist mit Angst und Wut, daß es – wenigstens manchmal – Wege und Möglichkeiten gibt, was zu verändern. Ich denke, daß das sehr wichtig ist.
Noch was anderes fiel mir beim lesen des Prospekts ein. Die interwievte Münchner Zeitungsfrau hat sicher recht. Wer bisher "Bild" oder irgend ein anderes bürgerliches Blatt gelesen hat, wird nicht so einfach auf euer/unser Produkt umsteigen. Zumal die Zeitung als "Linke Tageszeitung" deklariert ist. Da fällt bei vielen schon eine Klappe, denn den "Kommunisten" kann man eh' nix glauben. Die sind nämlich subjektiv, sprich: verfälschen die Nachrichten zu ihren Gunsten. Das wird schon alles nicht so schlimm sein, wie die das darstellen. So Sachen höre ich bei anderen Gelegenheiten zur Genüge, und durchaus nicht nur vom relativ beschränkten "Bild"-Leser. Deshalb denke ich mir, daß die Zeitung – mindestens anfangs – sicher nur die Leser erreicht, die sich eh' schon um umfassende Information bemühen und die schon kritisch sind. Für die wäre die neue Tageszeitung allerdings ein großer Gewinn. Und vielleicht schafft/en Ihr/wir es ja auch noch einigen andren die augen zu öffnen.

BUNTE JUGENDSPIELE

LÜBECK
30.Mai

Im ID 229 haben Lübecker Schüler, Spontis, Anarchos und sonstige Chaoten eine Aktion zur bundesweiten Eröffnung der Bundesjugendfestspiele angekündigt. Hier ist ihr Bericht von der Aktion:

Am 18.5.78 sollte in Lübeck die bundesweite Eröffnung der Bundesjugendfestspiele stattfinden. Dazu hatten sich die Minister und der Lübecker Senat folgendes ausgedacht: sämtliche Schüler von 3 Lübecker Schulen + Kollegium sollten einheitlich in Turnzeug gekleidet einen Sternlauf durch die Innenstadt zum Sportstadion machen.
Im Stadion sollten sie dann zur Unterhaltung der Minister „nette" Turnübungen vorführen, die überhaupt nix mit den Problemen des leistungsorientierten beschissenen Sportunterrichts an der Schule zu tun hatten. Zur Untermalung dieses Massenaufmarsches a la 3.Reich spielte auch noch ein Bullenblasorchester. . . !

Einigen Lübecker und Kieler Schülern stank eine solche faschistoide Veranstaltung mächtig und sie entschlossen sich, an diesem Tag zu machen, wozu sie Bock hatten.

Ca. 100 Schüler, Spontis und Anarchos liefen mitten in einem uniformierten Schülerzug ins Stadion ein, aber: bunt gekleidet, lustig geschminkt, mit schwarzen und schwarz-roten Fahnen und Transparenten wie „Weg mit dem Schulgesetz" und „Wer sich nicht wehrt — der lebt verkehrt" etc. Zuerst ernteten wir einige Buh-Rufe, aber im Gespräch mit den Schülern konnten wir ganz gut erklären, weshalb wir uns gegen eine solche Uniformierung usw. wehren. Daraufhin malten sich einige Schüler auch bunt an und gesellten sich zu uns.

Die Bullen, die uns zuerst am Betreten des Sportplatzes hintern wollten, hatten sich inzwischen nach Vermittlungsaktionen eines Sportlehrers zurückgezogen. Es waren übrigens nicht die üblichen Bullen, sondern BSGler einer Sportschule, die sich, in grünen Trainingsanzügen getarnt, in das „harmlose" sportliche Bild einpaßten. Auch konnten sie es sich wohl nicht leisten, Schüler, die eben nur bunt gekleidet waren, mit Polizeigewalt aus dem voll besetzen Stadion zu prügeln.

In Absprache mit dem verantwortlichen Sportlehrer verzogen wir uns dann aus der Mitte des Platzes auf die Zuschauertribüne — auf die Ehrentribüre, versteht sich, — und gesellten uns zu Bürgermeister, Senat und Ministern. Als wir die Tribüne bestiegen, hörte man zur Hälfte Buh-Rufe, zur anderen Hälfte Beifalls-Klatschen.
Dort wollten uns aber wieder die Bullen nicht haben und versuchten, die günstige Gelegenheit, daß der Ausgang in der Nähe war, zu nutzen. Wir also wieder auf der grünen Wiese, wo unser „Spontanes Pfeif- und Tröt-Orchester" dem Bullenchor Konkurrenz machte, bis letztere ihr Geblase abbrachen.

Unser Flugblatt, das wir zu dieser Aktion gemacht hatten, ging übrigens weg wie warme Semmeln — das kann sich kein Linker vorstellen, der sich mit diesem Wichs-Job auskennt.
Als die „Vorstellung" ihrem Ende zuging, liefen wir noch eine Ehrenrunde um den Platz und weil am Hauptausgang schon die Bullen auf uns warteten, machten wir 'ne undogmatische 180-Grad-Wende und verließen den Platz durch 'nen Nebenausgang und machten 'ne Spontan-Demo in die Innenstadt. Da ging's dann noch ein bißchen weiter und abends auf 'ner Fete auch.

Die Leute haben unsere Aktion unserer Einschätzung nach sehr positiv aufgenommen und die Senatsclique und Oberbullen etc. auf der Ehrentribüne schäumten vor Wut Das Fernsehen (NDR war da) hat uns ganz schön lange gefilmt und auch unseren „Weg-mit-dem-Schulgesetz — Chor" aufgenommen, im Bericht am nächsten Tag erwähnten sie uns aber nicht mal mit einem Wort, nur Insider wußten, daß die schwarze Fahne nicht zum offiziellen Programm gehörte.

Der Redakteur der „Lübecker Nachrichten" konnte unsere Anwesenheit ja nicht verschweigen, da uns ein paar 1000 Lübecker gesehen und gehört hatten. Das Blatt schrieb von "verwegen geschminkten Schülern", die "vergeblich versuchten, die Polizisten zu provozieren" und die Veranstaltung "zu sprengen". Durch so'ne Frechheit wollten wir uns die Aktion nicht vermiesen lassen und marschierten am nächsten Tag mit 30 Mann (Frau) zum verantwortlichen Redakteur ins Büro und stellten ihn zur Rede. Sichtlich verdattert wand und drehte er sich, bis wir ihm die schriftlich formulierte Gegendarstellung vorlegten. Er versuchte, uns abzuwimmeln, von wegen, er könne das nicht entscheiden, aber wir begleiteten ihn dann zu seinem Chefredakteur, der die Gegendarstellung veröffentlichen wollte, wenn einer sie unterzeichnet. Erich Mühsam erklärte sich bereit, aber der "Chief" meinte, er kenne Erich und der sei doch schon tot. (Erich lebt!) Obwohl das Sportamt überlegt, Strafanzeige zu stellen, unterzeichnete einer das Ding. (Den hatten sie am Tag der Aktion sowieso erkannt und gedacht, er sei unser "Rädelsführer". Daraufhin ließen sie diesen jungen Mann über Mikro ausrufen, weil sie dachten, dann würden wir alle wie eine kopflose Hammelherde nicht mehr wissen, was zu tun ist. Die können sich wohl gar nicht vorstellen, daß jeder für sich alleine Grips hat.)

Der Erfolg war: In der Sonntagsausgabe (!!) erschien unsere gekürzte (!) Gegendarstellung (nicht mal 'ne "einstweilige Verfügung" wie sonst war nötig)!

„JETZT GEHÖRT UNS DIE STRASSE"

BAD SCHUSSENRIED 31. Mai

Zur Situation nach der JUZE-Schließung (siehe ID 229) schreiben Jugendliche aus Bad Schussenried in ihrer Alternativzeitung „Motzer":

„Jetzt gehört uns die Straße!" - unter diesem Motto machten sich am Samstag vor Pfingsten zur besten Verkehrszeit um 11 Uhr vormittags knapp 25 Leute dran, in Bad Schussenried ein bißchen Verkehrschaos zu spielen. Sie besetzten die Hauptkreuzung in der Ortsmitte, so daß der innerörtliche und der Durchgangsverkehr praktisch zum Erliegen kamen.

Die Reaktionen waren ohrenbetäubend. Wildgewordene Autofahrer plagten ihre Hupen, einer stieg gar aus und riß einem von uns die mitgebrachten Flugblätter aus der Hand. Doch es gab auch offene Sympathiebekundungen. Mit zwei älteren Damen diskutierten wir mitten auf der Kreuzung, wobei eine von beiden die Aktion wie folgt kommentierte: „Jawohl, ihr müßt denen auf dem Rathaus mal ordentlich Dampf unter dem Hintern machen!". Sogar ein paar Autofahrer „solidarisierten" sich, indem sie ihre Fahrzeuge geschickt vor den Lücken unserer Sit-in-Kette zum Stehen brachten.

Schlimm trieben's allerdings zwei CDU-Stadträte. Einer, von Beruf Arzt, raste mit seinem Mercedes voll Stoff auf ein paar von uns zu. Daß er sein Fahrzeug mit einer Vollbremsung überhaupt noch zum Stehen brachte, grenzt an ein kleines Wunder. Sein nicht weniger erboster Fraktionskollege hielt kurz vor unserer lebenden Mauer, stieg dann aus und schrie, das sei „kein Stil", die Straße zu blockieren. Dann stieg er ein und fuhr langsam in zwei auf dem Boden sitzende Leute „hinein", schob sie mit der Stoßstange bereits leicht beiseite. Einer von uns schrie dem Stadtrat zu, das sei aber wohl Körperverletzung, was er da mache, und Selbstjustiz sei in der BRD ja wohl noch nicht offiziell legitimiert. Er könne ja die Bullen anrufen, die seien dafür zuständig. Darauf ließ der Mann von seiner Tat ab. Bis zum Telefon brauchte er sich allerdings nicht mehr zu bemühen. Ein Bulle bog bereits im Streifenwagen um die Ecke.

Wie vorher abgesprochen, verschwanden wir daraufhin in „geordneter Weise". Das ging so reibungslos vor sich, daß Komissar Gaukel seine Kamera nicht mehr schußbereit machen konnte (dieses Detail übernahmen wir aus der Lokalpresse).
Das Sit-in hatte knapp 10 Minuten gedauert. Weil einige Passanten und Autofahrer Anzeige erstatteten, ermittelt die Kripo wegen Nötigung. Gegen wen, wissen wir nicht. Keiner der Beteiligten hat bisher von den Bullen was gehört oder gesehen.

DER BÜRGERMEISTER TOBTE

Tags darauf, am Pfingstsonntag, lieferte unser bereits bestens bekannter Bürgermeister Kohler ein Glanzstück: Gegen 15.45 Uhr versammelten sich im städtischen Kurpark rund 50 Leute, um sich die Musik der Frankfurter Straßenmusiker „Bunt & Frech" anzuhören. Weil die Sonne so schön schien und der grüne Rasen gar zu verlockend reizte, machten es sich die Leute schließlich auf dem kleinen Hügel mitten im Kurpark auf dem kostbaren Rasen gemütlich.

Das erste Tanzlied war kaum verklungen, da kam ein Mensch von der Kurverwaltung und forderte uns auf, den Rasen zu verlassen. Wir diskutierten eine kleine Weile mit ihm, wollten zunächst auch bleiben, machten uns aber, kaum daß er weg war, auf die Socken, um zum Kinderspielplatz oberhalb des Kurparks zu marschieren. Da gibt's auch schönen grünen Rasen und die Sonne scheint da auch prächtig hin.

Wir waren gerade auf dem Weg dahin, die meisten hatten den kostbaren Rasen bereits verlassen, da kam plötzlich ein tobender kleiner Mann auf die ganzen Leute zugerast und fuchtelte und brüllte. Und daran erkannten wir ihn erst. Es war der Schussenrieder Bürgermeister, der beinahe kollabierte. Er schrie etwas von „Terror" und „das ist ein Kurpark, in dem habt ihr nichts verloren", forderte uns auf, den Kurpark sofort zu verlassen, denn „der ist nur für Kurgäste da" und rief irgendetwas von „Hausfriedensbruch". Die Polizei habe er bereits anrufen lassen. Als er darauf hingewiesen wurde, daß sich im Kurpark auf den asphaltierten Wegen jeder aufhalten dürfe solange er wolle, brüllte er nochmals was von „ihr aber nicht". Und Kohler brüllte noch lange und ausgiebig (in Anwesenheit seiner Familie übrigens) und stellte sich einmal mehr als unbeherrschtes, tobsüchtiges Individuum dar. Es war ein Schauspiel ohnegleichen: 50 Jugendliche in guter Stimmung, die Musik machen wollten, vor ihnen ein kleiner Mann, der hin und her rannte, tobte und total außer Rand und Band war.

Den meisten Jugendlichen wurde es dann zu langweilig, sich mit einem nicht mehr ganz handlungsfähigen Menschen auseinanderzusetzen. Sie machten jetzt im Kurpark - auf Asphalt - ihre Musik und hatten mit „Bunt & Frech" viel Spaß.

Kohler rotierte in einiger Entfernung noch gut 20 Minuten weiter und redete auch noch 'ne ganze Menge Stuß. Schließlich zog er aber doch ab.

Die Polizei kam übrigens noch - in zivil. Die Herren beguckten sich das friedliche Völkchen, das von der Musik ganz begeistert war, und zogen bald wieder ab, ohne auch nur einen Ton gesagt zu haben.

Hier endet der „Motzer"-Bericht – die folgenden Informationen stammen von den selben Jugendlichen:

Die kleinen Provokationen der Jugendlichen gehen weiter. An der Außenwand der Stadthalle kann jeder lesen: **„Das JUZE bleibt!"** In den nächsten Tagen machen wir eine kleine Fackel-Demo in den Kurpark und zu BM Kohler, der da ganz in der Nähe wohnt.

Auch sonst ist die Stadt fest in der Hand von Jugendlichen. Manchmal sitzen abends bis 80 Leute im Ortskern, der normalerweise nach 20 Uhr abends menschenleer ist (bei 6.000 Einwohnern kein Wunder!).

Aus Schussenried wird Bullenried

Doch Stadtrat und Bullen schlagen jetzt voll zurück. Nach einer nächtlichen „Zerstörungstour" setzte die Stadt 2.000 Mark Belohnung aus, worauf vier Täter ermittelt wurden. Die sollen an die Stadt und an ein paar Privatleute jetzt fast 15.000 Mark zahlen.

Nachts patroullieren Bullen mit scharfen Hunden im Kurpark, 10 (!) Zivilbullenfahrzeuge sind in Schussenried inzwischen abwechselnd im Einsatz. Komissar Gaukel gab bekannt: „So schlimm wie in Schussenried geht's nirgends zu!" Kein Wunder also, daß in dieser Kleinstadt nachts inzwischen mehr Bullen rumfahren und -laufen als in der benachbarten Kreisstadt Biberach. Auch der Gemeinderat läßt sich die „Terror"bekämpfung was kosten. Vor ein paar Tagen bewilligte er 25.000 Mark für eine Wach- und Schließgesellschaft, „die den Schutz des millionenschweren städtischen Eigentums gewährleisten soll", wie Bürgermeister Kohler hofft.

Mal sehn!

Kontakt: ***(über)*** **MOTZER - Leserzeitung, W.-Schussen-Str. 66, 7953 Bad Schussenried**

JUGENDFEST IN KITZINGEN

KITZINGEN, 30. Mai

Seit anderthalb Jahren gibt es in Kitzingen wieder eine Gruppe Jugendlicher, die für ein Jugendzentrum in Selbstverwaltung kämpfen. Dieser Kampf wurde während der letzten acht Jahre immer wieder mehr oder minder stark geführt. Die Gruppe lädt alle zu einem Fest ein, das zwei Tage dauern soll (am 11. und 12. Juni in Kitzingen an der alten Mainbrücke mit Musik, Theater, Filmen und Flohmarkt). Außerdem hat die Gruppe ihre Erfahrungen der letzten Zeit in einer Broschüre zusammengefaßt. Diese kann bei der Jugendzentrums-Initiative, Postfach 629, 8710 Kitzingen, für ungefähr 50 Pfennige bestellt werden.

RUSSELL–BUCH NUMMER FÜNF BESCHLAGNAHMT

HAMBURG 24. Mai

Laut Beschlagnahmeverfügung vom Hamburger Amtsgericht, ausgestellt am 9. Mai, wurde das Buch „Antifaschistische Russell-Reihe Nr. 5 / Nach Schleyer: Sonderkommandos in der BRD - Zügiger Ausbau der neuen GeStaPo" am 23. Mai im Hamburger J. Reents Verlag (Arbeiterkampf) eingesammelt und quittiert. „Die Verbreitung des Buches erfüllt den Tatbestand der Verunglimpfung des Staates (§ 90 a StGB)", unter anderem durch den Abdruck eines roten Elefanten, der ein Hakenkreuz zertrampelt auf der Titelseite.

Kontakt: J. Reents-Verlag, Lerchenstr. 75, 2 Hamburg 50

UNTER'N TISCH GEFALLEN

Unter'n Tisch gefallen ist im letzten ID versehentlich die Adresse des „Frankfurter Hauses für mißhandelte Frauen", deshalb jetzt hier:

„Frauen helfen Frauen" e.V., Vogelsbergstr. 24, 6 Frankfurt/M., Telefon: 43 95 41

MAL–AKTION GEGEN VERGEWALTIGUNG

BERLIN 20.Mai

Berliner Frauen schickten uns diesen Bericht:

Liebe IDlerinnen und IDler,

am Samstag, den 20.5. machten wir (einige Frauen) in Berlin auf einem vielbesuchten Wochenmarkt eine Mal- und Flugblattaktion gegen Vergewaltigung. Während einige Frauen beiliegendes Bild malten, verteilten andere Frauen ein Flugblatt, welches eingerollt und mit lila Schleife verpackt als „Frauenrolle" auf dem Markt verteilt wurde. Die Stadtverschönerung verlief ohne Zwischenfälle und Eingreifen von

Seiten der Bullen und machte uns bei sonnigem Maiwetter und eigener gespielter und gesungener Musik ne Menge Spaß.

Das Flugblatt zu dieser Aktion beschreibt die alltägliche Gewalt gegen Frauen und endet:

Laut Statistik wird alle 13 Minuten eine Frau vergewaltigt, die meisten von Bekannten, Verwandten, Ehemännern.
Solange du allein bist, kannst du nicht mit anderen Frauen über deine Situation reden und dich mit ihnen zusammen gegen die Gewalt der Männer wehren.

Frauen: Gehen wir gemeinsam abends weg, dann haben wir Spaß und die Männer keine Chance! Reden wir im Haus über unsere Probleme, dann stehen wir unseren eigenen Männern nicht mehr allein gegenüber! Greifen wir ein, wenn eine Frau auf der Straße, im Treppenhaus, im Hof, in der Wohnung schreit, damit die Männer nicht mehr alles ungehindert machen können. Tun wir uns zusammen, um unser Leben und unsere Verhältnisse zu Männern danach zu bestimmen, was wir wollen!
Berliner Frauenhaus für geschlagene Frauen, Tel.: 826 3018; Notruf für vergewaltigte Frauen: 251 2828



Alternativzeitungen zur Polizeiaktion bei FANTASIA:

WAS WAHR IST WIRD AUCH GEDRUCKT

Stuttgart 29.Mai *Gemeinsame Stellungnahme der Alternazeitungen im Stuttgarter Raum zur Hausdurchsuchung bei Fantasia und zur Verhaftung von Doris.*

Am Donnerstag den 18.5. war in der Druckerei Fantasia, Stuttgart eine Hausdurchsuchung, bei der verschiedene schriftliche Unterlagen, Druckereimaterial usw. beschlagnahmt und anschließend ein Mitglied der Gruppe verhaftet wurde.
Als Begründung dafür wurde angegeben: Verdacht auf ein Vergehen gegen § 129 a, die Unterstützung einer terroristischen Verienigung. Diese angebliche Unterstützung besteht darin, daß die Fantasia Öffentlichkeitsarbeit für politische Gefangene macht und keineswegs darin, daß sie z.B. Bomben bastelt oder Waffenlager anlegt.

Wir sehen in dieser Aktion der Bundesanwaltschaft einen Angriff auf das Grundrecht der freien Meinungsäußerung. Die Hausdurchsuchung und Festnahme steht in einer Reihe mit vielen ähnlichen Aktionen in letzter Zeit in der ganzen BRD (Festnahme der Agit-Drucker in Berlin, Durchsuchung der AJZ-Druckerei in Bielefeld usw.). Hierzu zählen auch Maßnahmen gegen das "Schorndorfer Blättle", das den Buback-Nachruf abdruckte, gegen die "Karlsruher Stadtzeitung", gegen das "Blatt", München etc.

Wir sehen darin den Versuch, Gruppen oder Personen, die sich kritisch mit den bestehenden Verhältnissen auseinandersetzen, zuerst zu diffamieren, einzuschüchtern, Stimmung gegen sie zu machen, um am Schluß Verhaftungen vornehmen zu können, die dann in der Öffentlichkeit leicht zu rechtfertigen sind. Die jetzige Hausdurchsuchung und Verhaftung stellt einen vorläufigen Höhepunkt dar in einer ganzen Reihe von Schikanen und Repressionen seitens der Behörden gegen die Druckerei Fantasia. Es ist uns klar, daß durch diese Maßnahme die Druckerei kaputtgemacht werden soll.

Als Alternativ-Druckerei hat die Fantasia in Stuttgart eine große Bedeutung für Zeitungen, Bürgerinitiativen und politische Organisationen, vor allem für die, die keine eigene Druckmöglichkeit haben. Von unserem Selbstverständnis her ist es wichtig, auch für die technische Herstellung unserer Zeitungen eine alternative Einrichtung zu haben. Für uns ist das ein Stück politischer Unabhängigkeit.

Wir sind von diesem Angriff direkt betroffen und solidarisieren uns mit den Leuten von Fantasia-Druck.

Wir lassen uns den Mund nicht verbieten. Was wahr ist, wird auch gedruckt!

Stuttgart, 21. Mai 1978

DREI MONATE MIT BEWÄHRUNG IM KÖLNER § 88 a PROZESS

KÖLN 29.Mai Am 11. und 16. Mai 1978 fand vor der Staatsschutzkammer in Köln unter Vorsitz des Richters am Landgericht, Ziptow, ein Verfahren gegen Friedhelm Becker statt. G genstand des Verfahrens war der Vorwurf, Friedheln habe als Geschäftsführer des „Anderen Buchladens" durch Verbreiten der Zeitschrift Revolutionärer Zorn, Mai 76, sowohl gegen § 88 a StGB (Verfassungsfeindliche Befürwortung von Gewalt) als auch gegen § 129 StGB (Unterstützung und Werben für eine kriminelle Vereinigung) verstoßen. Das Verfahren begann in außerordentlich gereizter Stimmung. Der Vorsitzende beklagte in einer Art „Publikumsbeschimpfung" – an der Handke seine Freude gehabt hätte – „daß seit Tagen durch Flugschriften und andere Medien die Öffentlichkeit für diesen Prozeß mobilisiert worden sei und aufgefordert worden sei zu stören."

Die Hauptverhandlung begann damit, daß die Verteidigung die Bestellung eines Psychologen als Gutachter für Friedhelm rügte. Dieser Gutachter sollte offenbar Friedhelms Verhalten in und während der Hauptverhandlung beobachten und dann ein Gutachten erstatten, ohne jemals ein einziges Wort mit Friedhelm gewechselt zu haben.

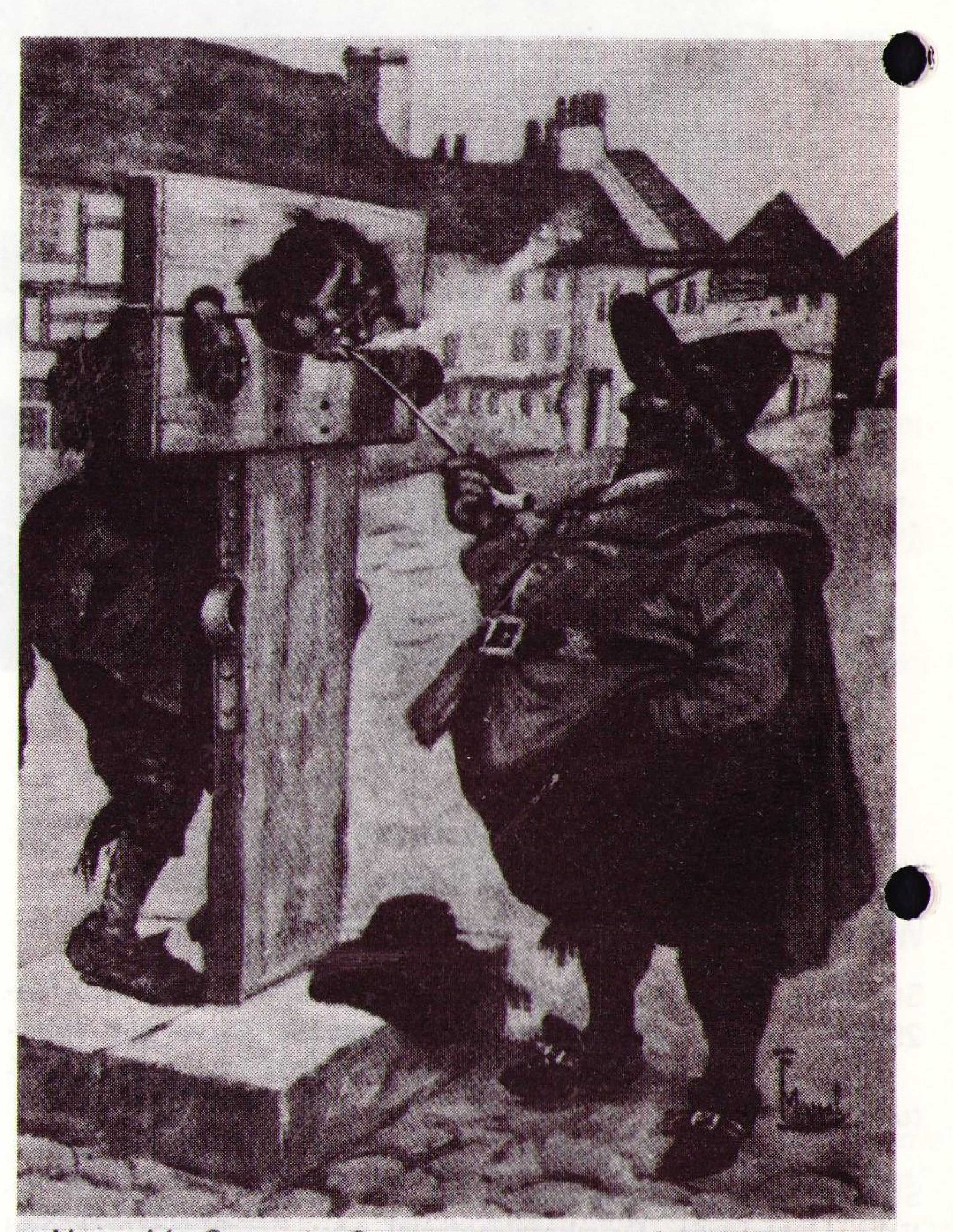
„Das machen wir hier immer so", führte der Vorsitzende zur Begründung dieser ungewöhnlichen Maßnahme an und stützte sich weiter darauf, daß die Einzelheiten für die Strafzumessungserwägungen (§ 46 StGB) nach der Strafrechtsreform so schwierig zu behandeln seien, daß das Gericht einen Gutachter zu Rate ziehe. (Mit der gleichen Willkür seiner Bestellung verzichtete der Vorsitzende später auf den Gutachter, als sich herausstellte, daß dieser für den 2.Verhandlungstag aus terminlichen Gründen verhindert war). Danach folgten Anträge der Verteidigung zur Einstellung des Verfahrens, soweit ein Vorwurf des § 129 erhoben worden war, der Aussetzung des Verfahrens und der Beiziehung der Akten über den Ermittlungskomplex „Revolutionäre Zellen". Als die Verteidigung die Aussetzung des Verfahrens beantragt hatte, erreichte die Erregung des Vorsitzenden ihren Höhepunkt. In einer Auseinandersetzung über die sachlichen Grundlagen dieses Antrags bezichtigte der Vorsitzende den Verteidiger, Unwahrheiten zu behaupten und das Gericht mit Verlesen von Grundgesetzartikeln und Gerichtsurteilen zu langweilen.

Als daraufhin der Verteidiger eine Unterbrechung für einen Befangenheitsantrag beantragte, zückte der Vorsitzende eine Anordnung, derzufolge Friedhelm für die Zeit der Hauptverhandlung einschließlich der Unterbrechung in Gewahrsam zu nehmen sei. Friedhelm wurde in die Vorführzelle geführt und mußte befürchten, dort auch das Pfingstwochenende zu verbringen. Der Befangenheitsantrag wurde als unzulässig zurückgewiesen, unter anderem mit der Begründung, der Verteidiger wolle offensichtlich das Verfahren zu einem Tribunal gegen § 88 a umfunktionieren und verfolge damit verfahrensfremde Ziele. Schließlich wurde noch ein Antrag gestellt, das Verfahren auszusetzen und § 88 a zur Überprüfung auf dessen Verfassungsgemäßheit dem Bundesverfassungsgericht vorzulegen.

Friedhelm erklärte danach zur Sache, wie in einem Buchladenprojekt gearbeitet, verkauft und kommuniziert wird, daß schon damals viele Leute sowohl Kunden als auch Mitarbeiter waren usw. Jedenfalls habe er ein Paket der Zeitschrift Revolutionärer Zorn, Mai 76, weder bestellt noch gelesen noch ausgelegt. Zwar könnte er nicht ausschließen, daß die Zeitschrift im Buchladen ausgelegen habe, er habe sie dort aber nicht selbst gesehen. Gelesen habe er die Zeitschrift später auf einer Geschäftsreise. In der Beweisaufnahme ist der Hauptbelastungszeuge nach intensiver Befragung durch die Verteidigung von seiner Aussage abgerückt, Friedhelm habe seinerzeit anläßlich der Durchsuchung ein Geständnis abgelegt. Lediglich der Zeuge Mai vom Bundeskriminalamt will – während er mit der Durchsuchung beschäftigt war – gerade die entscheidenen Sätze gehörte haben, Friedhelm habe die Zeitschrift ausgelegt und gelesen. Am Ende des 1.Verhandlungstages wurde nach langem Hin und Her die Anordnung, Friedhelm sei in Gewahrsam zu halten, aufgehoben.

Am 2.Verhandlungstag präsentierte die Staatsanwaltschaft Herrn Bellach, Bundeskriminalamt – Abteilung Terrorismus, als Zeugen zum Beweis dafür, daß die Revolutionären Zellen eine kriminelle Vereinigung im Sinne des § 129 StGB seien. Ergebnis der langschweifigen und insgesamt oberflächlichen Ausführungen des Zeugen war schließlich, daß sich eine Vereinigung als Urheber oder Verfasser der Zeitschrift nicht personell bestimmen ließ.

Weitere Beweismittel wurden von der Staatsanwaltschaft zu diesem Komplex nicht angeboten.



„Nu, seh'n Se, mein Gutster, in unserem Land kann doch jeder öffentlich seine Meinung vertreten."

Als Beweismittel für den Inhalt der Zeitschrift, von der nicht ein einziges Exemplar seinerzeit im Buchladen sichergestellt worden war, wurde eine nichtbeglaubigte Kopie verlesen, deren Herkunft ungeklärt war. Diese Verfahrensweise wurde von der Verteidigung gerügt. Ein von der Staatsanwaltschaft herbeigeschafftes Original der Ausgabe Mai 76 wurde nicht verlesen.

Im Schlußvortrag forderte der Vertreter der StA eine Strafe von 8 Monaten Haft (mit Bewährung), da er die Anklage für bestätigt hielt.

Die Verteidigung beantragte Freispruch und wies noch einmal ausdrücklich auf die für einen Buchhändler praktisch nicht zu bewältigende Situation hin, sein gesamtes Sortiment auf möglicherweise strafrechtliche Inhalte hin zu überprüfen.

Nach einstündiger Beratung wurde Friedhelm wegen Verstoßes gegen § 88a zu 3 Monaten Haft mit Bewährung und einer Geldbuße von DM 1500 verurteilt. Vom Verstoß gegen § 129 StGB wurde er freigesprochen, da es schon an den tatsächlichen Feststellungen für die Annahme einer kriminellen Vereinigung fehlte. Die Verurteilung stützte sich im wesentlichen auf die Stellung Friedhelms als Geschäftsführer, der schließlich für das Geschehen im Buchladen verantwortlich sei.

Kontakt: Rechtsanwaltsbüro Zimmermann, Bahnhofsplatz 9, 4630 Bochum, 0234/60416

Karl-Heinz Dellwo in Lebensgefahr

HUNGER – UND DURSTSTREIK ALS LETZTES MITTEL GEGEN VERNICHTENDE HAFTBEDIN GUNGEN

FRANKFURT 30.Mai *Der Frankfurter Rechtsanwalt Heinz Funke (Eckenheimer Landstr. 19) hat am 18.Mai in einer Presseerklärung auf den lebensgefährlichen Zustand seines Mandanten Karl-Heinz Dellwo hingewiesen:*

„Als Verteidiger des Gefangenen Karl-Heinz Dellwo teile ich folgendes mit:

Karl-Heinz Dellwo befindet sich seit dem 5.5.1978 im Hunger- und Durststreik in der JVA Köln-Ossendorf. Er fordert entweder vollständige Integration in den Regelvollzug und Gleichbehandlung mit den anderen Gefangenen oder Zusammenlegung mit Gefangenen aus der RAF.

Nachdem seitens der Anstaltsleitung eine Änderung der Haftbedingungen angekündigt wurde, die bis heute nicht eingetreten ist, und mein Mandant sich nunmehr zwei Wochen im Hunger-und Durststreik und damit in unmittelbarer Lebensgefahr befindet, sehe ich mich veranlaßt, die Öffentlichkeit über die alarmierende Situation und die Hintergründe des Hun- und Durststreiks zu informieren.

Die gegenwärtigen Haftbedingungen von Karl-Heinz Dellwo sind unmenschlich und brutal. Der Gefangene unterliegt der Willkür spezieller Gefängnisbeamter in einem bisher kaum erreichten Ausmaß. Es fällt auf, daß diese Beamten jeden Versuch des Gefangenen, über seine Haftsituation zu berichten, unterbunden haben.

Offensichtlich planmäßig werden seit einigen Monaten die wenigen unter den erschwerten Bedingungen noch bestehenden Besuchs- und Briefkontakte des Gefangenen eleminiert. Anscheinend soll der Gefangene hierdurch und durch eine Reihe weiterer schikanöser Einzelmaßnahmen in seiner Persönlichkeit gewaltsam gebrochen werden.

Hierzu wurde zunächst eine neue Besuchsregelung eingeführt, mit der die Gesprächsinhalte bei Besuchern reglementiert wurden. Nach dieser Regelung ist es auch nicht erlaubt, daß die Besucher und der Gefangene einen Händedruck wechseln.

Seit März 1978 wurde jeder Besuch bei dem Gefangenen Dellwo entweder von vornherein verboten oder nach wenigen Minuten unter irgendeinem Vorwand abgebrochen.

Gleichzeitig werden z.T. seit langem bestehende Brief- und Besuchskontakte für die Zukunft untersagt.

Briefe des Gefangenen, in denen dieser seine Situation schildert, werden von der Beförderung ausgeschlossen und nicht weitergeleitet.

Es wurde angeordnet, daß sich der Gefangene vor und nach jedem Hofgang – auch bei Einzelhofgang – und nach jedem Kontakt mit einem Besucher, Anwalt oder einen anderen Gefangenen vollständig entkleiden und körperlich untersuchen lassen muß.

Zum jetzigen Hunger- und Durststreik kam es nach einer Reihe von „Vorfällen", von denen hier nur einige angeführt werden können:

– Am 14.3.1978 weigert sich D., an der Prozedur der vollständigen Entkleidung und körperlichen Durchsuchung selbst zu beteiligen. Er wird daraufhin gewaltsam ausgezogen.

– Am 15.3.1978 weigert sich D. erneut, sich auszuziehen. Daraufhin wird er von sechs Beamten unter Leitung des Sicherheitsinspektors Loth in den Keller geschleppt und dort entkleidet. Anschließend wird er in diesem Zustand in einer ansonsten leeren Zelle vor einer Fernsehkamera auf einer Matte an zwei im Betonboden verankerte Eisenringe gefesselt.

In dieser Lage muß er 20 Stunden verbringen, nachdem ihm vorher noch die Uhr abgenommen wurde. Der Gefangene klagt über Blutstauungen in Armen und Beinen und über starke Rückenschmerzen.

– Am 9.5.1978 erhält D. den Besuch des belgischen Anwalts Thierx van der Linden. Der Besuch wird nach ca. fünf Minuten auf Veranlassung des Sicherheitsinspektors abgebrochen. Der Besuch sollte dazu dienen, eine eventuelle Mandatsübernahme zur Einlegung einer Beschwerde bei der Menschenrechtskommission in Straßburg zu klären. Obwohl der Besuch als Anwaltsbesuch angemeldet wurde und Anwälte innerhalb der EWG-Länder frei tätig sein dürfen, wird der Besuch überwacht. Vor dem Besuch wurde dem Gefangenen ein Papier ausgehändigt, wonach er (ausnahmsweise) den Besucher mit Handschlag begrüßen dürfe. Über die Haftbedingungen und die „Terroristenscene" darf nicht gesprochen werden. Die Frage, ob dem Anwalt bekannt sei, daß D. sich im Hunger- und Durststreik befinde und daß der Gesprächsinhalt beschnitten sei, führt zu einer Intervention des Sicherheitsinspektors Loth und zum Abbruch des Besuches.

Belgische Anwälte veranstalten wegen dieses Vorfalls eine Pressekonferenz in Brüssel.

– Es sei hier erwähnt, daß auch die Tätigkeit des deutschen Verteidigers von K.H. Dellwo behindert wird. Der Anwalt muß sich regelmäßig einer entwürdigenden, körperlichen Durchsuchungsprozedur unterwerfen. Jeder mitgeführte Gegenstand, die gesamten Verteidigungsunterlagen werden durchgeschnüffelt. Der Anwalt muß Wartezeiten zwischen 45 und 90 Minuten in Kauf nehmen, bis er zu seinem Mandanten vorgelassen wird. Er wird während des Besuches mit seinem Mandanten in einer Zelle eingeschlossen. Am 16.5.1978 wird die Zelle nach Beendigung des Besuches trotz Betätigung der Signalanlage, Klopfen und Rufen erst nach längerer Zeit geöffnet.

Die geschilderten Vorfälle machen deutlich, daß an dem Gefangenen Karl-Heinz Dellwo eine Haftvollzugsform exekutiert wird, die auf eine Vernichtung der menschlichen und politischen Identität hinausläuft. Karl-Heinz Dellwo sieht in seinem Hunger- und Durststreik das letzte ihm zur Verfügung stehende Mittel, um sich hiergegen zur Wehr zu setzen und eine Überlebenschance zu erkämpfen."

AKTUELLER STAND:
KARL–HEINZ DELLWO ZU SEINEN HAFTBEDINGUNGEN

Köln-Ossendorf am 2.Mai:

a) Unterbrechung des Kontakts zu Theo Bruns, der mich seit etwa Mitte 1976 regelmäßig besucht und mit dem ich einen umfangreichen Briefkontakt hatte.

Am 12.3.78 schreibe ich ihm von unserem Hungerstreik – am 14.3.78 wird mir durch Nagel mitgeteilt, daß dieser Brief wegen „entstellender Darstellung der Wirklichkeit der BRD" nicht abgesandt wird.

Am 21.3. kommt Theo zu Besuch. Wir sprechen nur über den Streik, wie sich hier die Bedingungen verschlechtert haben und daß sie sich das draußen halt zum Problem machen müssen. Bei dem Besuch ist nichts vorgefallen. Überwacht wurde er vom LKA. Nach dem Besuch stelle ich erneut einen Besuchsantrag für ihm für April. Am 13.4. wird mir mitgeteilt, daß eine Karte und ein Brief von Theo nicht ausgehändigt werden, da Nachrichten über andere Gefangene aus der „Terroristenscene" drin seien und das dem Ziel des Vollzugs entgegenstehe. Zwei Tage vorher hatte ich geschrieben, daß gerade jetzt, wo sie uns von allem abschneiden, die Briefe und das Schreiben eine wesentliche Funktion haben.
Am 16.4. teilt Nagel mit, daß Karte und Brief wie am 13.4. mir mitgeteilt an T.B., mit einem Schreiben der Anstalt zurückgesandt worden sei, indem ihm auch weiter mitgeteilt worden sei, daß seine Briefe und Karten in Zukunft automatisch zurückgehen und daß sich die Anstalt weigert, ihn nochmals zu Besuchen vorzulassen. Das wurde mir gleichzeitig als Ablehnung meines Besuchsantrages mitgeteilt.
Seitdem ist die Beziehung unterbrochen.

b) Unterbindung des Kontakts zu Birgit Hagefeld – von ihr wurde ich seit ca. 1 Jahr mehr oder weniger regelmäßig besucht. Von ihr wurde ich am 30.3. besucht. Der Besuch läuft normal ab. Überwacht wird er vom LKA. Am Ende des Besuchs teilt der anwesende Anstaltswärter Schäfer, nachdem er sich zwischen uns gestellt hat, mit, daß „körperlicher Kontakt" vollständig verboten sei. Nicht mal ein Händeschütteln zu Beginn oder zu Ende des Besuchs sei erlaubt. Diese Maßnahme hat es 3 Jahre lang vorher noch nie gegeben. Sie ist beim Besuch von B.Hagefeld das erste Mal angewandt worden. An den Prozeduren wie Umkleiden vor und nach dem Besuch bei mir oder dem Verlangen an die Besucher, sich gynäkologisch-ähnlichen Untersuchungen zu unterwerfen, hat sich über das Kontaktverbot nichts verändert. Es hat dann eine ca. 30 Sekunden dauernde Auseinandersetzung mit Schäfer gegeben, mit der wir nach dem Grund und dem Anordner gefragt haben. Er hat sich geweigert, darauf Antwort zu geben und erklärt, wir könnten ja gegen ihn eine Beschwerde machen, wenn uns das nicht passen würde. Ich habe darauf zu B.Hagefeld gesagt, daß sie so gehen soll, weil die ganze Sache nur mit dem Ziel einer Provokation aufgezogen worden sei, um einen Grund zu finden, die Besuche zu sperren. Sie ist dann gegangen.
Ich habe dann für sie für April erneut einen Antrag für Besuch gestellt. Daraufhin wurde mir durch Nagel am 7.4.78 folgende Mitteilung mündlich gemacht:
„Gemäß § 25 StVollzG hat der Anstaltsleiter über Birgit Hagefeld ein Besuchsverbot verhangen. Sie hat nach dem letzten Besuch versucht, gegen die ihr eröffnete Anordnung, daß körperlicher Kontakt bei der Verabschiedung nicht gestattet sei, diesen trotzdem herzustellen. Damit hat sie Sicherheit und Ordnung der Anstalt gefährdet, weil sie den Anordnungen nicht Folge geleistet hat und wird deshalb von weiteren Besuchen ausgeschlossen."

c) Unterbindung des Kontakts zu Anita Holewa – von ihr bin ich von allen Besuchern am längsten und am meisten besucht worden. Am 1.4. stelle ich einen Besuchsantrag für sie. Es ist auch bei keinem ihrer Besuche jemals etwas vorgefallen. Auch wurden bis jetzt ihre ganzen Briefe an mich immer durchgelassen – am 3.4. wird mir mit dem einzigen Satz „der Besuch gefährdet Sicherheit und Ordnung der Anstalt" die Ablehnung des Antrags mitgeteilt.

d) Unterbindung des Kontakts zu Werner Lotz – von ihm bin ich von Mai 1976 bis Juli 1977 regelmäßig besucht worden. Als er für einen Besuchsantrag im August 77 nach 6 Wochen noch keine Entscheidung hatte, schrieb er an den damals noch zuständigen Richter einen Brief, in dem er angefragt hatte, ob mit Besuchsverzögerungen das Folterprogramm gegen uns effizienter gestaltet wird – woraufhin ihm keine Besuchsgenehmigung mehr ausgestellt worden ist. Im März, nachdem die Anstalt zuständig war, habe ich erneut einen Antrag für ihn gestellt, er wurde mit der Begründung „Sicherheit und Ordnung sei gefährdet", abgelehnt.

Damit haben alle die, die mich in den letzten 3 Jahren regelmäßig besucht haben und zu denen eine Beziehung besteht, ein Besuchs- und teilweise auch ein Schreibverbot.

Zu meinen Verwandten besteht so gut wie kein Kontakt. Meine Geschwister und Eltern wohnen in Süd-Frankreich. Besuch von meiner Mutter und Geschwistern hatte ich in drei Jahren insgesamt 5mal – wovon ein Besuch nach wenigen Minuten wegen ‚zu leise sprechen' abgebrochen worden ist. Wir haben auch beiderseitig kein Interesse mehr an Besuchen. Damit stehe ich aber hier vor der Situation, daß ich keine Besuche mehr haben werde – die Anstalt hat nicht nur den Kontakt zu den alten Besuchern verboten, sie verhindert auch, daß ich neue Personen, die alle natürlich der Linken anhängen, kennenlerne.

e) Besuchsablauf bei Hannelore Matthes – nachdem ich zu ihr weder Briefkontakt hatte und sie auch nicht kannte und nur von ihr mal angeschrieben worden bin, daß sie mich mal besuchen möchte und daß sie Mitglied einer Frauengruppe sei, ist sie am 24.4. zu Besuch gekommen. Der Besuch hat keine 30 sec. gedauert, da wurde er schon von Polizeiinspektor Loth, der neben dem LKA zum 1.Mal selber beim Besuch anwesend war, abgebrochen.
Kurz vor dem Besuch, nachdem ich mich umgezogen hatte, kommt Loth und liest die neuesten Besuchsanordnungen vor, die offensichtlich von der Bundesanwaltschaft stammen:
- körperliches Kontaktverbot
- Verbot von Gesprächen über Hungerstreiks
- Verbot von Gesprächen über andere Gefangene aus der ‚Terroristenscene'
- Verbot von Gesprächen über die ‚Terroristenscene' und ihre Anhänger in der BRD.

Das waren die wesentlichsten Punkte, wenn auch nicht alle, und außer dem Berührungsverbot waren sie bis dahin noch nicht eingeführt. Wie die Frau zu Besuch kommt, habe ich schnell nach ihrer Hand gegriffen, worauf Loth sofort [illegible]je-

sprungen ist und, nachdem er zuerst deswegen abbrechen wollte, die ‚erste und letzte Verwarnung' ausgesprochen hat. Daraufhin kommt es zu folgendem Gespräch: H. Mathes sagt: „Ich soll dich von Anita und Peter grüßen. . . " — worauf Loth sofort wieder aufgesprungen ist und erklärte: „Das ist verboten. Anita Holewa und Peter Alexa sind Mitglieder der Terroristenscene" (beide sind legale Linke) — worauf ich zu H.M. sagte: „Stör dich nicht dran". Daraufhin hat Loth den Besuch für beendet erklärt.
Von der gesetzlichen Besuchszeit von einer Stunde im Monat sind mir für April 30 Sekunden geblieben.

In der Zeit seit ich in sog. Strafhaft bin — offiziell wurde mir das am 12.3. mitgeteilt — bis heute sind sicher etwa 2 Dutzend Briefe an mich oder von mir angehalten worden, mal wegen revolutionärer Parolen, mal weil sie dem Versuch der ‚Resozialisierung' widersprechen — mal, weil darin ‚grob Entstellendes' mitgeteilt worden ist, das waren Briefe an den Evangelischen Arbeitskreis in Frankfurt über die Haftbedingungen, einen darüber an meine Mutter, die oben bereits angeführten, sowie die normale Post an andere Gefangene — sog. normale — und andere Personen, die mir immer mal wieder schreiben.

Ein Beispiel ist Norbert Fleischmann, den ich bis dahin nicht [illegible]nte. Ein Brief von ihm wird von der Anstalt mit der Begründung, er würde mich in meiner vollzugsfeindlichen Haltung bestärken, an den Absender zurückgesandt. Nachdem ich deswegen nachfrage, weigert sich Nagel, der die Verfügung vorgelesen hat, mir die Adresse mitzuteilen. Außer dem Namen müßten sie mir nicht sagen, wo der Brief herkommt. Am 31.4. erreicht mich ein erneuter Brief von Fleischmann, in dem er mitteilt, daß er den Brief zurückbekommen hat und daß der Inhalt seines Briefes davon gehandelt hat, daß ihm ein Verfahren anhängig ist, weil er den Vollzug in Bochum mit Methoden der Nazis verglichen hatte, dem auch der ärztliche Dienst dort entspricht. Er hatte mir das geschrieben, weil er im August 77, wo ich während des kollektiven Hunger- und Durststreiks in Bochum war, einen Bericht auch über mich in der Frankfurter Rundschau über die Brechungsversuche gegen uns in Bochum gelesen hatte und deshalb fragen wollte, ob ich zu einer Aussage in seinem Prozeß bereit sei.

Von den Briefen, den Büchern usw. — das wissen wir und dafür existieren auch Belege — werden Kopien bzw. Titelan[illegible]en von der Anstalt an LKA und von dort ans BKA ge[illegible]dt. Dort werden alle ein- und ausgehenden Briefe ausgewertet, zu den Personendaten von uns und den Absendern genommen, ausgewertet und in die Strategie gegen uns eingearbeitet. Von dort kommt auch die Bestimmung, ab welchem Zeitpunkt spätestens Besuche verboten und Briefkontakt zerstört werden muß.

HERAUSGEBER:
Frankfurter Informationsdienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90, Tel.: 0611/704 352
Verantwortliche Redakteurin: Jutta Fries

Zum Besuch des belgischen Anwalts Thierx van der Linden schreibt Karl-Heinz Dellwo am 9.Mai:

Heute war Besuch von Thierx van der Linden. Keine 5 Minuten gedauert, in denen nur Hickhack mit Loth lief und der dann den Besuch abgebrochen hat.
Vor dem Besuch wurde mir von einem schriftlichen Papier vorgelesen, daß ich:
1) ihn mit Handschlag begrüßen dürfe
2) nicht über die ‚Terrorscene' reden dürfte
3) nicht über Hunger- und Durststreik reden dürfte.
Dolmetscherin war eine alte Frau (um 55), von der Anstalt bestellt, die immer erst Loth gefragt hat, ob sie das übersetzen soll oder nicht.

Neben Loth war noch der übliche LKA-Bulle dabei. Loth sagte, daß dies ein normaler Besuch sei und kein Anwaltsbesuch. — Ich hatte den Besuch explizit als Besprechungsbesuch zur Klärung einer Mandatsübernahme beantragt und der Typ hat auch von mir Vollmachten bekommen. Er ist etwa so alt wie ich, vielleicht auch 28, und fragte zu Anfang, ob ich Beschwerden über meine Situation/Bedingungen vorzubringen hätte (er hat das bestimmt nicht so formuliert). Darauf lasse ich sagen, daß ich ihm Einiges mitzuteilen habe, und frage, ob er weiß, daß ich im Hunger- und Durststreik seit Freitag bin. Die Dolmetscherin fragt Loth + der verbietet die Übersetzung. Daraufhin sage ich das in englisch. Loth will danach sofort den Besuch abbrechen. Van der Linden fragt, was los ist, worauf ich ihn frage, ob ihm bekannt ist, daß der Gesprächsinhalt beschnitten sei. Ich wollte ihm dann übersetzen lassen, daß er unter anderem für uns eine Beschwerde bei der Menschenrechtskommission machen soll und daß gerade deshalb der Inhalt, der hier verboten worden ist, unverzichtbar sei. Die Alte fragt wieder Loth und der sagt, daß sie das übersetzen könnte — „das geht noch", aber nicht über Haftbedingungen — und will dann damit ankommen, daß das kein Anwaltsbesuch sei, worauf ich ihm sage, daß er die Klappe halten soll, weil sein Dreck hier gar nicht interessiert — es würde entweder übersetzt oder nicht, woraufhin er aufgestanden ist und erklärt hat, daß der Besuch zuende sei, weil ich ihn beleidigt hätte. Ich habe zu Van der Linden nur noch sagen können: „German fascism", worauf er geantwortet hatte: „Indeed" und noch schnell sagte, daß ich ihm schreiben sollte.

(Nagel: Rechtsanwalt von K.H. Dellwo)

"SELBSTMORD" IN DER JVA TEGEL

Westberlin *Aus der JVA Tegel:*
31.Mai

In der Nacht zum Freitag, dem 26.Mai 1978, hat sich auf der "Schulstation" B2 im Haus III unser Mitgefangener Bernd Hubert im Alter von 29 Jahren erdrosselt. Er war seit 6 Jahren in Haft und zu lebenslanger Freiheitsstrafe verurteilt. Seine Kontake zur Außenwelt waren mit seiner Tat/Verhaftung/Verurteilung vollständig abgebrochen. Erst in letzter Zeit kam seine Mutter wieder zur Sprechstunde. Bernd war seit Anfang dieses Jahres auf der neueingerichteten "Schulstation" B2, die eigentlich kaum als solche zu bezeichnen ist. Er hatte dort wegen des dort herrschenden vergifteten Klimas Schwierigkeiten, mit Mitgefangenen Beziehungen aufzunehmen und zu führen, hat sich weitgehend zurückgezogen.

Am Nachmittag des 26.Mai fand im Schulraum der Station B2 eine Vollversammlung aller Schüler statt. Außerdem waren anwesend Herr Laeger von der Senatsverwaltung für Justiz, der Anstaltsleiter Blaubrecht, der Hausleiter Mayer, der Leiter der Schulmaßnahme Swinne, einige Lehrer und Schließer der Station, Frau Maetzel vom Beirat, einige Gefangene von der In-

sassenvertretung und ein Abgesandter vom Zentral-Ton-Studio (ZTS, Tegel-interner, durch Knackis gemanagter Knastfunk) mit einem Aufnahmegerät. Die Herren der Administration waren peilich bemüht, Schuldzuweisung ausschließlich auf den individuellen Bereich zu beschränken. Alles mögliche wurde Bernd als Motiv unterstellt. Leider waren auch die Mitinsassen und -schüler der Station nicht in der Lage, über deren Bereich hinwegzusehen, haben Verbesserungen ausschließlich für sich gefordert. Erst ein Bediensteter des Sozialdienstes - übrigens bis Anfang April der einzige ausgebildete Sozialarbeiter im Haus III bei circa 400 Gefangenen! - hat die Darstellung des HAusleiters Mayer zu bezweifeln gewagt, mit der Betreuung der Insassen sei alles zum Besten bestellt. Von dieser Meinung hat er sich auch vom Glaubrecht nicht abbringen lassen, führte weiter aus, was er zu sagen hatte. Schließlich hat der G. ihm direkt das Wort verboten: „Schweigen Sie! Nicht in diesem Gremium!"

Dem ZTS hat der G. eine Berichterstattung über diese Versammlung und ihren Anlaß total verboten, selbst Trauermusik und Aufruf zu einer Schweigeminute untersagt! Ob das die einzig wahre Methode zur Bewältigung von Kritik an offensichtlichen Mißständen ist?

Damit sind aber die Fakten nicht vom Tisch: Für 400 Mann im Haus III gibt es nicht eine einzige Psychologen-Planstelle, für Haus II (600 Mann) ebensowenig! Persönlichkeitserforschung im Rahmen der Behandlungsuntersuchung (§6 StVollzG) und eine sinnvolle Vollzugsplanung (§ 7 StVollzG) unterbleiben deswegen ebenso wie eine psychologische Notfallbetreuung. Der vorhandene Sozialdienst ist dafür total unqualifiziert, stammt doch der überwiegende Teil der "Für-sich-Sorger" aus dem Aufsichtsdienst. Das Strafvollzugsgesetz wird hier Tag für Tag selbst in seinen Minimalforderungen an den Vollzugsstab von eben diesen und der Aufsichtsbehörde mit Füßen getreten! Vor diesem Hintergund erscheint es als simpler Zufall, daß es diesmal der Bernd Hubert von der B2 war, ebensogut hätte sich irgendein anderer Mitgefangener auf einer anderen Station das Leben nehmen können. Die hiesige Praxis des Strafvollzugs mit ihren ständigen Angriffen auf das Selbstwertgefühl der Insassen, das hier herrschende und vom Stab gezielt erzeugte Klima der Bespitzelung und des Mißtrauens untereinander und die völlige Mißachtung des Strafvollzugsgesetzes, was die Hilfsangebote angeht, das kann einen Knacki schon schaffen.

Deswegen:

Vergeßt Bernd Hubert nicht so einfach!

Hört endlich auf, die Menschen hier zu zerstören!
Helft ihnen mit ihren Schwierigkeiten!
Stellt Psychologen ein - SOFORT!!!

Wer diese Forderungen unterstützen will, schreibe an

Ltd.Reg.Dir. Glaubrecht
Leiter der JVA Tegel
Seidelstr. 39
1000 Berlin 27, und
Senator für Justiz
Prof. J. Baumann
Salzburger Str. 21 - 25
1000 Berlin 62

ZWANGSARBEIT

Strafgefangene sind zur Arbeit verpflichtet. Sie habe resozialisierende Funktionen. „Wiedereingliederung in die Gesellschaft", das heißt dann an einem Tag 1000 Wasserhähne zu sammenschrauben, für einen Bruttolohn von 4,50 DM am Tag. Wer sich weigert, wird bestraft:

Verfügung

1) gegen den Strafgefangenen Alfred Nick wird als Disziplinarmaßnahme getrennte Unterbringung während der Freizeit für zwei Wochen (§ 103 Abs. 1 Nr. 5 StVollZg).

weil er am 12. und 17. April 1978 eine ihm zugewiesene, seinen körperlichen Fähigkeiten angemessene Arbeit verweigert hat (Verstoß gegen § 41 Abs. 1 Satz 1 StVollZg).

Gründe:

Der Gefangene hat, wie er auf Befragen selbst einräumt, am 12. April 1978 eine ihm im Anstaltsbetrieb der Firma Lupus zugewiesene Arbeit verweigert.

Seine erste Einlassung, „zu Lupus gehe ich nicht arbeiten, dann ist es halt Arbeitsverweigerung", hat er später damit zu rechtfertigen versucht, er wolle die Arbeit bei der Firma Lupus deshalb nicht aufnehmen, weil er dort früher schon einmal „rausgeflogen" sei.

Diese Einlassung ist unbeachtlich. Der Gefangene hat am 17. April 1978 nämlich auch eine Tätigkeit als Packer im Anstaltsbetrieb der Firma Mehler abgelehnt. Anhaltspunkte dafür, daß diese Arbeit den körperlichen Fähigkeiten des Gefangenen nicht entspreche, liegen nicht vor und wurden auch von dem Gefangenen selbst nicht geltend gemacht.

Der Gefangene hat eine ihm zugewiesene, seinen körperlichen Fähigkeiten angemessene Arbeit verweigert und damit gegen ihm in § 41 Abs. 1 Satz 1 StVollZg auferlegte Arbeitspflicht verstoßen.

Um den Gefangenen zu vollzugsgemäßen Verhalten anzuhalten, ist getrennte Unterbringung während der Freizeit für zwei Wochen als Disziplinarmaßnahme erforderlich und angemessen.

Inwieweit dem Gefangenen auf entsprechenden Antrag die Vollstreckung eines Teiles dieser Disziplinarmaßnahme auf sechs Monate zur Bewährung ausgesetzt werden kann, wird auch davon abhängen, ob er sich um die Zuweisung einer Arbeit innerhalb der Justizvollzugsanstalt bemüht und diese Arbeit auch unverzüglich aufnimmt.

Eine andere übliche Strafe ist Einkaufssperre, also vier Wochen keinen Tabak, keinen Kaffee, keine Schokolade, kein Obst).. Wer sich weiterhin weigert, wird solange drangsaliert, bis er arbeitswillig ist - vier Wochen Bunker.

Lohn und Leistung

In der Regel sind es einfache Handarbeiten, Netze flechten, Tonbandkassetten montieren, Kulis zusammenbauen. Diese Arbeiten werden nach „Pensum" bezahlt; z.B. drei Fußballtornetze, ein Pensum, gleich 4,67 DM.

Es gibt in jedem Gefängnis jedoch auch qualifizierte Arbeiten wie Drucker, Setzer, Elektriker.

§ 200 Strafvollzugsgesetz:

„Die Bemessung des Arbeitsentgelts sind 5% des durchschnittlichen Arbeitsentgeltes aller Versicherten der Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten ohne Auszubildende.."

Um die beiden Fundamente dieses Staates, Eigentum und Leistung, anschaulich erfahrbar zu machen, gibt es fünf Gehaltsstufen:

Lohnstufe I: 1.1.77 - 3,27 DM, 1.1.78 - 3,50 DM
Lohnstufe II: 1.1.77 - 3,84 DM, 1.1.78 - 4,11 DM
Lohnstufe III: 1.1.77 - 4,36 DM, 1.1.78 - 4,67 DM
Lohnstufe IV: 1.1.77 - 4,88 DM, 1.1.78 - 5,23 DM
Lohnstufe V : 1.1.77 - 5,25 DM, 1.1.78 - 5,84 DM

Das Brutto-Arbeitsentgelt wird nicht ohne Abzüge ausgezahlt. 1,5% werden für die Arbeitslosenversicherung abgezogen, vom Rest wird ein Drittel als Überbrückungsgeld zur Entlassung gutgeschrieben. Ein zinsloser Kredit an den Staat. - Ein Gefangener aus Diez berichtet:

„Die Argumentationen der Anstaltsleitung und der Aufsichtsbehörde, die Gefangenen könnten keine höhere Bezahlung erwarten, da sie minderqualitative Arbeiten leisten würden, ist meiner Ansicht nach nur ein Vorwand, um die Ausbeutung der Gefangenen durch die Staatsmacht zu verschleiern. Zum Beispiel:
Die Justizvollzugsanstalt Diez verfügt über eine Buch- und Offsetdruckerei sowie über eine Buchbinderei. Die dort beschäftigten Gefangenen leisten sehr wohl qualifizierte Arbeiten, denn sonst würden nicht Privatleute, Firmen und Behörden Druckaufträge an die JVA Diez geben. Beispielsweise wird die Schriftreihe des Deutschen Sozialgerichtsverbandes e. V. in der hiesigen JVA gedruckt.
Um ein weiteres Beispiel der Ausbeutung zu geben, zeige ich einmal an meiner Tätigkeit in der hiesigen JVA auf:

Ich bin in der Druckerei der JVA beschäftigt und arbeite an der 'Monotype' Setzmaschine. Wegen besonderer Leistungen wurde mir die Lohnstufe IV, also 5,23 gewährt. Ich verrichte die gleiche Tätigkeit, die ein Maschinensetzer draußen verrichtet; Blocksatz für den Buchdruck. Desweiteren habe ich hier nicht die Möglichkeit, mich alle zwei Stunden ablösen zu lassen, wie dies in verschiedenen Druckereien in der Privatwirtschaft gemacht wird. Wenn ich also viel zu tun habe, sitze ich den ganzen Arbeitstag am Taster. Dies alles für eine Arbeitsbelohnung von 5,23 DM pro Tag.

Ich glaube, daß ich schon am Beispiel über meine Tätigkeit aufzeigen konnte, daß man nicht von unterqualifizierter Arbeit und deshalb von niedriger Bezahlung sprechen kann, sondern man muß einfach das passende Wort gebrauchen, die Ausbeutung. Nur wird diese Ausbeutung mit legalen und gesetzlichen Mitteln betrieben. Manchmal kommt mir der Gedanke, als seien die Gefangenen die Neu-Sklaven der Staatsmacht."

Diese Arbeitsbedingungen legen es natürlich nahe, sich zu organisieren, für bessere Arbeitsbedingungen zu kämpfen.
Dafür hat auch die Wärtersprache Begriffe: „Gefangenenmeuterei" wenn es kollektiv geschieht. „Verstoß gegen das Strafvollzugsgesetz, Verweigerung an der Resolzialisierung mitzuarbeiten," wenn sich ein einzelner nicht wehrt (wiedersetzt).

KNAST-FILM-WOCHE

MÜNCHEN
1. Juni

Vom 7. Juli bis 16. Juli findet in München im Werkstatt-Kino in der Frauenhofstr. 9 eine Knast-Film-Woche statt, in der u.a. der Film von H.P. Meyer 'Der ganz faire Prozeß des Marcel G.' uraufgeführt wird. Daneben gibt es Diskussionen, Autorenlesungen, Theaterstücke zum Thema Knast. Eine Ausstellung von im Knast gefertigten Bildern und Kupferarbeiten wird auch vorbereitet. Hierzu werden noch Kunstarbeiten aus dem Knast gesucht, ebenso Filme,Theaterstücke, Videoberichte

Kontakt:
Kollektiv 'Rote Hilfe'
Nietzsche Str. 7b
8000 München 40 Tel. 089/ 52 52 44

„MAN MUSS AUCH VERGESSEN KÖNNEN" PROZESS GEGEN ANTIFASCHISTEN

HAMBURG
MAI 1978

Vor dem Landgericht Hamburg findet zur Zeit ein Prozeß gegen neun Antifaschisten statt, die zusammen mit hunderten von Bürgern am 7. 8. 1976 gegen den neonazistischen NPD-Kongreß der „nationalen Kräfte Europas" prozestiert hatten:

„Man muß auch vergessen können", antwortete der vorsitzende Richter Schmidt auf die Schilderung der Greueltaten des Hitlerfaschismus. Der Antrag auf Aussetzung des Verfahrens am 8. Mai, dem Tag des Sieges über den Hitlerfaschismus, wurde vom Gericht abgelehnt; Richter Schmidt hatte den Tag der Kapitulation vergessen. Wenn dieser Tag „wohl in einigen Ostblockstaaten gefeiert werde", so sei das kein Grund. In Deutschland jedenfalls sei der 8. Mai kein Feiertag.

Ein zynischer Kompromißvorschlag an die Angeklagten — erst Verlesen der Anklageschrift, dann könnten sie ja feiern — wurde von diesen abgelehnt.

Für die neun wegen Protesthandlungen gegen neonazistische Propaganda und staatlichen Polizeiterror Angeklagten bestand in der Tat kein Grund zum Feiern. Sie waren in einen „Gerichtssaal" geladen worden, der mehr ein Gefängnis ist: Panzerglas-Trennscheibe zu den Zuhörern, zweifache Personenkontrolle mit Leibesvisitation, Polizei mit dem Finger am Abzug von Maschinenpistolen vor den Türen und in den Gängen. Der Eindruck, hier werde gegen Schwerverbrecher verhandelt. Hinzu kommt die Einschränkung der Öffentlichkeit durch empörende, diskriminierende politeistaatliche Maßnahmen. Den Besuchern werden vor Betreten des Zuhörerraumes nach einer Leibesvisitation sämtliche persönlichen Gegenstände abgenommen, von Gesetzestexten über Lebensmittel wie Äpfel bis zu Kämmen und Kugelschreibern. Die Personalausweise jedes einzelnen werden für die Computer des Verfassungsschutzes abgelichtet.

Auf die sofortige Aufhebung dieser polizeistaatliche Maßnahmen zielte daher der zweite Antrag der Verteidigung: Verlegung des Verfahrens in einen anderen Saal. Dieser Antrag wurde abgelehnt. Es sei kein gleichwertiger Saal vorhanden.

Daraufhin stellten Zuhörerinnen den Antrag am Verwaltungsgericht, die Kontrolle des Personalausweises, seine Ablichtung und Computerregistrierung zu unterlassen. Diesem Antrag wurde stattgegeben. In der Begründung heißt es:

„ . . . es ist nicht ersichtlich, auf welcher Rechtsgrundlage die angegriffene Personalienfeststellung beruhen könnte. Sie wäre zulässig, wenn die Antragstellerinnen im Verdacht stünden, eine Straftat oder eine Ordnugswidrigkeit begangen zu haben. Anhaltspunkte dafür liegen aber nicht vor . . .

Die generelle Feststellung der Personalien aller Zuhörer geht über das hinaus, was zur Aufrechterhaltung der Ordnung in der Sitzung, auch vorbeugend, angeordnet werden kann. Dies gilt wenigstens so lange, wie nicht aufgrund konkreter Tatsachen zu befürchten ist, daß es zu Störungen der Sitzung kommen kann."

Der vorsitzende Richter Schmidt versuchte sich zunächst auf väterlich-jovial: „Sie können Anträge stellen, soviel sie wollen." Und: „Tschüß dann bis morgen." Die liberale Maske fiel dann aber ganz schnell, als alle Anträge ohne inhaltliche Begründung abgelehnt wurden.

Nachdem Richter Schmidt am Vormittag noch wie ein Unschuldsengel angeschwebt war und behauptet hatte, die Mikrophone könne er gar nicht ausschalten, das sei technisch gar nicht möglich, tat sein Beisitzer in der Erregung genau das, „was technisch nicht möglich war": er schnitt einem der Angeklagten das Wort ab, indem er die Mikrophone ausschaltete. Schmidt versuchte sich herauszureden, indem er zuerst darauf hinwies, daß gar nicht er die Mikrophone ausgeschaltet habe, daß er die technische Anlage noch nicht so genau kenne . . . In Wirklichkeit jedoch sind die Mikrophonschalter auf dem Richtertisch so übersichtlich angebracht, daß sie selbst ein blinder Richter betätigen kann.

Am zweiten Verhandlungstag verlangt der Richter von allen Anwesenden, auch den Zuhörern, daß sie sich erheben, wenn er den Saal betritt. Ein alter Mann jedoch bleibt sitzen, weil er krank ist und nicht aufstehen kann. Darauf Rcihter Schmidt: „Wenn sie krank sind, müssen sie eben zu Hause bleiben!"

Dann wurde der Antrag auf Befangenheit des Gerichts gestellt und wie folgt begründet:

1. Die Äußerungen des Vorsitzenden in Zusammenhang mit dem Aussetzungsantrag bekunden nicht nur „Vergeßlichkeit" gegenüber den Verbrechen des Faschismus sondern begründen auch die Besorgnis, die antifaschistische Grundhaltung der Angeklagten nicht in erforderlichem Maße zu berücksichtigen.
2. Die Begründungen für die Zurückweisungen der Anträge auf einen anderen Saal und Aufhebung der polizeistaatlichen Maßnahmen geben Anlaß zu der Auffassung, daß das Gericht nicht unabhängig sondern lediglich als Weisungsempfänger von Staatsschutzbehörden tätig ist.
3. Die Äußerungen des Vorsitzenden im Zusammenhang mit der Mikrophon-Anlage bekunden darüber hinaus die Unglaubwürdigkeit des Gerichts.

Daraufhin zog sich das Gericht für den Rest des Tages zurück.

Der Befangenheitsantrag wurde verworfen. Die Begründung enthält, z. B. der vorsitzende Richter sei vom Justizwachtmeister nicht ausreichend in die Mikrophon-Anlage eingewiesen worden.

Zwei der Angeklagten zeigten auf, weshalb man den 8. Mai, den Tag der Zerschlagung des Hitler-Fashismis, nicht vergessen kann und darf. Daß nämlich Faschisten an diesem Tag z. B. Scheiben eines politischen Buchladens in Hamburg einschmissen, daß es wieder etliche neonazistische Gruppen gibt, die offen ihr Unwesen treiben.

Der erneut gestellte Antrag auf Verlegung der Verhandlung ins Ziviljustizgebäude wurde abgelehnt. Diesmal aber mit der Begründung, der Plenarsaal sei ja nicht frei.

Nachdem das Gegenteil bewiesen und das Gericht so in die Enge getrieben worden war, ließ es die Katze endlich aus dem Sack: „Die Auswahl des Sitzungsraumes ist eine sitzungspolizeiliche Maßnahme und bedarf keiner Begründung. Das Gericht gibt keine Begründung (mehr) ab."

So war das Gericht gezwungen worden, zuzugeben, daß es vorher gelogen hatte. Die Zuschauer waren empört.

Nachdem der Staatsanwalt dann die Anklageschrift verlesen hatte, stellte einer der Angeklagten den Antrag, das Verfahren sofort einzustellen, weil nicht die Antifaschisten auf die Anklagebank gehören, sondern das Gericht. Die Verteidigung unterstützte den Antrag, indem sie aufzeigte, daß nach dem Potsdamer Abkommen, welches immer noch gültig ist, jeder nazistischen Betätigung und Propagierung entgegenzutreten ist, daß es auch gesetzlich ist, nazistische Umtriebe zu bekämpfen. Es ist das Gericht, das dagegen verstößt, wenn es Antifaschisten verurteilen will!

Damit endete die erste Prozeßwoche.



17. JUNI - VERANSTALTUNGEN UND INFORMATIONEN

FRANKFURT, 31. Mai

In Frankfurt wollen die Faschisten - wie im vorigen Jahr - auch diesmal wieder am 17. Juni die Innenstadt okkupieren. Dazu erreichte uns ein Aufruf einer antifaschistischen Aktionseinheit und die Ankündigung mehrerer Veranstaltungen:

„Wie im letzten Jahr will die NPD am 17. Juni ihre Anhänger zu einem nationalen ‚Deutschlandtreffen' nach Frankfurt/Main zusammentrommeln. 3.000 waren im letzten Jahr dem Aufruf gefolgt. Unter Trommelwirbel und teilweise in schwarzen Uniformen hatten sie für ein ‚Großdeutschland' demonstriert. Zahlreiche Gegendemonstranten wurden von NPD-Schlägern blutig geschlagen.

Die NPD feierte ihren Aufmarsch als großen Sieg und politischen Durchbruch. Seitdem haben sich zahlreiche neue Nazi-Gruppen betätigt:

- Informationsstände von Bürgerinitiativen wurden zerstört
- Autos mit Anti-Atom-Plaketten wurden die Reifen zerstochen
- russische Soldatenfriedhöfe und jüdische Friedhöfe wurden geschändet

jüdische Bürger erhalten Drohbriefe und Drohanrufe

- Wohnungen und Büros von Bürgerinitiativen gegen Atomkraftwerke werden in Brand gesteckt oder zerstört
- Ausländer werden von faschistischen Jugendgruppen auf offener Straße zusammengeschlagen.

Es handelt sich keineswegs mehr um Einzeltaten von Spinnern oder ‚Ewig-Gestrigen', sondern vorwiegend um militärisch auftretende Jugendgruppen. Sie alle wollen am 17. Juni unter dem Schutz der NPD erneut aufmarschieren.

Inzwischen hat der Frankfurter Oberbürgermeister Wallmann (CDU) ein Verbot der diesjährigen Nazi-Heerschau verkündet. Aber die NPD hat ihr Ziel nicht aufgegeben. Sie hat angekündigt, daß sie das Verbot vor Gericht anfechten wird und auf jeden Fall marschieren wird. Deshalb kann man sich auf Wallmanns Verbot nicht verlassen. Verhindert werden kann der Nazi-Aufmarsch nur durch eine breite Aktionseinheit aller Antifaschisten."

Am Abend des 16. Juni ist eine Rock-Veranstaltung gegen den Faschismus geplant. Am 17. Juni, 13 Uhr, gibt es ein Treffen in der Frankfurter Innenstadt (Steinweg).

Vorveranstaltungen:

Dienstag, 6. Juni, ab 18.30 Uhr

Es soll der Vorschlag einer öffentlichen Kundgebung diskutiert werden (bisheriger Vorschlag: 14 Uhr am Paulsplatz).

Freitag, 9. Juni, im Uni-Hauptgebäude (Zeit und Saal sind noch nicht bekannt)

Teach-In über den 17. Juni 1977, die „Neue Rechte" und Möglichkeiten des Widerstandes gegen den Faschismus (Beispiel Rock gegen Rassismus in England). Es wird die Frage gestellt werden, ob sich eine antinazistische Bewegung aufbauen läßt.

Kontakt über: Andi Betz, Heidestr. 68, 6000 Frankfurt (Tel.: 0611/435061)



ANTIFASCHIST WEGEN "KETTENBILDUNG" VERURTEILT

MÜNSTER, mai 1978

Am 13. Juni 1978 findet in der Nebenstelle des Landgerichtes Münster in der Hafenstraße um 9 Uhr die Berufungsverhandlung gegen einen Antifaschisten statt, der wegen „Landfriedensbruch" in erster Instanz zu 400 Mark Geldstrafe verurteilt worden ist. Der Hintergrund dieses Urteils ist in einem Bericht des Informationsblattes „Repression in Münster" vom März 1978 enthalten. Dazu ein Auszug aus dem Info:

„Im März 1977 hatte eine Kundgebung der Jungen Nationaldemokraten am Lambertibrunnen stattgefunden, während der mehrere Antifaschisten von der Polizei aus der großen Menge der Gegendemonstranten herausgegriffen worden waren unter der Beschuldigung, die Kundgebung durch Eier- und Tomatenwürfe handgreiflich gestört zu haben. Eine größere Zahl entrüsteter Demonstranten verlangte die sofortige Freilassung der Festgenommenen. Außerdem wurde ein spontaner Demonstrationszug zur Polizeiwache am Alten Steinweg unternommen.

Daß auch Ludger G., der nicht zu den Festgenommenen gehörte, den Augen des Gesetzes aufgefallen war, erfuhr er später, als er sich plötzlich einer Anklage wegen Landfriedensbruchs und versuchter Nötigung gegenüber sah, die schließlich am 20.1.78 vor dem Amtsgericht Münster verhandelt wurde. Ein Auge des Gesetzes bestand nämlich aus einem Photoapparat, der auf einigen Bildern festgehalten hat, daß Ludger G. sich tatsächlich in der Menschenmenge befand, die zum Zeitpunkt der Faschistenkundgebung am Lambertibrunnen versammelt war. Das andere Auge des Gesetzes war in Gestalt eines Zivilbeamten der Polizei unterwegs, um in der Menschenmenge Eindrücke von der Entschlossenheit und Solidarität aller Demonstranten zu sammeln. Der Zivilpolizist frischte anschließend an seinen Einsatz seine Erinnerungen mit Hilfe der Photographien auf und stieß dabei auf Ludger G., der ihm nach der Kundgebung negativ aufgefallen sein will.

So fand sich Ludger G. vor Gericht zitiert. Dort wurde der Sachverhalt von dem Zivilpolizisten folgendermaßen geschildert:

Ludger G. habe ihn aufgefordert, durch Unterhaken der Arme gemeinsam mit anderen eine Kette zu bilden, um den Abtransport der Festgenommenen in einem Polizeiwagen zu verhindern. Allerdings sei er darauf nicht eingegangen. Später, vor der Polizeiwache am Alten Steinweg, habe er gesehen, wie einige Leute einen weiteren Polizeiwagen durch Schaukelbewegungen und Fußtritte traktiert hätten. Ludger G. sei von ihm in der Nähe des Polizeiwagens gesehen worden.

Die Situationsschilderung anderer Zeugen (Krad- und PKW-Fahrer der Polizei) war mit den Eindrücken des Zivilbeamten nicht in Einklang zu bringen: Der Abtransport der Festgenommenen sei rasch und reibungslos erfolgt, eine Behinderung sei nicht festzustellen gewesen. Es seien allerdings von Demonstranten ein oder zwei Mannschaftswagen der Polizei umringt worden, deren Abfahrt sich dadurch verzögerte, eine polizeiliche Aufforderung zum Platzmachen sei aber nicht erfolgt.
Eine Kettenbildung unter Beteiligung von Ludger G. ist nicht beobachtet worden.

(Der obige Bericht geht weiter auf der Seite 17)

BIG BROTHER IS WATCHING YOU

Hier ist die vielbeschriebene und beklagte Liste, nach der der Bundesgrenzschutz Erkenntnisse für den Verfassungsschutz sammelt(e). Eine aktualisierte Form ist uns leider noch nicht zugegangen.

Linksextremistische und linksextremistisch beeinflußte periodisch erscheinende Druckwerke

1. ADS – Kleinzeitungen
2. ADS – Zeitungen
3. aktion dritte Welt
4. Aktivruder
5. AL TAHRIR
6. AMI-FO
7. antifaschistischer jugenddienst
8. Antiimperialistischer Kampf – Dokumente und Analysen
9. Antiimperialistisches Informationsbulletin
10. antimilitarismus information
11. Arbeiter in Uniform
12. arbeitereinheit
13. Arbeiterfotografie
14. Arbeiterkampf
15. Arbeiterpolitik (Arpo)
16. Arbeitersache
17. Arbeiter-Stimme
18. Arbeiterstimme
19. Arbeiterzeitung (AZ)
20. Arbeitslosenzeitung
21. Arbeitsmaterialien des IMSF
22. Argumente
23. ASV-Zeitung
24. Barras
25. Barrikade
26. Barrikade
27. Basis-Presse
28. BdWi-Briefe
29. Befreiung
30. Befreiung
31. Begegnung mit Polen
32. Beiträge des IMSF
33. Berliner Arbeiter Zeitung (BAZ) – Organ der Sozialistischen Deutschen Arbeiterpartei
34. berliner Extra-dienst
35. BiPo
36. Blätter des iz3w
37. Blätter für deutsche und internationale Politik
38. Blatt
39. Blinkfuer
40. Buchladen-Info
41. Bulletin
42. Carlo Sponti
43. cfk-Informationen
44. CHAMISSOBLATT – Eine Zeitung von und für Bewohner um den Chamissoplatz
45. Chile
46. Chile-Nachrichten
47. Chile-Solidarität
48. das da
49. Das Neue China
50. Das Revolutionäre Bündnis
41. Demokratie und Recht
52. Demokratische Erziehung
53. Demokratischer Kampf
54. Dem Volke dienen
55. Der Funke
56. Der Funke
57. Der Hessische Landbote
58. Der lange Marsch
59. Der Mahnruf
60. Der Maoist
61. Der Maulwurf
62. Der Metzger
63. Der Mieter
64. Der Weg der Partei
65. Deutsche Volkszeitung
66. DFG-VK-intern
67. DFU-Pressedienst
68. Die andere Zeitung (a-z)
69. die freie Vereinbarung
70. die Internationale
71. die Internationale
72. Die IRA
73. Die neue Stimme
74. Die neue Welt
75. Die Revolutionäre Stimme
76. Die Rote Garde
77. Die Rote Schulfront
78. die tat
79. Die Wahrheit
80. Die Walze
81. die kofo
82. DISKUS
83. DKP-Informationen
84. DKP-„Kleinzeitungen"
85. DKP-Landrevue
86. DKP-Pressedienst
87. DKP-Report
88. DSF-Journal
89. Einheit
90. Einheit und Kampf
91. elan – das Jugendmagazin
92. Eltern und Schule
93. Ergebnisse & Perspektiven
94. Erziehung im Dienste des Volkes
95. Express-Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerschaftsarbeit
96. fdjw-aktuell
97. Frauenzeitung
98. Freie Presse
99. Freies Palästina
100. Fresse
101. frontal
102. Für uns
103. Fuzzy
104. Gegen die Strömung
105. Gegen Knast
106. Gießener Anzünder
107. Glos Polski
108. Graswurzelrevolution
109. Hauptwache
110. Heidelberger Rundschau
111. Heinzelpress
112. Hochrhein Volksblatt (HVB)
113. Hochschulinformationsdienst der ASten
114. IBH
115. IEDW – Information
116. Im Blickpunkt der Berlinerin
117. Im Namen des Volkes . . . !
118. Indochina-Kurier
119. Indochina-Zeitung
120. INFO
121. INFO
122. INFO
123. INFO
124. info B
125. Info Berliner Undogmatischer Gruppen
126. Information Chile
127. Informationen der Aktionseinheit gegen die reaktionäre Jugend- und Bildungspolitik
128. Informationen – Proteste, Stellungnahmen
129. Informationsberichte des IMSF
130. INFORMATIONSDIENST ARBEITERBILDUNG
131. Informationsdienst der Freundschaftsgesellschaft BRD–Cuba
132. INFORMATIONSDIENST des Sozialistischen Lehrerbundes
133. Informationsdienst für Betriebs- und Wohngebietszeitungen
134. Informationsdienst für Soldaten
135. Informationsdienst Gesundheitswesen
136. Informationsdienst Sozialarbeit
137. Informationsdienst zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten (ID)
138. INPREKORR
139. Internationale Arbeiterkorrespondenz (IAK)
140. INTERNATIONALE SOLIDARITÄT
141. Internationales Bulletin
142. Kadewau
143. Kämpfende Jugend
144. Kämpfende Jugend
145. Kämpfende Kunst
146. Kasseler Kursblatt
147. KBW-Betriebszeitungen
148. Kern
149. Kieler Fresse
150. Kjn – Kommunistische Jugendnachrichten
151. Kölner Volksblatt – Bürgerinitiativen informieren
152. Kölsche Klüngel
153. Kommunismus und Klassenkampf
154. Kommunistische Arbeiterpresse (KAP)
155. Kommunistische Arbeiterzeitung
156. Kommunistische Arbeiterzeitung
157. Kommunistische Hochschulzeitung
158. Kommunistische Hochschulzeitung
159. Kommunistische Jugendpresse (KJP)
160. Kommunistische Korrespondenz
161. Kommunistische Studentenpresse
162. Kommunistische Studentenzeitung
163. Kommunistische Studentenzeitung
164. Kommunistische Volkszeitung
165. Kommunistischer Bund (KB)
166. konkret
167. Konsequent
168. KPD/ML-Betriebszeitungen
169. Krisenkämpfer
170. Kritik und Kampf
171. KSZ
172. kürbiskern
173. Kulturfront
174. Kultur & Gesellschaft
175. Kursbuch
176. Liga aktuell
177. links
178. links voran
179. LU – Links Um
180. MAD-Falttexte
181. MAD-Flugschriften
182. MAD-Reprint
183. Marxismus Digest
184. Marxistische Blätter
185. Marxistische Studentenzeitung (MSZ)
186. Maulwurf
187. Maulwurf
188. Militärzeitung
189. Montagsnotizen
190. Nachrichten
191. Nachrichtendienst
192. neue Arbeiter Presse
193. Neue Kommentare
194. Neue SOLIDARITÄT
195. Neue Stimme
196. Neue Volkskunst
197. neues beginnen
198. Norddeutsche Fresse
199. Oh wie schön
200. Pazifistische Rundschau
201. PDI – Hintergrunddienst
202. PDI – Pressemitteilung
203. Plakat
204. pogrom – Zeitschrift für bedrohte Völker
205. Politikon
206. PPA-tagesdienst
207. praxis
208. Probleme des Klassenkampfes
209. Proletarier
210. Proletarischer Kurs
211. Provinz
212. Radikal
213. Radio Peking
214. Rebell
215. Rebell
216. Rebell
217. Referendar-Mitteilungen
218. Referendar-Zeitung
219. Revolte
220. Revolutionäre Gewerkschaftsopposition (RGO)
221. Revolutionärer Kampf
222. Revolutionärer Weg
223. Revolutionärer Weg – Probleme des Marxismus-Leninismus, Theoretisches Organ des Kommunistischen Arbeiterbundes Deutschlands
224. Revolutionärer Zorn
225. Revolutionäres Bündnis
226. ROBI
227. rote blätter
228. rote blätter extra
229. Rote Fahne
230. Rote Fahne
231. Rote Fahne
232. Rote Fahne Pressedienst
233. Rote Hilfe
234. Rote Hilfe
235. Rote Penne
236. Rote Presse
237. Rote Ratte
238. Rote Robe
239. Rote Saar
240. Roter Funke
241. Roter Morgen
242. Roter Pfeil
243. Rotfront-Stadt
244. S'Blättle
245. Schlagbolzen
246. Schriftenreihe des „Pressedienstes Demokratische Initiative
247. Schwarze Protokolle
248. SDAJ-Presseinformationen
249. SDAJ-Zeitungen
250. SEW-Betriebszeitungen
251. SEW-Wohngebietszeitungen
252. SHB-Press
253. Signal – Sozialistische Jugendzeitschrift.
254. SK – Das sozialistische Nachrichtenmagazin
255. Solidarität
256. Solidarität
257. Sozialismus konkret
258. Sozialistische Arbeiterzeitung
259. Sozialistische Politik (SOPO)
260. Sozialistische Studentenpresse
261. Sozialistische Zeitschrift für Kunst und Gesellschaft (KuG)
262. Spartacus
263. Sprung Auf
264. Stadtzeitung für Freiburg
265. Stadtzeitung in und um Kassel
266. Stadtzeitung Saarbrücken
267. SZ-Intern
268. Texte zur Demokratisierung, Antifaschistische Arbeitshefte des Röderberg-Verlages
269. Theorie und Praxis des Marxismus-Leninismus
270. Thing
271. Umbruch
272. Uni aktuell
273. Unser Weg
274. Unsere Zeit
275. Unter dem Roten Banner
276. vds-press
277. Verlags-Info
278. VVDJ – Veröffentlichung der Vereinigung demokratischer Juristen
279. VVN-BdA-Pressedienst
280. was tun
281. was tun im Betrieb
282. Werkstatt
283. Willibald
284. ZAS
285. Zehnkommazwei 10,2
286. zivilcourage – Antimilitaristische Zeitschrift
287. Zur neuen Klassenanalyse



Linksextremistische und linksextremistisch beeinflußte Organisationen

1. „Afrika-Komitee" Sitz Berlin
2. „Afrika-Komitee" Sitz Hamburg
3. „aktion Dritte Welt" Sitz Freiburg (Brsg.)
4. „Aktion Inhaftierten- und Entlassenenhilfe e.v." Sitz Hamburg
5. „Aktionseinheit gegen die reaktionäre Jugend- und Bildungspolitik des Senats" Sitz Hamburg
6. „Aktionsgemeinschaften von Demokraten und Sozialisten (ADS)
7. „Aktionskomitee gegen Berufsverbote" Sitz Berlin
8. „AMILCAR-CABRAL-Gesellschaft" (ACG) Sitz Münster
9. „Anarchistische Badische Föderation" (ABF) Sitz Karlsruhe/Neulußheim
10. „Anarchistisches Büro Essen" Sitz Essen.
11. „Anarcho-Presse-Hannover" Sitz Hannoer
12. „Anarchosydikat Köln" Sitz Köln
13. „Antiimperialistisches Arbeitskomitee" Sitz Marburg
14. „Antiimperialistisches Solidaritätskomitee der Jugend und Studenten Westberlins" Sitz Berlin
15. „Antiimperialistisches Solidaritätskomitee für Afrika, Asien und Lateinamerika" (ASK) Sitz Frankfurt
16. „Antimilitaristische Soldatengruppe" (ASG)
17. „Antimilitaristischer Arbeitskreis" (AMAK) Stuttgart/Tübingen Sitz Stuttgart.
18. „Antirepressionsinitiativen"
19. „Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD" (AB) Sitz München
20. „Arbeiterfotografengruppe Hamburg" Sitz Hamburg
21. „Arbeitersache" Sitz München
22. „Arbeitersportverein" (ASV)
23. „Arbeitsgemeinschaft der Gesellschaften BRD–UdSSR e.V." Sitz Frankfurt
24. „Arbeitsgemeinschaft Neuengamme" Sitz Hamburg
25. „Arbeitsgemeinschaft sozialistischer und demokratischer Verleger und Buchhändler" Sitz Hamburg
26. „Arbeitskreis „Blumen für Stukenbrok" Sitz Minden
27. „Arbeitskreis Demokratischer Soldaten" (ADS)
28. „Arbeitskreis Festival" Sitz Bonn
29. „Arbeitskreis für Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit" Sitz Gelsenkirchen
30. „Arbeitskreis für progressive Kunst" Sitz Oberhausen
31. „Arbeitskreis Junger Antifaschisten" (AJA) Sitz Frankfurt
32. „Arbeitskreis kritischer Juristen (AKKJ) Sitz Saarbrücken
33. „Arbeitskreis KRitischer Strafvollzug" Sitz Darmstadt
34. „Arbeitskreis Lüneburger Antifaschisten" Sitz Lüneburg
35. „Ausschuß Zypern Solidaität Bundesrepublik Deutschland" sitz Düsseldorf
37. „Begegnung mit Polen Gesellschaft zur Förderung Deutsch-Polnischer Verständigung e.V." Sitz Berlin
38. „Berliner Mietergemeinschaft e.V." Sitz Berlin
39. „Bewegung Revolutionärer Undogmatischer Linker" (BRUL) Sitz Hannover
40. „Bund Demokratischer Jugend" (BDJ) Sitz Hamburg
41. „Bund demokratischer Wissenschaftler" (BdWi) Sitz Marburg
42. „Bund der Polen in Deutschland – Eintracht e.V." (ZGODA) Sitz Düsseldorf
43. „Bund Deutscher Kommunisten" (BDK) Sitz Butzbach (Hessen)
44. „Bund Sozialistischer Arbeiter" (BSA) Sitz Essen
45. „Chamissoladen" Sitz Berlin
46. „Chile-Solidaritätskomitee"
47. „Club Alpha 60 e.V." Sitz Schwäbisch-Hall
48. „Cooly-Lully-Brigade" (CLB) Sitz Hamburg
49. „Demokratischer Frauenbund Berlin" (DFB) Sitz Berlin
50. „Demokratische Fraueninitiative"
51. „Demokratischer Kulturbund Bundesrepublik Deutschland" (DKBD) Sitz Hamburg
52. „Deutsch-Polnische Gesellschaft Berlin (West) e.V." Sitz Berlin
53. „Deutsch-Polinsche Gesellschaft e.V." Sitz Düsseldorf
54. „Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegener" (DFG-VK) Sitz Essen
55. „Deutsche Friedens-Union" (DFU) Sitz Köln
56. „Deutsche Kommunistische Partei" (DKP) Sitz Düsseldorf
57. „Deutsches Komitee für Angola, Guinea-Bissao und Mozambique" (AGM-Komite) Sitz Bonn
58. „European Labour Committees" (ELC) (Europäische Arbeiterfraktionen) Sitz Wiesbaden
59. „Film und Fotogruppe Freiburg" Sitz Freiburg
60. „Fördererkreis Sozialistisches Büro" Sitz Offenbach
61. „Förderverein Neue Welt" Sitz Köln
62. „Frankfurter Anarchisten" Sitz Frankfurt
63. „Frankfurter Kulturzentrum e.V." Sitz Frankfurt
64. „Frauenfriedensbewegung Hamburg" Sitz Hamburg
65. „Frauengruppe Hamburg" Sitz Hamburg
66. „Frauenzentrum"
67. „Freie Deutsche Jugend Westberlins" (FDJW) Sitz Berlin
68. „Freundschaftsgesellschaft BRD–Cuba" Sitz Bielefeld
69. „Freundschaftsgesellschaft des Deutschen und Spanischen Volkes" (FGDSV) Sitz Bochum
70. „Freundschaftsgesellschaft Westberlin-Kuba e.V." Sitz Berlin
71. „Freundschaftsgesellschaft Westberlin-Portugal" Sitz Berlin
72. „Friedrich-Engels-Zentrum" (FEZ) Sitz Wuppertal
73. „Gefangenenrat" Sitz Bremen
74. „Gefangenenrat" Sitz Frankfurt
75. „Gemeinschaft zur Wahrung demokratischer Rechte" Sitz Kiel
76. „Gesellschaft BRD–UdSSR in Hamburg e.V." Sitz Hamburg (CVJM-Heim)
77. „Gesellschaft der Freunde Albaniens e.V." Sitz München
78. „Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft – Westberlin" (DSF-Westberlin) Sitz Berlin
79. Gesellschaft „Wissenschaft im Dienst der kämpfenden Völker Indochinas" Sitz Berlin
80. „Gesellschaft zur Unterstützung der Volkskämpfe" (GUV)
81. „Gewerkschaftliche Studentengruppe" (GSG) Sitz Hamburg
82. „Gruppe Arbeiterpolitik" (GAP) Sitz Hamburg
83. „Gruppe Arbeiterstimme Nürnberg" Sitz Nürnberg
84. Gruppe „Aufbau eines Sozialistischen Patientenkollektivs in Hamburg" Sitz Hamburg
85. „Gruppe Internationale Marxisten – Deutsche Sektion der IV. Internationale" (GIM) Sitz Frankfurt
86. „Gruppe revolutionärer Kommunisten (Trotzkisten) Deutsche Sektion der posadistischen IV. Internationale" Sitz Frankfurt
87. „Hannoversche Genossenhilfe e.V." Sitz Hannover
88. „Häftlingskollektiv" Sitz Berlin
89. „Hilfswerk für die Opfer des Nationalsozialismus e.V." Sitz Karlsruhe*
90. „Humanes Wohnen e.V. " (HuWo) Sitz Hamburg
91. „Indochina Hilfe" Sitz Köln
92. „Indochina Komitee" Sitz Hamburg
93. „Indonesien Komitee" Sitz Berlin (West)
94. „Informationszentrum Dritte Welt" (IZ3W) Sitz Freiburg
95. „Informationszentrum für Gefangenengruppen" (IFG) Sitz Bielefeld
96. „Initiative für den Aufbau des Bundes Sozialistischer Lehrer und Erzieher" Sitz Köln
97. „Initiative für Unabhängigkeit und Einheit gegen die Supermächte" Sitz Frankfurt
98. „Initiative Internationale Vietnam Solidarität" Sitz Frankfurt
99. „Initiative Libertärer Sozialisten" (ILS) Sitz Hannover
100. „Initiative von Eltern, Elternvertretern und Elternräten von über 50 Hamburger Schulen" Sitz Hamburg
101. Initiative „Weg mit den Berufsverboten" Sitz Hamburg
102. „Initiativkomitee Arbeiterhilfe e.V." Sitz Hamburg
103. „Initiativkreis Nachmittagsschule Eimsbüttel" Sitz Hamburg
104. „Initiativkreis für Marxistische Studien und Forschungen e.V." (IMSF) Sitz Frankfurt
106. „Interessengemeinschaft ehemaliger deutscher Widerstandskämpfer in den vom Faschismus okkupierten und besetzten Ländern" (IEDW) Sitz Frankfurt
107. „Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit" (IFFF) – Deutsche Sektion – Sitz Hamburg
108. „Internationales Komitee zur Verteidigung politischer Gefangener in West-Europa" (IVK)
109. Junge Pioniere – Sozialistische Kinderorganisation (JP Sitz Dortmund
110. „Knastgruppe Ossendorf" Sitz köln
111. „Kölner Heinzelmenschen" Sitz Köln
112. „Kollektiv Rote Hilfe" Sitz Berlin
113. „Komitee der Freunde des CSIT" Sitz Mainz
114. „Komitee Europa – Lateinamerika e.V." (KELA) Sitz Frankfurt
115. „Komitee Freiheit für Horst MAHLER" Sitz Berlin
116. „Komitee Freiheit für Wort und Dienst in der Kirche" Sitz Frankfurt
117. „Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit" Sitz Köln
118. „Komitee gegen Folter an politischen Gefangenen in der BRD, Hamburg" Sitz Hamburg
119. „Komitee gegen Folter an politischen Gefangenen in der BRD" (Folterkomitee) Sitz Berlin
120. „Komitee gegen politische Entlassungen, Gewerkschaftsausschlüsse und Berufsverbote" Sitz Köln
121. „Komitee Südliches Afrika" Sitz Berlin
12.. „Komitee zur Unterstützung der kämpfenden Völker im Nahen und Mittleren Osten" Sitz Köln
123. „Komitee zur Verteidigung demokratischer Grundrechte" Sitz Berlin
124. „Komitee und Initiativen gegen den § 218" Sitz des (zentralen) Ausschusses Mannheim
125. „Kommunistische Gruppe Bochum" (KGB) Sitz Bochum
126. „Kommunistische Hochschulgruppen" (KHG)
127. „Kommunistische Partei Deutschlands" (KPD) Sitz Köln
128. Kommunistische Partei Deutschland/Marxisten-Leninisten" (KPD/ML) Sitz Dortmund
129. „Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten" Gruppe Heutzfroth – (KPD/ML-Heutzfroth) Sitz Niederschelderhütte
130. „Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten – Neue Einheit" Sitz Berlin
131. „Kommunistische Studentengruppe Frankfurt/Main" Sitz Frankfurt
132. „Kommunistische Studentengruppen" (KSG)
133. „Kommunistischer Arbeiterbund Deutschlands (KABD) Sitz Ruhrgebiet
134. „Kommunistischer Arbeiterbund/Revolutionärer Weg" (KAB/RW) Sitz Frankfurt
135. „Kommunistischer Arbeiterbund Saar" (KABS) Sitz Saarbrükken
136. „Kommunistischer Bund" (KB) Sitz Hamburg
137. „Kommunistischer Bund Westdeutschland" (KBW) Sitz Mannheim
138. „Kommunistischer Hochschulbund" (KHB) Sitz München
139. „Kommunistischer Hochschulbund Göttingen" Sitz Göttingen
140. „Kommunistischer Jugendbund" (KJB)
141. „Kommunistischer Jugendverband Deutschlands (KJVD) Sitz Köln
142. „Kommunistischer Studentenbund/Marxisten-Leninisten" (KSB/ML) – Sekt ion der „Roten Garde" (Jugendorganisation der KPD/ML)
143. „Kommunistischer Studentenverband" (KSV) Sitz Köln
144. „Konferenz der Mitglieder des Weltfriedensrates in der Bundesrepublik Deutschland" Sitz Köln
145. „Koordinationsausschuß der Bürgerinitiativen gegen Berufsverbote in Baden-Württemberg" Sitz Stuttgart
146. „Koordinationsbüro für Initiativgruppen der Jugendzentrumsbewegung e.V" Sitz Hagen
147. „Länderkomitee der BRD zu den Arbeiterkonferenzen der Ostseeländer, Norwegens und Islands" Sitz Hamburg.
148. „Lebascha"
149. „Liebknecht Vereinigung" Sitz Berlin
150. „Liga gegen den Imperialismus" Sitz Köln
151. „Mainzer Arbeitskreis Südliches Afrika" Sitz Mainz
152. „Marxisten Leninisten Deutschland" Sitz Frankfurt
153. Marxisten-Leninisten Bochum" Sitz Bochum
154. „Marxisten-Leninisten Westberlin" Sitz Berlin
155. „Marxistisch-Leninistische Initiative" (MLI) Sitz Hamburg
156. „Marxistische Arbeiterbildung e.V." (MAB) Vereinigung zur Vorbereitung des wissenschaftlichen Sozialismus Sitz Wuppertal
157. „Marxistische Gruppe Westberlin" (MGW) Sitz Berlin
158. „Marxistische Schülerbund" (MSB)
159 „Marxistischer Studentenbund Spartakus" (MSB) Sitz Bonn
160. „Multinationales Zentrum" Sitz München
161. „Organisation Revolutionärer Anarchisten" (ORA) Sitz Ham-

burg
162. „Palästina-Komitees" („Nah-Ost-Komitees")
163. „Portugal -Gruppe" Sitz Frankfurt
164. „Portugalgruppe Heidelberg" Sitz Heidelberg
165. „Portugal-Komitee Erlangen-Nürnberg" Sitz Erlangen
166. „Portugal-Spanien-Komitee" Sitz Freiburg
167. „Presseausschuß Demokratische Initiative" (PDI) Sitz München
168. „Projektgruppen Internationalismus"
169. „Rätekommunistische Gruppe Hannover" (RKGH) Sitz Hannover
170. „Redaktionskollektiv Norddeutsche Presse" Sitz Hannover
171. „Regionalausschuß der Christlichen Friedenskonferenz in der BRD"
172. „Republikanischer Club e.V. Berlin" (RC) Sitz Berlin
173. „Revolutionäre Jugend (Marxisten-Leninisten)" (RJ/ML) Sitz Frankfurt
174 „Revolutionärer Jugendverband Deutschlands" (RJVD)
175. „Revolutionärer Kampf" Sitz Frankfurt
176. „Revolutionäre Zellen"
177. „Ring Bündischer Jugend" (RJB) Sitz Hamburg
178. „Rote Fahne Freundeskreis"
179. „Rote Garden" (RG) Sitz Dortmund
180. „Rote Hilfe Deutschlands" (RHD) Sitz Dortmund
181. „Rote Hilfe" Sitz Köln
182. „Rote Hilfe Wiesbaden" Sitz Wiesbaden
183. „Rote Hilfe Westberlin" Sitz Berlin
184. „Rot-Front-Genossenschaft" Sitz Bad Nauheim
185. „Rote Zellen/Arbeitskonferenz" (Rotz/Ak) Sitz München
186. „Schalmeienkapellen"
187. Schwarze Hilfe Bremen" Sitz Bremen
188. „Schwarze Hilfe Franfurt/Main" Sitz Frankfurt
189. „Schwarze Hilfe Fulda" Sitz Fulda
190. „SCHWARZKREUZ Köln" Sitz Köln
191. „Schwarzmarkt" Sitz Hamburg
192. „Schwarzmarkt" Sitz München
193. „Schwarzmarkt/Freut sich Laden" Sitz Kiel
194. „Schwarze Hilfe Nürnberg" Sitz Nürnberg
195. „Soldaten- und Reservistenkomitee" (SRK)
197. „Solidaritätskomitee für politische Gefangene in Westeuropa" Sitz Hamburg
198. „Solidaritätsgemeinschaft zur Wahrung demokratischer Rechte Schleswig-Holstein" Sitz Kiel
199. „Sozialistische Arbeitergruppen" (SAG) Sitz Frankfurt, Darmstadt
200. „Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend" (SDAJ) Sitz Dortmund
201. „Sozialistische Einheitspartei Westberlins" (SEW) Sitz Berlin
202. „Sozialistische Gruppe Oldenburg" (SGO) Sitz Oldenburg
203. „Sozialistische Lehrerstudenten" (SLS) Sitz Göttingen
204. „Sozialistische Schülergruppe Völklingen" (SSG) Sitz Völklingen
205. „Sozialistischer Deutscher Studentenbund — Hannover" (SDS — Hannover) Sitz Hannover
206. „Sozialistischer Frauenbund
208. „Sozialistischer Hochschulbund" (SHB) Sitz Bonn
209. „Sozialistischer Jugendbund" (SJB) Sitz Essen
210. „Sozialistischer Lehrerbund im Sozialistischen Büro" (SLB) Sitz Offenbach
211. „Sozialistischer Schülerbund Hamburg" (SSB) Sitz Hamburg
212. „Sozialistischer Studentenbund (SSB) Sitz Hamburg
213. „Sozialistisches Büro" (SB) Sitz Offenbach
214. „Sozialistisches Initiaivkomitee Altötting" (SIK) Sitz Altötting
215. „Sozialistisches Plenum"
216. „Spartacusbund" Sitz Essen
217. „Ständiger Arbeitsausschuß für Frieden, nationale und internationale Verständigung, Westberlin" Sitz Berlin
218. „Ständiges Komitee Kulturbund e.V."
219. „Studiengesellschaft für Sozialgeschichte und Arbeiterbewegung e.V." Sitz Marburg
220. „Studienkreis zur Erforschung und Vermittlung der Geschichte des deutschen Widerstandes 1933 - 1945 e.V." Sitz Frankfurt
221. „Subrealistenbewegung" Sitz Hamburg
222. „Trikontinentale Liga Deutschland" (TLD) — Sektion der internationalen Spartacisten-Tendenz — Sitz Berlin
224. „Unabhängiges Jugendzentrum" Sitz Hannover
225. „Verband ausgeschlossener Gewerkschafter" Sitz Hamburg
226. „Verein der Freunde des neuen Italien e.V." Sitz München
227. „Verein zur Förderung der Forschung und des Studiums der Sozialwissenschaften e.V." Sitz Frankfurt
228. „Vereinigte Deutsche Studentenschaften e.V." (VDS) Sitz Bonn
230. „Vereinigung Demokratischer Juristen in der Bundesrepublik Deutschland e.V." (VDJ) Sitz Köln
231. „ Vereinigung demokratischer und sozialistischer Künstler Westberlin"
232. „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes — Bund der Antifaschisten" (VVN-BdA) Sitz Frankfurt
233. „Vereinigung Hans-Eisler-Chor Westberlin e.V." Sitz Berlin
234. „Vereinigung Internationaler Kulturaustausch e.V. (VIK) Sitz Stuttgart
235. „Vereinigung Sozialistischer Kulturschaffender" (VSK) Sitz Köln
236. „Werkkreis Literatur der Arbeitswelt" Sitz Köln
237. „Westdeutsches Irland Solidaritätskomitee" (WISK) Sitz Oberursel
238. „Zentraler Arbeitskreis für die Aufhebung des KPD-Verbots"
239. „Zentrifuge e.V." Sitz Berlin

(Fortsetzung von Seite 14)

Bei der Vernahme der Entlastungszeugen, die beide für längere Zeit mit Ludger G. im Verlauf der geschilderten Ereignisse zusammen waren und keinen der Anklagepunkte bestätigen konnten, stellte der Richter die Frage: „Können Sie ausschließen, daß Ludger G. sich zu irgendeinem Zeitpunkt in Ihrer Abwesenheit an den ihm vorgeworfenen Aktionen beteiligt hat? " Natürlich mußten die Zeugen da hilflos mit den Achseln zucken.

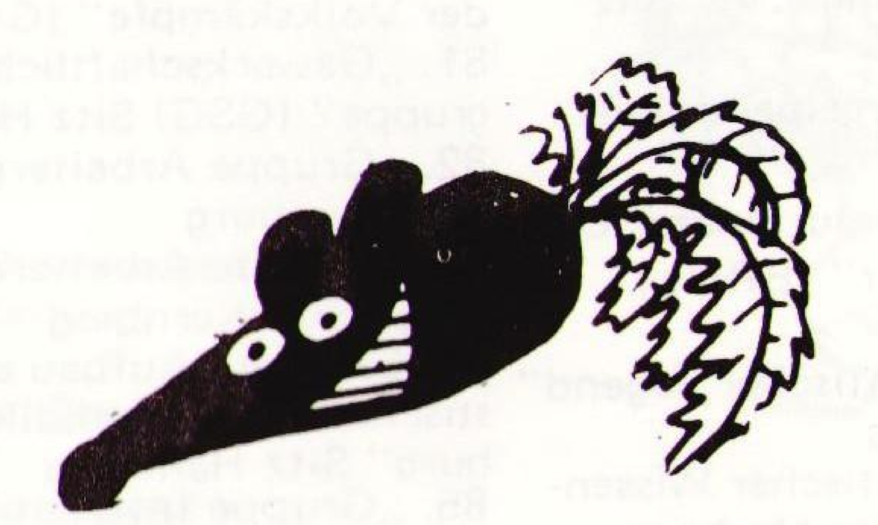
Zusätzlich schaltete sich der Staatsanwalt ein und gab einem der Entlastungszeugen zu bedenken, daß er sich nicht selbst durch eine „unbedachte" Äußerung in den Verdacht einer strafbaren Handlung bringen sollte.

Der Staatsanwalt wies in seinem Plädoyer auf den unverbesserlichen Charakter des Angeklagten hin. Er hatte bereits wegen eines Büchertisches zum § 218, wegen eines Flugblattes und einer Unterschriftenaktion vor Gericht gestanden und war deshalb wegen Hausfriedensbruchs , Volksverhetzung und Beleidigung vorbestraft. Solchermaßen gerichtsbekannt müsse eine härtere Bestrafung gefordert werden. Er halte eine Geldstrafe von 40 Tagessätzen für angemessen. In Anbetracht der schlechten sozialen Lage des Angeklagten forderte der Staatsanwalt eine Gesamtstrafe von 400 Mark.

Nachdem die Verteidigung auf Freispruch gemäß dem Versammlungsgesetz plädiert hatte, erhielt der Angeklagte Gelegenheit, selbst Stellung zu nehmen. Er wies darauf hin, daß dieser Prozeß der erste dieser Art in Münster sei, in dem das „Bilden von Ketten" überhaupt strafrechtlich verfolgt werde. Er brachte sein Gerichtsverfahren in Zusammenhang mit der immer sichtbarer werdenden Tendenz des Staates, unbequeme Demokraten und Antifaschisten zu kriminalisieren, während das Auftreten von Gruppen mit neofaschistischem Gedankengut weitestgehend toleriert werde.

Bei diesen Äußerungen wandte der Staatsanwalt ein, der Angeklagte mißbrauche sein Rederecht, indem er sich an die zahlreich erschienenen jugendlichen Zuhörer wende, anstatt seine Worte an das Hohe Gericht zu richten. Dennoch konnte Ludger G. sein Schlußwort fortsetzen,.

Anschließend verkündete der Richter nach sekundenlanger Beratung mit sich selbst das bereits erwartete Urteil: 400 Mark Geldstrafe wegen Landfriedensbruchs und versuchter Nötigung. Auch in der Beurteilung der Aussage des Zivilpolizisten war er sich mit der Staatsanwaltschaft einig. Für das Gericht gäbe es keinen ersichtlichen Grund, warum dessen Aussage unrichtig sein wolle. Durch sein ruhiges Auftreten und seinen emotionslosen Bericht sei das Gericht zu der Auffassung gelangt, daß der Zeuge nur tatsächlich Vorgefallenes geschildert habe und dem Angeklagten nicht aus persönlichen Gründen etwas anlasten wolle. Gerade der Aussage des Polizisten sei eine besondere Bedeutung beizumessen, besonders im Vergleich zu den anderen Zeugenaussagen, da seine Aufgabe eben darin liege, Geschehnisse zu beobachten wiederzugeben.



AUF DER 1.MAI-DEMONSTRATION FESTGENOMMEN NOCH IMMER IN UNTERSUCHUNGSHAFT

Westberlin 30. Mai *Auf der 1.Mai-Demonstration der GEW in Westberlin ist Detlef Amor festgenommen worden (siehe ID 229 - Atomkraftgegner eingeknastet). Er befindet sich noch immer in Untersuchungshaft. Der Landesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (LBU) hat dazu am 22. Mai die folgende Presseerklärung abgegeben:*

Wie Pressemitteilungen zu entnehmen ist, war es am 1.Mai in Zusammenhang mit der GEW-Demonstration zu tätlichen Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Demonstranten an der Haupt-Ecke Eisenacher Straße gekommen, in deren Verlauf es zu einer größeren Anzahl von Körperverletzungen auf seiten der Demonstranten durch die Polizei und zu vier Festnahmen gekommen ist. Am 2.Mai erhielten drei der Festgenommenen Haftverschonung, doch der vierte - Detlef Amor - ist weiterhin in Untersuchungshaft. Gegen ihn wird wegen "schweren Landfriedensbruches, schwerer Körperverletzung und schweren Widerstands gegen die Staatsgewalt" ermittelt. Doch Widerstand gegen die Staatsgewalt kann nur dann bestehen, wenn das Vorgehen der Polizei rechtmäßig gewesen wäre.

Nach den vorliegenden Zeugenaussagen war es vor diesem Zwischenfall und der Festnahme von Detlef Amor aus einem anderen weiter vorne befindlichen Teil des Demonstrationszuges zu einigen Stein- und Farbbeutelwürfen auf die Polizisten gekommen, aber nicht aus dem Teil des Demonstrationszuges, in dem sich die Anti-AKW-Gruppe Wedding und der ihr angehörende Detlef Amor befunden hatte. Vielmehr ergab die Rekonstruktion der Ereignisse auf Grund von Augenzeugenberichten, daß die Polizei überfallartig mit Schlagstöcken ohne Vorwarnung gegen die vollkommen verdutzten Demonstranten, speziell gegen die Anti-AKW-Gruppe Wedding, vorgegangen ist, die mit ihrem Straßentheater gegen Polizei- und Atomstaat demonstrierten. Aus dem Theater wurde plötzlich Realität. Bei diesem Polizeieinsatz hatten die Beamten besonders Frauen gegenüber vom Schlagstock Gebrauch gemacht.

Es scheint uns nicht zufällig gewesen zu sein, daß die Polizei gerade an der Stelle des Demonstrationszuges ihren Einsatz vornahm, nachdem der GEW-Block vorbeimarschiert war, und der Umweltschutzblock begann. Allem Anschein nach wollte die Polizei den Demonstrationszug in GEW-Teil und Nicht-GEW-Leute spalten, um eine Rechtfertigung für die Diskreditierung der 1.Mai-Demonstration außerhalb des DGB zu schaffen. Dabei boten sich für das widerrechtliche Vorgehen der Polizei das Straßentheater der Anti-AKW-Gruppe Wedding an, von denen einige mit Motorradhelm und Besenstiel als Theaterpolizisten ausstaffiert waren.

Der LBU und die in ihm zusammengeschlossenen Bürgerinitiativen hegen gegenüber der Darstellung der Polizei und Staatsanwaltschaft tiefes Mißtrauen. Es ist zu häufig rechtswidriges Verhalten der Polizei bis hinauf zu der Polizeiführung bekannt geworden, als daß in diesem Falle, in dem aller Augenschein gegen die Polizei spricht, ihrer Darstellung Glauben geschenkt werden könnte. Wir möchten in diesem Zusammenhang an die Herrenpartie angeblich oder tatsächlich betrunkener leitender Polizeibeamter erinnern, die am Himmelfahrtstage vergangenen Jahres Leute von der Bürgerinitiative Oberjägerweg durch Anpöbeleien zu provozieren versuchten, als von der Bürgerinitiative ihre Wachhütten am Oberjägerweg abgerissen worden waren. Gerichtliche und disziplinarrechtliche Ermittlungen, die bei einem normalen Bürger zu einer Anklage geführt hätten, wurden bei diesen Herren verschleppt und schließlich eingestellt. Es gab in den letzten Jahren in Berlin eine Vielzahl von Berichten in der Presse über widerrechtliches Verhalten der Polizei im Dienst, das nicht das notwendige gerichtliche Nachspiel für diese Beamten gehabt hatte.

Bei dem Vorfall vom 1.Mai sprechen alle Anzeichen gegen die Polizei und für ein widerrechtliches Vorgehen der Beamten gegen die Demonstranten. Die gegen Detlef Amor erhobenen Vorwürfe und die Beweislage reichen für eine Rechtfertigung einer Untersuchungshaft nicht aus. Vielmehr ost zu befürchten, daß deutschem Rechts-(Miß-)Brauch zufolge, ähnlich wie im Falle der inhaftierten Agit-Drucker, die Untersuchungshaft als eine Vorverurteilung zu einem Schuldspruch im Prozeß führen wird.

Der LBU und die in ihm zusammengeschlossenen Bürgerinitiativen fordern deswegen

1. einen unverzüglichen neuen Haftprüfungstermin für Detlef Amor,
2. die Vernehmung der Entlastungszeugen,
3. unverzügliche Haftverschonung,
4. Einstellung der Ermittlungsverfahren gegen die am 1.Mai Festgenommenen,
5. und Aufnahme eines Ermittlungsverfahrens gegen den für den Polizeieinsatz verantwortlichen Beamten.

Landesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (LBU)
Bürgerinitiative aktion spielraum e.V.
Bürgerinitiative Oberhavel/Ruhlebener Wiesen
Arbeitsgemeinschaft Grünes Tempelhof
Bürgerinitiative Westtangente e.V.
Bürgerinitiative Umweltschutz Britz
Bürgerinitiative Energieplanung u. Umweltschutz
Mieterbeirat im Sanierungsgebiet Schöneberg
Kontakt: Cranachstr. 7, Der Gelbe Laden, 1000 Berlin 41.

SOLEX WESTBERLIN: EIN GEKÜNDIGTER ZUM BETRIEBSRAT GEWÄHLT

WESTBERLIN 23. April Bei den Betriebsratswahlen von Solex in Westberlin sind vier Kollegen, die einen guten Ruf als links und undogmatisch genießen, in den Betriebsrat (11 Sitze) gewählt worden. Darunter ist auch Herbert Schuckmann, dem die Firma gekündigt hatte und dem sie trotz gewonnener Arbeitsgerichtsprozesse die Wiedereinstellung verweigerte.!

Vorausgegangen war eine turbulente Betriebsversammlung am 31. März, an der auch der Herr Pierburg (ihm gehört die Vergaserfabrik Pierburg in Neuss und eben auch Solex) teilnahm. Zwei Gekündigte, neben Herbert Schuckmann auch der Elektriker Adomatis, sprachen auf der Betriebsversammlung und heizten dem alten Betriebsrat, der ihre Kündigungen abgesegnet hatte und versucht hatte, ihre Betriebsrats-Kandidaturen zu verhindern, gründlich ein. Schuckmann informierte darüber, daß der Solex-Fernschreiber bereits gepfändet wurde, als Strafe für die Mißachtung der Gerichtsurteile, aber Solex fühlt sich halt ohne Fernschreiber wohler als mit Schuckmann.

Dies uns mehr steht in der „Solex-Arbeiterzei tung", die auf deutsch-türkisch-serbokroatisch herauskommt.

Kontaktadresse: Bernd Overwien, Zwinglistr. 35, Laden, 1000 Berlin 21.

NOCHMAL: GROHNDE PROZESSE

HANNOVER 30. Mai — Zuerst was Erfreuliches:
Klaus Weiß, der vor dem Amtsgericht Hannover wegen gewaltsamer Störung und Widerstand gegen Justizbeamte angeklagt war, ist freigesprochen worden. Ihm war vorgeworfen worden, im Grohnde-Prozeß gegen Rüdiger bei einer Räumung des Gerichtssaals einen Justizwachtmeister gegen das Schienbein getreten zu haben. Der Staatsanwalt forderte 25 Tagessätze à 13 DM, was bei der Arbeitslosenhilfe, die Klaus bezieht, bedeutet, daß ihm ein Monatseinkommen entzogen würde. Das Urteil lautete: Freispruch, da sich die Zeugen zu sehr widersprachen, und kein eindeutiges Bild geschaffen haben, um Klaus verurteilen zu können.

NACHTRAG ZUM URTEIL GEGEN RÜDIGER

HANNOVER — *Am 19.5. fand die Urteilsverkündigung in einem weiteren Grohnde-Prozeß statt. Eine kleine Sensation war, daß die Strafe (9 Monate Gefängnis) zur Bewährung ausgesetzt wurde. Aus diesem Grunde bringen wir die Urteilsbegründung in Auszügen:*

„Im Zuschauerraum sind vier Leute mit weißgemalten Gesichtern und Hitler-Schnauzer, die während der Urteilsverlesung stehenbleiben und die Faust mit dem Daumen nach unten halten.

Zunächst schildert Richter Rienhoff erstaunlich liberal den Ablauf des 19.3., wobei auffällt, wie er den freiwilligen Rückzug betont. Ausdrücke wie „schweres Gerät" u.ä. vermeidet und darauf verzichtet, genüßlich die „Gewalttätigkeiten" der Demonstranten auszumalen. (Natürlich weicht diese Schilderung nicht vom üblichen Schema ab, sie unterscheidet sich jedoch deutlich z.B. von der, die ebenfalls Rienhoff im Urteil gegen Andreas gegeben hat.)

Er erklärt: Das Gericht hat von den Aussagen des Polizisten Burschepers (Hauptbelastungszeug in den Verfahren) nur das verwertet, was objektiv feststellbar ist: daß er in Grohnde eingesetzt war und an Rüdigers Verhaftung beteiligt war. Alles andere beruht auf anderen Zeugenaussagen. Burschepers hat sich - bereits in seiner ersten zusammenhängenden Aussage vor Gericht - derart widersprochen und objektive Falschaussagen gemacht, daß das Gericht auch die Teile seiner Aussage, die richtig erschienen, nicht verwerten konnt. Außerdem besteht der Verdacht, daß er einen Demonstranten ohne vertretbaren Grund mißhandelt hat, und daß er möglicherweise auch in diesem Punkt eine Falschaussage gemacht hat. Das Gericht konnte also seine Aussage nicht verwerten.

Rechtfertigungsgründe gibt es für Gewalttätigkeiten nicht, da weder ein rechtswidriger Angriff der Polizei vorlag, noch war der Bau des AKW ein „gegenwärtiger Angriff" (Voraussetzung für Notwehr), „zumal viele Rechtsmittel gegen den Bau des AKW noch nicht ausgeschöpft sind".

Strafmessung: Rüdiger hat keine Vorstrafen und hat sich bis zu seiner Entlassung im Berufsleben engagiert. Sein Auftreten in Grohnde ist grundsätzlich positiv (!) zu bewerten - „seine Überzeugung darf und soll hier nicht gescholten werden". Das Problem der Kernenergie ist noch nicht gelöst, es ist nicht einmal seiner Lösung nahe, deshalb muß Rüdiger seine Überzeugung zugutegehalten werden. Die Gewaltanwendung entspricht nicht Rüdigers Prinzipien - er will intellektuell überzeugen. Der Zwillenschuß war eine „einmalige Ausgleitung" aus der Situation heraus, ohne besondere kriminelle Intensität, Rüdiger war „nicht der wilde Störer schlechthin". Gravierende Folgen seines Schusses für andere sind nicht auszumachen, dagegen ist Rüdiger erheblich verletzt worden, was ihm ebenfalls zugutegehalten werden muß. Erschwerend sei allein der Schuß selbst, den man aber nicht als „heimtückisch" einstufen kann.

Das öffentliche Interesse („generalpräventive Wirkung") ist zu berücksichtigen: das Demonstrationsrecht darf nicht in Mißkredit gebracht werden (ist am 19.3. geschehen), Polizeibeamte brauchen Schutz.

Urteil: 9 Monate Gefängnis, die zur Bewährung ausgesetzt werden, da das Gericht erwartet, daß Rüdiger sich das Urteil „zur Warnung dienen" läßt. Das Gericht hat Rüdiger vier Monate beobachtet und ist zuversichtlich, daß er seinen Lebensweg nicht unter weiteren Straftaten fortsetzen wird: Nach einer „wilden Prozeßphase", wo Rüdiger nach einer eigenen Prozeßordnung verhandeln wollte, ist er ruhiger geworden und hat mehr argumentiert. Er hat erklärt, daß er seinen Weg mit friedlichen und Mitteln der Überzeugung fortsetzen will, und daß ihn schon die Strafbedrohung erheblich belastet hat.

Er wird sicher wieder gegen AKWs demonstrieren, es spricht aber nichts dafür, daß er sich „erneut zur Gewalt hinreißen" lassen wird. Auch das öffentliche Interesse, Versammlungen und Versammlungsrecht vom Odium der Gewalt und des Landfriedensbruchs zu befreien, steht nicht gegen die Bewährung, da schon die Prozesse selbst mit ihrer Publizität eine „nicht zu unterschätzende Wirkung in dieser Richtung" hatten. Es könne hier kein „Exempel des öffentlichen Interesses" statuiert werden, zumal verschiedene Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens in verschiedener Weise in diese Prozesse eingegriffen haben.
Die Bewährung wird auf drei Jahre ausgesetzt, Revision ist zugelassen.

Das war's! Schreibt doch mal, wie ihr das Urteil einschätzt - wir rätseln noch ein bißchen rum. (Ein Fakt noch, der bisher nie genannt wurde: dieses Gericht setzte sich aus drei Frauen und zwei Männern zusammen - in den anderen Strafkammern sitzen überhaupt keine Frauen! - Das soll keine Erklärung sein - wie gesagt: äußert euch mal!)

Grohnde-Prozeß Gruppe Hannover

Zur Zeit läuft ein weiterer Grohnde-Prozeß gegen Klaus Werner Hahn in Hannover.

GROHNDE-PROZESS IN HANNOVER KIRCHENBESETZUNG IN GIESSEN

GIESSEN 29.Mai — *Von den Kirchenbesetzern in Giessen erreichte uns folgender Bericht:*

„Wir sind am letzten Freitag, an dem Tag also, an dem die Urteilsverkündung von Rüdiger (im Grohnde-Prozeß) war, in eine Kirche gegangen, die sich in der Näge der Fußgängerzone befindet. Da die Kirche abgeschlossen war, haben zwei von uns vorgegeben, die Kirche zu Unterrichtszwecken besichtigen zu wollen. Daraufhin sind ungefähr 20 Leute hinterher. Wir hingen als erstes ein Transparent — *Für das Leben — Gegen Atomanlagen/ Für Freiheit — gegen Knast* — an das Hauptportal, stellten Stellwände und einen Info-Tisch auf. In der Kirche selbst machten wir es uns mit Wein, Gesang, Tee und Brötchen gemütlich. Zu dieser Zeit fühlten wir uns recht stark. Parallel dazu wurden Flugblätter verteilt, in denen wir unser Vorgehen begründeten, auf die Grohnde-Prozesse hinwiesen und auf die Lebensbedrohung durch dieses Scheiß-System. Außerdem schrieben wir:

‚Wir sind in die Kirche gegangen, um unsere Wut und Empörung über die Verurteilung unserer Freunde auszudrücken. In einer Zeit, in der unser Widerstand mit Schlagstöcken, Kampfgas und Knast beantwortet wird, drückt das

auch unsere Angst und momentane Hilflosigkeit aus. Wir wollen durch diese Aktion versuchen, gerade diese Situation zu überwinden, das heißt für uns, wir wollen mit allen, denen das auch alles an die Nieren geht, zusammensein und besonders und gemeinsam über unsere Angst und Hilflosigkeit und die Möglichkeiten, da wieder rauszukommen klar werden, und uns überlegen, wie wir wieder stärker werden können. . . Wenn der Staat uns dafür, daß wir für das Leben kämpfen, bescheinigt, daß wir alle Kriminelle sind, dann soll er uns eben so nennen! Wir werden uns aber trotzdem weiter wehren!'

Im Laufe des Nachmittags kamen um die 80 Leute in die Kirche, vorwiegend Studenten, die recht unterschiedliche Einschätzungen hatten, was sich auch in der Auseinandersetzung mit dem Kirchenvorstand herausstellte. Es gelang dem Kirchenvorstand, uns zu spalten, indem er vorgab, mit uns inhaltlich diskutieren zu wollen, woraus einige von uns sofort einstiegen, weil sie die Kirchenfritzen als einen Teil der Öffentlichkeit verstanden, dem es etwas zu 'vermitteln' galt. Dabei übersahen sie, daß der Kirchenvorstand uns nur auf schön christliche Weise aus der Kirche heraustreiben wollte.

Diese ganzen Scheißdiskussionen frusteten uns nur, vereinzelten uns mehr und mehr, so daß wir schließlich keine Lust mehr hatten, die Nacht in der Kirche zu feiern, wie es geplant gewesen war. Unser Fehler ist es wohl gewesen, daß wir in der Kirche selbst zu wenig inhaltlich über unser Vorgehen gemeinsam diskutiert haben und daß wir nicht entschieden genug gegen den Kirchenvorstand vorgegangen sind, so daß viele von uns im nachhinein das Gefühl hatten, eingemacht worden zu sein. Die örtliche Presse nutzte ebenso unsere Gespaltenheit aus und ging nur sehr nebensächlich auf den Hintergrund der Aktion ein. Trotz alledem fanden wir (ein Teil der Leute) gut, die Aktion gemacht zu haben, weil wir streckenweise das Gefühl von Stärke und Gemeinsamkeit hatten."

SELBSTANZEIGENAKTION ZU DEN GROHNDE–PROZESSEN

HANNOVER „Die Grohnde-Angeklagten sind mit konstruierten Beweisen verknackt worden. Wir sind auch in Grohnde gewesen, und wenn das, was die Angeklagten gemacht haben, Landfriedensbruch war, haben wir alle Landfriedensbruch begangen.
Deswegen wollen wir uns selbst anzeigen

Weil:

- Wir lassen es uns nicht gefallen, daß 11 Leute rausgegriffen und kriminalisiert werden. Warum wurden nur einige wenige rausgegriffen? Wenige lassen sich leichter kriminalisieren, bei mehreren hunderten oder tausenden Angeklagten wäre die Solidarisierung durch „normale Bürger" wie Arbeitskollegen, Bekannte, Verwandte größer.
- Wir sind betroffen von den Urteilen. Wir meinen, daß „ANGEKLAGT SIND WIR ALLE" nichts weiter ist als ein Spruch und daß wir uns damit leicht aus unserer Betroffenheit rausziehen können. Wenn wir uns selbst anzeigen, verleihen wir dem „ANGEKLAGT SIND WIR ALLE" mehr Nachdruck.
- Wir halten fest am Recht auf aktiven Widerstand, solidarisieren uns mit den Angeklagten und stehen hinter den Aktionsformen von Grohnde.
- Wir wenden uns mit dieser Kampagne an die Öffentlichkeit. Wir wollen reden mit Leuten, die wir kennen, Stände machen, in den Medien die Selbstanzeige veröffentlichen und so weiter. Wir wollen erneut versuchen, die Isolierung der AKW-Bewegung aufzubrechen und Leuten durch unser persönliches Eintreten wieder mehr zu vermitteln über die skandalöse Beweisführung, die Urteile, Gorleben usw..
- Wir erhoffen uns, über die Öffentlichkeitsarbeit, das politische Klima hier zu verändern. Denn die Urteile betreffen nicht nur AKW-Gegner, sondern sind als Abschreckung an alle Menschen gedacht, die sich irgendwo wehren. Durch die Kampagne wollen wir auch den Widerstand in anderen Lebensbereichen unterstützen und zeigen, daß wir uns nicht abschrecken lassen von dem „Rechts-Staat", der jeden Widerstand verbietet.

Wir wissen auch, daß die Selbstanzeigenkampagne eigentlich zu spät kommt. Der Einfluß, den sie auf die noch laufenden Prozesse und mögliche Revisionsverfahren hat, erscheint uns schwer faßbar. Doch, wenn den Urteilen nichts folgt, müssen alle befürchten, daß sie, wenn sie mal gekrallt werden und einen Prozeß kriegen, ganz schön alleine dastehen.

Viele meinen, es sei falsch, den eigenen Namen der Staatsanwaltschaft zu präsentieren. Sie meinen, das Risiko, selbst ein Ermittlungsverfahren und einen Prozeß zu kriegen, sei zu groß. Es stimmt, es ist ein Risiko. Aber der Sinn der Selbstanzeigen liegt gerade darin, das Prinzip, einige rauszugreifen und zu kriminalisieren, ad Absurdum zu führen.

Bekanntmachung!



Außerdem: Entweder haben dich die Abschreckungsurteile abgeschreckt und du nimmst an keiner Aktion mehr teil, oder du nimmst trotzdem oder gerade deswegen teil und gehst dann das Risiko ein, wahllos verhaftet zu werden, wie Linda, Christian, Andreas Eso, Rüdiger usw.. Deshalb sehen wir in unseren Selbstanzeigen kein b e s o n d e r e s Risiko, sondern eher eine Sache, die uns Mut macht, für unsere Überzeugung einzutreten.

Diese Initiative geht von einigen hannoverschen Gruppen aus. Die Selbstanzeigen werden beim Rechtsanwalt hinterlegt. Erst bei 2.000 werden sie veröffentlicht."

Kontaktadresse: Arbeiterbuch, Rehbockstr. 3, 3000 Hannover 1, Tel.: 0511 / 71 13 35.

In diesem Zusammenhang ist es notwendig, auf die Erfahrungen einer Hamburger AKW-Gegnerin hinzuweisen, die sich selbst wegen der Teilnahme am 9.3. in Grohnde angezeigt hat, und jetzt nachträglich allen AKW-Gegnern von einer Selbstanzeige abrät. Ihr „Geständnis" könnte z.B. Beweislücken der Staatsanwaltschaft in den anderen Grohnde-Prozessen füllen (siehe ID 222).

GORLEBEN SOLL LEBEN – AUFRUF ZUM BUNDESWEITEN AKTIONSTAG AM 30.JUNI

GORLEBEN 29.Mai In den Waldgebieten von Gorleben sollen die radioaktiven Brennelemente aller bundesdeutschen Atomkraftwerke wiederaufbereitet werden. . . Eine Plutoniumfabrik soll dort den radioaktiven Brennstoff für den zukünftigen Atomstaat liefern. . . Der Salzstock dort soll Mülleimer für den gefährlichsten Abfall überhaupt werden. . .
Die Betreiber nennen dies „Entsorgungszentrum":
Für uns fangen die Sorgen damit erst richtig an!

Verglichen mit einem Atomkraftwerk bedroht uns der Normalbetrieb einer Wiederaufbereitungsanlage mit dem Vielfachen an radioaktiver Verseuchung. Durch die Plutoniumfabrik werden große Mengen des gefährlichsten aller bekannten Elemente gehen; sie werden die Grundlage für den Atombombenbau und die Schnellen Brüter sein. Es gibt keine Garantie dafür, daß der Atommüll hunderttausende von Jahren aus der Umwelt ferngehalten werden kann. Die Größe der Anlage erhöht die Unfallwahrscheinlichkeit und deren Ausmaß auf unerträgliche Weise. Die Risiken dieser Anlage werden die Argumente für den Ausbau eines autoritären Atomstaats liefern.

Weil wir damit rechnen müssen, daß die neue niedersächsische Regierung nach den Wahlen am 4.6.1978 versuchen wird, dieses todbringende Konzept durchzuziehen, wollen wir das in Frankreich bei La Hague stattfindende Tribunal über den Zustand der europäischen Wiederaufbereitungsanlagen zum Anlaß für einen weiteren Schritt unseres Widerstandes nehmen.

Die Freundeskreise Gorleben und Gewaltfreie Aktionsgruppen in enger Zusammenarbeit mit der örtlichen Bürgerinitiative und dem Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz rufen deshalb alle Initiativen in der BRD auf:

ORGANISIERT AM 30.6.1978 IN EUREN ORTEN GEWALTFREIE PROTESTAKTIONEN GEGEN DAS ATOMZENTRUM GORLEBEN

Die Verantwortlichen dafür trifft man nicht nur in Gorleben, sondern ebenso in einer ganzen Reihe von Industrieunternehmen, Elektrizitätswerken und staatlichen Stellen, verstreut über die ganze BRD. Die Öffentlichkeit, die wir erreichen wollen, lebt in jedem Ort. Unser Widerstand soll im ganzen Land spürbar sein; wir beschränken uns nicht auf zentrale Einzelaktionen.

Das gemeinsame Symbol des Aktionstages soll ein junges Bäumchen sein. Damit wollen wir an das Motto des Gorlebener Widerstands „Wiederaufforstung statt Wiederaufbereitung" anknüpfen.

Näheres zum Aktionstag:
Er dient der Information der Bevölkerung über das Gorleben-Projekt. Er ist der Auftakt für weitere dezentrale Protest- und Widerstandsaktionen. Er dient der Selbsterfahrung und der Gründung von Aktionsgruppen, die auch in Gorleben selbst den gewaltfreien Widerstand unterstützen können. Es können immer mehr Menschen aller Schichten und Berufe einbezogen werden.

Wir rufen auf zur Gründung weiterer Freundeskreise in Gorleben. Wendet euch an die nächstliegende Kontaktadresse: Nikolaus Piontek, Heinrich-Hertzstr. 21, 2000 Hamburg 76; Manfred Kühle, Schwarzenbergstr. 1, 2000 Hamburg 90; Rainer Sommer, Richard-Wagner-Str. 6 - 8, 2800 Bremen 1; Rolf Thärichen, Landshuter Str. 1, 1000 Berlin 30; Bernd Koppermann, Bielefelder Str. 321, 4900 Herford; Doris Niehaus, Kölner Tor 40, 4000 Düsseldorf; Willi Derenbach, Dorfstr. 7, 5241 Harbach-Locherhof; Helmut Burdorf, Weidenhäuserstr. 62 B, 355 Marburg; Dieter Wesp, Wielandstr. 61, 6000 Frankfurt; Sonja Schreiner, Keplerstr. 32, 3400 Göttingen.

Ein Treffen aller am Aktionstag Beteiligten findet am 7.-9.Juli in Trebel bei Gorleben statt. Neben der Auswertung dient es der Planung und Koordinierung weiterer dezentraler Aktionen.

ATOMSTAAT GORLEBEN – JETZT SCHON REALITÄT

FRANKFURT 24.Mai *Vom Freundschaftskreis Rhein-Main der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg:*

Der folgende Text sind Teile eines Interviews, das wir Anfang Mai mit einem Mitglied der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg führten. Wie schon in ID 229 berichtet, war es der Betreibergesellschaft DWK kurz vorher gelungen, unter massivem Druck die Bauern zu Grundstücksverkäufen zu bringen.
Dieses Interview ist Teil eines persönlichen Gesprächs mit einem Mitglied der Bürgerinitiative, es handelt sich also um keine „offizielle" Stellungnahme.

Freundschaftskreis: Ja, vielleicht könnten wir dann gleich mal überleiten auf ne andere Sache: und zwar auf den niedersächsischen Verfassungsschutzbericht oder auch, wie die DWK hier rumspitzelt im Landkreis.

BI: Ja, ich seh das im Zusammenhang mit Albrechts sehnlichstem Wunsch, noch vor der Wahl eine „Schlacht in Gorleben" schlagen zu können, bei der möglichst 1000e von Kernkraftsgegnern hier im Landkreis angereist kämen, und dann würde es natürlich eine Schlägerei geben, und Albrecht könnte gleich auf einen Schlag son paar 100 „Linksradikale" und sonstige „Rabauken" verhaften und könnte sich dann noch vor der Wahl als Retter der Demokratie und als Retter der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung im Landkreis präsentieren. Und da Albrecht das nicht gelingt, wird jetzt also mit allen Mitteln versucht, durch Zeitungsanzeigen, durch Behauptungen, der Bevölkerung hier zu unterstellen, hier siedelten sich die „Linksradikalen" an und würden Wohngemeinschaften bilden – für „Terrorismus". Stoltenberg hat vorgestern im Fernsehn auf die Frage: „Wenn Gorleben noch vorläufig ist, warum dann schon jetzt Bau von Kasernen?" geantwortet: „Weil eben ständig Gewaltandrohungen gegen die Anlage aus dem Landkreis kommen." Wer die Situation hier kennt, weiß, daß niemand so friedlich ist, wie wir, daß wir uns vor „Gewaltfreiheit" ja wirklich überschlagen, und ständig wird es anders behauptet. Und ich seh das als ganz riesige Provokation an, daß wir wirklich mal die Nerven verlieren und ins offene Messer laufen. Ne andere Sache ist dann eben die Bespitzelung: Die DWK hat behauptet, daß einige Bauern, die verkauft hätten, die DWK um Schutz vor „Linksradikalen" gebeten haben, und diesen Schutz hätten sie dann auch gewährt. Sie hat also Häuser ausgeleuchtet, Autonummern aufgeschrieben, Leute ausgefragt, behauptet, sie sei von der Kriminalpolizei. Diese Leute haben einzelne Spaziergänger verfolgt, von Trebel bis Gartow, haben Autos verfolgt, haben sich tagelang vor gewissen Höfen mit ihren Autos postiert und alles beobachtet, was geschah und alles, um die Bevölkerung zu schützen. Tatsache ist aber, daß sie bei den Bauern gewesen sind, die nicht verkauft haben. Bei den Bauern, die verkauft haben, da haben sie sich gar nicht sehen lassen, sondern bei denen, die nicht verkauft haben, da warn sie. Und der Pressesprecher der DWK hat auf Befragen erklärt, man sollte sich



doch nicht aufregen, die Leute wären ja nicht bewaffnet gewesen. Was ja im Klartext heißt: wenn wir bespitzelt werden, brauchen wir uns nicht aufzuregen, solange wir nicht erschossen werden.

Freundschaftskreis: Also gerade diese Bespitzelung haben wir auch erlebt in Schnackenburg: da sind so 3 Typen rumgelaufen, so ganz unauffällig, und kannten sich kaum untereinander, und haben dann unsere Autonummern fotographiert.

BI: Ja, wir wissen auch noch von andern, die bei Trebel im Wald spazierengegangen sind, die vom Zoll kontrolliert worden sind, wozu der Zoll überhaupt nicht berechtigt ist.

Freundschaftskreis: Das nimmt also immer mehr zu, diese Kontrollen, und –

BI: Ja, die Kontrollen nehmen zu: von Grenzschutz und Zoll und Polizei – ganz „legal". Ja, also dieser Stader Werkschutz ist jetzt auf massiven Protest hin abgezogen worden.

Freundschaftskreis: Ja, meinst du wirklich? Ja, also, wir haben nochn Auto gesehen mit nem – (BI: jetzt?). Wir haben nen Stader Bus in Schnackenburg auch wieder gesehen. (Jetzt? ja? Ja, dann sind die wieder da). Nagelneuer Bus, Stader Kennzeichen. X. sagte das auch: er glaubt, das ist diese Nummer, die da auch in der Zeitung stand, er hat dann noch nach dem „Stern" gesucht, in dem die Nummer abgedruckt war.

BI: Ah ja, also, daß da nun alles zuende ist, das glaube ich sowieso nicht, nur daß es jetzt ein bißchen versteckter geht alles. So arg, wie sie es getrieben haben, das hat auch dann erst richtig aufgehört, als die Bevölkerung, als die betroffenen Bürgermeister, Samtgemeindebürgermeister usw., Krach gemacht haben, dann hat auch Herr Grill sich angeschlossen von der CDU, und dann warn sie am nächsten Tag erst mal von der Bildfläche verschwunden.

Freundschaftskreis: Wann sind denn eigentlich diese Bundesgrenzschutzeinheiten zu erwarten in Lüchow?

BI: Ja, die sind ja ständig im Anrollen. Ich bin überzeugt...

Freundschaftskreis: Ziehn die schon ein?

BI: Nein, das nicht, aber die sitzen irgendwo in den Löchern. Außerdem ist ja der Zoll weitgehend ausgetauscht durch Grenzschutzbeamte, was man eben auch daran sieht, daß Zoll kontrolliert, was sie ja als Zollfunktion nicht dürfen. Also der Zoll ist eben wirklich schon ersetzt, und das macht schon einige 1000 aus. Und es sind ständig Kolonnen, die sich hier im Kreis bewegen...

Freundschaftskreis: Gibt es noch andere Merkmale, an denen du so eine zunehmende Überwachung und Bespitzelung festmachen würdest hier im Landkreis?

BI: Ja – da gibts das eine Beispiel wo eben – kennt ihr das? Ein BI-Mitglied ist nach einer Sitzung nach Hause zurückgefahren und mußte dann nach kurzer Zeit noch mal austreten, und sieht vor seinem Haus so 2 schwarze Schatten, und da dort so viel Wildschweine sind, dachte er, es seien Wildschweine und wollte ins Haus zurückrasen – und dann standen die beiden Schatten aber auf und es waren 2 Polizeibeamte in Uniform. Und dann hat er gefragt, was das soll – ja: sie wären im Dienst.

Freundschaftskreis: Sie lagen also im Gras vor seinem Haus?

BI: Und dann haben sie ihn noch gefragt, ob das Auto, das da eben gekommen sei, ob er damit gekommen wäre, ob das seins wär, da hat er „ja" gesagt, sie haben gesagt: da hätte er aber Glück gehabt. Er war aber so geschockt, daß er jetzt kein sachliches Gespräch mehr führen konnte und ist in sein Haus gegangen und hat sich erstmal beruhigt, und was dann weiter geworden ist mit den Bullen, was sie gemacht haben, hat er dann nur noch vom Fenster beobachtet; sie haben die anderen Häuser ausgeleuchtet und Autonummern aufgeschrieben. Und das war eben Polizei in Uniform.

Freundschaftskreis: Der „Atomstaat".

BI: Ja, und was noch vielleicht interessant ist: in Hannover liegt in den Tresoren das ganze Informationsmaterial „pro" und „wunderschön" und „alles happy" über die Anlage griffbereit, und das soll nach der Wahl hier in den Landkreis geschmissen werden. Für die Betriebe, für die Schulen, für die Geschäfte, für die gesamte Bevölkerung Ansprechmaterial, Hochglanzpapier: das ist also alles fertig, es wird eben nur der Wahltermin abgewartet.

Freundschaftskreis: Wieso wird der Wahltermin abgewartet?

BI: Damit man den Gegnern nicht noch mehr Munition gibt. Jetzt ist ja Albrecht – und alle sind ja immer schön objektiv – „prüfen" usw. usw. und nach der Wahl kommt das dann. Dann kommt die Kreisreform noch hinzu – wird auch kein Wort darüber gesagt – dann ist es absolut sicher, daß der Landkreis aufgelöst wird.

Freundschaftskreis: Was hat das zu bedeuten? Uelzen und Lüchow-Dannenberg?

BI: Uelzen und Lüchow-Dannenberg werden zusammengelegt. Das wird jetzt auch verschwiegen, erfährt kein Mensch was von, das ist kein Wahlkampfthema.

Freundschaftskreis: Das bedeutet ja dann de facto ne politische Entmachtung der jetzigen (eigenständigen) Verwaltung(en).

BI: Natürlich. Und es bedeutet vor allem auch, daß die ganzen Atomtransporte usw. dann umstandslos durch Uelzen laufen dürfen, ohne daß dann irgendwie Schwierigkeiten von Uelzen zu erwarten wären. Wenn die selbständig bleiben, werden die natürlich sehr protestieren. Und bei ner Eingemeindung, also bei ner Zusammenlegung, ist das alles sehr viel einfacher.

Freundschaftskreis: Ja, wär denn ein Widerspruch von der Verwaltung in Uelzen zu erwarten gewesen?

BI: Ja, die sind dagegen, die wollen nicht zum „Atomstaat" gehören, zum „Atomlandkreis", die Uelzener, also, die werden schon protestieren.

Freundschaftskreis: Was heißt das alles jetzt so für euch, für die BI, für den Widerstand hier, für die nächsten Schritte, die ihr hier so ergreift?

BI: Ja, erst mal heißt das für uns, daß wir unsern Widerstand uns nicht von außen aufdrängen lassen können, dann könnten wir unsere Sachen packen; wenn wir Widerstand weitermachen, dann können wir das nur tun, wenn wir es von uns persönlich aus sehen, daß wir also sagen: „Wir können

nicht schweigen, und wir werden weiter sagen, was los ist." Das ist also unser psychischer Ausgangspunkt, wenn wirs auf die Gegebenheiten von außen reflektieren würden, hätten wir wahrscheinlich nicht mehr die Kraft.
Aber wir können eben nicht schweigen.
Wir müssen versuchen, auf möglichst vielen Gebieten zu arbeiten: einmal noch über die Eigentumsfrage, dann über Prozesse, dann über die Bürgerinitiative, über Information der Bevölkerung, dann gibts auch noch die GLU, es muß einfach ein Zusammenspiel sein.

Freundschaftskreis: Wie siehst du die Beteiligung von auswärtigen Gegnern?

BI: Ja - das wird natürlich wahnsinnig kriminalisiert werden. Und jede Wohngemeinschaft wird – da bin ich ganz sicher – nach der Wahl vielleicht alle 3 Tage oder 4 Tage einmal „näher beguckt" werden.

Freundschaftskreis: Hast du schon Reaktionen aus der Bevölkerung auf diesen Artikel in der Elbe-Jeetzel über den niedersächsischen Verfassungsschutzbericht?
(Anm.: Im neuesten niedersächsischen Verfassungsschutzbericht werden auswärtige Atomkraftgegner systematisch von einer Verallgemeinerung zur anderen zu „Terroristen" aufgebaut).

BI: Ja, allerdings sehr verschieden. Leute, die nicht so informiert sind, die glauben das, die sagen „aha, jetzt sieht mans!" und die Informierteren sind genauso empört wie wir. Und da laufen ja auch einige Unterschriftenaktionen. Aber die Reaktionen darauf sind durchaus geteilt.
(Betroffenheit unter allen Anwesenden. Erschöpfung. Luftholen. Überlegung von uns, Probebohrungen oder Aktionstag etc. anzusprechen – sofortige Übereinstimmung, daß das keiner mehr verkraftet. Wenn man das alles vorher nochmal hört).

Freunschaftskreis: Also, ich merk bei mir auch, daß ich so richtig n Gefühl einer Übermacht –

BI: Jaja.

Freundschaftskreis: Das kam bei dir zum Schluß aber auch ganz schön raus. . .

BI: Ja – es ist meine einzige Chance – persönlich – nicht, daß ich wie im 3.Reich, daß ich wirklich sage: „ich kann die Schnauze nicht halten." Andere Gründe kann ich für meinen Widerstand gar nicht mehr angeben. Ich kann nicht sagen, es besteht. (Das Telefon klingelt) irgendwo noch Hoffnung.Das kann ich nicht. (Sie nimmt den Hörer ab). Und wenn man mit Illusionen arbeitet, fällt man umso tiefer. (Tuten. Niemand dran. Sie legt auf).

Freundschaftskreis: „Psychoterror, oder was ist das?

BI: Nee, daß man wirklich ne Überwachung spürt, daß wenn man also nach Trebel....

Freundschaftskreis: Nee, ich meinte das Telefon.

BI: Achso, ja – das ist – immer.

Freundschaftskreis: Ja, hm, das Telefon hat jetzt doch 3mal geklingelt, und niemand war dran.

BI: Das ist oft. Ja, ja, das stimmt nicht, das Telefon, aber doch wir haben uns dran gewöhnt.

Freundschaftskreis: Ja, das kann auch so ne Methode sein, um Leute so...

BI: Nee, was sollste machen?

Freundschaftskreis: . . . ständig unruhig zu halten, oder so. . Also ich glaub, die haben wirklich ihre Strategie, also ganz – da ist nix Zufall. Also, was mir an dem ganzen noch nicht so klar ist – was ihr euch über die GLU dabei versprecht?

BI: Ja, das ist eine von vielen Möglichkeiten.

Freundschaftskreis: (etwas Durcheinandergerede) – aber trotzdem nimmts ziemlich viel Energie in Anspruch.

BI: Ja, das find ich unter dem Gesichtspunkt gerechtfertigt, daß man damit eben die normale Bevölkerung erreicht. Also wir haben in der BI 250 Mitglieder und 2 Landwirte. Und die GLU hat nur 110 Mitglieder, und fast die Hälfte sind Landwirte und Handwerker. Damit erreicht man die Einheimischen. Ich erkläre mir das so, daß eben eine Partei ne „normale" demokratische Tradition hat: der Staat wird von Parteien regiert, das ist was, das können die Leute einschätzen. Ne Bürgerinitiative können sie nicht einschätzen. Also zumindest die aufm Land nicht – in der Stadt sieht das ganz anders aus. Und hier erreicht man die Leute durch die Partei, darum ist es eine von 5 Möglichkeiten, um was zu erreichen. Daß man jetzt da im Parlament nicht durch Abstimmung (leichte Erheiterung) das ganze Atomkonzept zu Fall bringt, und wie der ganze Parlamentarismus funktioniert, also darüber sind wir uns voll im klaren. Nur, das kannste hier natürlich nicht laut sagen. Aber als ne kleine Möglichkeit seh ichs schon an – in Richtung Verzögerung.

Freundschaftskreis: Hmhm, Sand im Getriebe. . .

BI: Ja, Verzögerung ist ja überhaupt die Taktik. Verzögerung ist das noch, was irgendwas bringen kann. Ja also das würd ich – das glaub ich noch – daß Verzögerung nicht die Tendenz zum Atomstaat – die, also die Tendenz zum totalitären Staat, die läuft eh weiter, da Atom nur willkommene Gelegenheit ist, noch was forcierter zu machen. Aber – ja, also – Verzögerung, von Verzögerung halt ich noch was.

Kontakt: Freundschaftskreis Rhein-Main der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg, c/o Mathias Heinze, Schwarzburgstr. 59, 6000 Frankfurt

VERBOT EINES ZELTLAGERS AM SCHNELLEN BRÜTER

KALKAR
Mai 1978

Die Bürgerinitiative „Stop Kalkar" informiert in ihrer Zeitung über das Verbot eines geplanten Pfingstzeltlagers:

Die Falken, eine der SPD nahestehende Kinder- und Jugendorganisation, Bezirk Niederrhein, wollten ein Pfingstzeltlager auf der Wiese des Bauern Maas gegenüber seinem Wohnhaus veranstalten. Ziel des Zeltlagers war es nicht nur, ein Freizeitangebot für Jugendliche zu machen, sondern auch Herrn Maas und die Bevölkerung von Hönnepel in ihrem Kampf gegen den Schnellen Brüter zu unterstützen.

Der Antrag für das Zeltlager wurde mit folgenden Begründungen von der Stadt Kalkar abgelehnt:

Zunächst bemängelte die Stadt unter Bezugnahme auf eine Verordnung das Fehlen von sanitären und sonstigen Anlagen. Von den Antragstellern wurde von vorneherein die Beschaffung von Toilettenwagen eingeräumt. In ihrer Ablehnung selbst macht die Stadt Kalkar jedoch ihre eigentliche Begründung wie folgt deutlich:

„Würde ich ihrem Anliegen jetzt stattgeben, könnte ich in Zukunft auch anderen Antragstellern, die in gleicher Weise die Wiese benutzen wollen, aus Gründen der Gleichbehandlung das Aufstellen von Zelten nicht verwehren. Das hätte zur Folge, daß die Wiese des Herrn Maas zumindest während der sonnigen Jahreszeit ständig mit Zelten belegt wäre. Ich bitte daher um ihr Verständnis, wenn ich aus diesen Erwägungen ihrem Vorhaben nicht entsprechen kann."

Gerade als örtliche Bürgerinitiative fühlen wir uns auch von dem Verbot betroffen und erklären uns solidarisch mit allen, die mit uns gegen den unmenschlichen Brüter angehen.

Die Ablehnung reiht sich unserer Meinung nach ein in die Kette der Verbote und Einschränkungen unserer Grundrechte, die wir als AKW-Gegener schon seit Jahren von Seiten der Behörden erfahren:

Vor der Kalkar-Demonstration ließ die Oberkreisbehörde den zum Freundschaftshaus umgebauten Melkstall des Bauern Maas gegenüber dem Brüter schließen und verbot dadurch ein Informationsangebot von Seiten der Atomkraftgegner, die mit bescheidenen Mitteln ein Gegengewicht zur ‚Informations'-flut des 2 Millionen DM-Pavillons auf dem Brütergelände bieten wollten. Informationsstände werden des öfteren (wie zu Pfingsten) nur dort erlaubt, wo wenige Fußgänger vorbeikommen.

Die Bürgerinitiativen führen einen Prozeß gegen den Schnellen Brüter, der viel Geld kostet. Sie rufen daher zu Spenden auf auf das Konto 51 04 633, Kreissparkasse 4192 Kalkar.

DIE KWIEN WAR IN MAINZ

Mainz
28. Mai

Vom westdeutschen Irlandsolidaritätskomitee: Elizabrit, Kwien von England, erfuhr einen recht herben Empfang im schönen Mainz. Wie bestellt regnete es Katzen und Hunde und selbst die monatelange Mobilisation durch das Grüne Blatt hatte es nicht vermocht, mehr als 300 Leute auf die Beine zu bringen, darunter eine Anzahl Demonstranten, welche die hohe Dame ein wenig an Nordirland erinnern wollten.

Unmittelbar bevor die Majestät erschien, explodierte ein Brandsatz an einem Kaufhaus, rief die Feuerwehr und sehr viel Verwirrung auf den Plan, was das Eintreffen der erlauchten Persönlichkeiten um einige Zeit verschob.

Eine Blaskapelle spielte derweil sinnigerweise:"Warte, warte noch ein Weilchen, dann kommt Haarmann auch zu dir" und "Es gibt kein Bier auf Hawai". Dann erschien sie im extra eingeflogenen kugelsicheren Rolls Royce und wieder ereignete sich ein Mißgeschick: wir bauten zwei Transparente in zwei Meter Entfernung vor dem Wagen der Kwien auf und stoppten diesen für einige Zeit. So war es Elizabrit auch ohne Brille möglich, etwas über die Gefangenen im H-Block Long Kesh zu erfahren, dem KZ ihrer britischen Majestät und in anderen Parolen die Sympathie für den Sieg der IRA ausgedrückt zu sehen. Die Zivilbullen waren verdutzt und überrascht und, was uns erstaunte, die Grünen am Straßenrand hielten sich aus allem raus und waren passive Zuschauer. Wahrscheinlich ist denen auch die GSG 9 inzwischen zu gefährlich, um durch Einmischung Leib und Leben zu riskieren.

Da alles live gefilmt wurde, kamen wir auch mit unserem Checkpoint recht schön ins Fernsehen: keine Kwien in Belfast und auch nicht Mainz und anderswo!

Weitere Infos: WISK, 637 Oberursel 15, Postfach 35

BLEIVERGIFTUNG – MEHR ALS 20 OPFER

ANTWERPEN
30. MAI

In diesem Moment befinden sich schon mehr als 20 Kinder von Hoboken (Belgien) im Krankenhaus von Antwerpen mit den Symptomen von Bleivergiftung. Die Eltern von 8 Kindern, die in Behandlung sind, haben Klage eingereicht gegen die Metallfabrik Hobolen Overpelt NV. wegen den Vergiftungsfällen, die sie verursacht hat.

Am 18. April haben 1500 Einwohner von Hoboken in den Straßen demonstriert, um die Autoritäten zu zwingen, gegen die Verantwortlichen vorzugehen. Bürgermeister Vermeiren droht zur Zeit mit der Schließung der Fabrik (2600 Arbeiter) zum 1. Juni, falls bis zu diesem Zeitpunkt keine Verbesserung der Umweltschutzbedingungen stattgefunden haben.

Hobouken ist ein kleiner Ort am Escout, südlich von Antwerpen, der sich vom Dorf zur Industriestadt entwickelt hat. Hoboken Overpelt ist das größte belgische NE-Metallunternehmen mit drei Zweigstellen, etwas weniger als 7000 Arbeitern. In Hoboken wird hauptsächlich Blei produziert und seit 1974 werden jährlich etwa 30 Tonnen Beliabfall durch die Schornsteine in die Luft geblasen (1977: 45 Tonnen nach Schätzungen der Fabrik). Das Blei ist ein Schwermetall und man schätzt, daß der Staub in einer Entfernung zwischen 600 und 1500 Metern von der Fabrik niederfällt. D9ese Art von Umweltverschmutzung ist seit langem bekannt. Schon 1914 haben die Metzger von Antwerpen kein Fleisch von Hoboken angenommen. Der aktuelle Skandal begann jedoch im April 1973, als 8 Kühe und 2 Pferde durch Futter aus der Gegend der Fabrik vergiftet, tot aufgefunden wurden. Danach wurde das Problem der Bleivergiftung beiseite gelassen bis zum März 1977, wo nach einer medizinischen Routineuntersuchung in Schulen zwei Kinder eines Viertels von Hoboken einen Bleigehalt 39,6 und 36,4 microgramm pro 100 ml Blut aufwiesen. Daraufhin wurde ein Untersuchungsausschuß von Ärzten gebildet und alle Schüler dieses Viertels untersucht. Die Untersuchung ergab den gleichen Vergiftungsgrad. 72 % der Kinder hatten mehr als 30 microgramm Blei auf 100 ml Blut. Im Februar betrug der Durchschnittswert 34 . 1978 wurde bei mehreren Kindern 60 microgramm festgestellt. Die zuständigen Behörden betrachten dies als gefährlich genug, um Arbeitern die Arbeit in einer solchen bleireichen Atmosphäre zu verbieten. Die Eltern der vergifteten Kinder mußten aufgrund der Untätigkeit der Behörden selbst die Initiative ergreifen um sich vor den Vergiftungen zu schützen. Sie verlangen vom Gericht die Einstellung der giftigen Bleiproduktion. Der Richter verlangte seinerseits von der Metallfabrik „vernünftige Maßnahmen" zur Verbesserung der Situation, ws bedeutet, daß eine Kommission von 3 Professoren sich treffen soll, um bis zum 12 Juli herauszufinden, ob wirklich Luftverschmutzung vorliegt, und was man dagegen machen kann. Der 12. Juli ist jedoch in der Ferienzeit der Universität und der juristischen Institutionen.

Damit zwingt der Richter die Eltern, im September alles neu anzufangen. – Mittlerweile ist die Geschichte in ganz Belgien bekannt geworden.

STREIK IN MALVILLE – ‚SOZIALER FRIEDE' FÜR FÜNF FRANC PRO TAG

MALVILLE
19. MAI

Die Straße, die zur Baustelle Creys-Malville führt. – Ein erster Weg mit der Aufschrift : Privatstraße. Das Herrschaftsgebiet der EDF (Franz. Elektriz. Werke). Hundert Meter weiter eine zweite Sperre: Schlagbäume. Gewerkschaftsfahnen Das sind die Arbieter von Fougerolles (Hauptkonstrukteur der Atomzentrale), seit 11 Tagen im Streik. Rote Fahnen am Eingang der Baustelle und dahinter ein Dutzend unbeweglicher Kräne, die den vollständigen Stillstand der Arbieten zeigen . . .

Donnerstag morgen hat der Betriebsleiter von Fougerolles versucht, das Gelände zu betreten, begleitet von vier oder fünf leitenden Angestellten. „Um Papiere abzuholen". Reaktion der hundert Arbeiter, die den Streikposten ausmachen: „Sie lassen wir passieren, aber nicht die anderen". Nach langen Verhandlungen weigert sich die Betriebsleitung, unter solchen Bedingungen das Werk zu betreten und kehrt nach Grenoble zurück, wo sich der Hauptsitz des Unternehmens befindet. Eine neue Diskussion macht sich unter den Arbeitern breit über die Zweckmäßigkeit, ihnen den Zutritt verwehrt zu haben. „Unser Boss ist gerissen, er gibt nur selten nach, deswegen müssen wir

mißtrauisch sein. Seit letztem Jahr haben wir dreimal gestreikt und niemals viel gewonnen. Dieses Mal aber sind wir fest entschlossen, daß Fougerolles nachgeben wird!"

Es ist sicherlich der härteste Konflikt seit dem Beginn des Baus des Schnellen Brüters. Alles hat angefangen mit den Entfernungsprämien für die Arbeiter von Fougerolles (von den 700, die dort augenblicklich arbeiten, sind 495 Immigranten), die zwischen 30 und 45 F liegen (je nach Entfernung von der Zentrale), während die Arbieter der anderen Unternehmen mindestens 60 F. erhalten.

Ende April hatte sich Fougerolles bereit erklärt, diese Tagesprämie um 10 Franc zu erhöhen. Was dieses Versprechen wirklich bedeutet, zeigt sich Anfang Mei, als die Geschäftsführung Farbe bekennt: 5 Francs soll es sofort geben, die anderen 5 Francs gelten als Garantie, daß es im nächsten Jahr hier keinen Streik mehr gibt. Einige zehntausend Franc kommen jährlich in die ‚Bank für den sozialen Frieden'. Ein Geldgeschäft, daß uns einen Einblick in die Schwierigkeiten gibt, mit denen sich der Bau des schnellen Brüters konfrontiert sieht. Einige Stellen sind schon seit drei Monaten im Verzug und Fougerolles muß in diesem Sommer zwei Anlagen fertiggestellt haben: Wenn die erste im nächsten Monat nicht hergestellt ist, wird die zweite erst im Februar 1979 hergestellt werden, d. h. die Arbeiten können im Winter nicht fortgesetzt werden. Die Erpressung der Geschäftsführung zeigt klar, daß der Bau des AKW sich keine Verzögerungen aufgrund von Streikbewegungen leisten kann. Seit Beginn der Bauarbeiten waren Fougerolles und die EDF sehr nachgiebig was Sicherheitsmaßnahmen betrifft: einen Skandal wegen Arbeitsunfällen könne man sich nicht leisten. Das größte Problem, mit dem die Arbieter des Werkes konfrontiert wurden, war die Unterkunft: nur 200 Personen sind in einem Heim in Creys untergebracht. Kürzlich hat die Gemeinde Arandon sich geweigert, eine Unterkunft zu bauen, wegen der Feindseligkeit der Bevölkerung. Jeden Morgen muß ein großer Teil der Arbeiter von Lyon, Grenoble oder Amberieu anreisen.

Daher die Bedeutung der Anfahrtsprämie: die Arbeiter von Fougerolles fordern heute 60 F für alle, unabhängig von der jeweiligen Entfernung zum Wohnort. Die Streikkette? „Für uns", erklärt ein portugiesischer Arbeiter, „ist es von Anfang an klar, daß wir den Eingang absperren müssen, wenn wir nicht wollen, daß die Arbeit von anderen Betrieben gemacht wird." Zwei Tage lang finden Arbeiter anderer Unternehmen den Zugang gesperrt — die nächsten Tage bleiben sie daraufhin zuhause. Am letzten Freitag wird mit Gerichtsbeschluß angeordnet, die Streikposten unter Androhung von Polizeigewalt zu entfernen. Anordnung allerdings ohne Wirkung, ein Treffen zwischen einer Delegation der Streikenden und der Geschäftsführung soll Donnerstag abend in Grenoble stattfinden.

Die ansässigen Gegner des Schnellen Brüters, die bei den vergangenen zwei Streiks im letzten Jahr mit eingegriffen hatten, sind diesesmal nicht erschienen: „Das wäre aufgesetzt gewesen. Jetzt, wo die Arbeiter etwas mehr in dieser Gegend integriert sind, wird man andere Möglichkeiten haben, sich zu treffen, zu diskutieren." Gegenseitige Feststellung der Streikenden: „Wir beschäftigen uns mit Fougerolles, sich mit den Problemen des Schnellen Brüters zu beschäftigen, ist Sache der Anwohner hier." Eine offene Position, die auf gar keinen Fall eine Verurteilung der Atomkraftwerksgegner bedeutet. Beide werden voneinander profitieren können. Fougerolles und die EDF müssen mit zwei Gegnern rechnen.

DIE GENOSSEN AUS BOLOGNA SIND FREI

Bologna 28.Mai Die 10 Genossen, gegen die seit Anfang April der Prozeß wegen der Studentenunruhen im März letzten Jahres lief, wurden freigelassen. Das Gericht hatte sie zu Freiheitsstrafen bis zu 2 Jahren verurteilt. Ein Genosse, der bei der Stadt abeitete, bekam für 2 Jahre Berufsverbot. Die Genossen waren zum Teil schon ein Jahr lang in Haft.

Vom Gericht wurden sie jetzt für schuldig erklärt, das "Komplott" vom 11.März 77 angezettelt zu haben. Damals kam es nach der Ermordung Francesco Lorussos durch die Polizei zu harten Auseinandersetzungen in der Innenstadt von Bologna. Gegen die von den Studenten errichteten Barrikaden ging die PCI-Stadtverwaltung mit Panzerwagen vor, Bologna wurde militärisch besetzt. Der der KPI nahestehende "demokratische" Richter Catalanotti entwarf das Bild eines "Komplotts gegen den Staat" und erließ mit dieser Begründung die Verhaftungen, ordnete immer wieder Hausdurchsuchungen an usw.

Zu dem Prozeß gegen die 10 Genossen kamen anfangs viele Leute von der "Bewegung" in Bologna; es gab Mitte April - zur Zeit der Moro-Entführung - Demonstrationen in der Stadt, um dagegen zu protestieren, daß der Prozeß überhaupt stattfindet. Die Polizei schritt sofort ein und versuchte auch sonst, die Prozeßbesucher einzuschüchtern. Zum Urteil kamen jetzt nur noch wenige Leute. Nach der Urteilsverkündung rief einer: "Und zu wieviel verurteilt ihr Francesco Lorusso?" - Die Freude über die 10 Freilassungen mischt sich mit Ratlosigkeit, in die "Bewegung" ein Jahr nach den März-Unruhen steckt.

Auch gegen Franco Berardi ("Bifo") von Radio Alice, der inzwischen wieder auf freiem Fuß ist, soll demnächst ein Prozeß stattfinden.

IN DER SCHWEIZ BEGINNT DER PROZESS GEGEN GABRIELE KRÖCHER-TIEDEMANN UND CHRISTIAN MÖLLER

ZÜRICH **28.Mai** *Von der Schwarzen Hilfe Marburg, Postfach 1668:*

Am 2.Juni wird der Prozeß gegen die Gefangenen aus der „Bewegung 2.Juni" Gabriele Kröcher-Tiedemann und Christian Möller im „Schloß Pruntrut", Schweiz, eröffnet. Verhandelt wird gegen sie: versuchter Mord an zwei Grenzbeamten, Gewalt und Drohung gegen Behörden und Beamte, Verletzung des Bundesgesetzes über Aufenthalt und Niederlassung von Ausländern (wegen illegalen Überschreitens der schweizerischen Grenze) und Verletzung des Kriegsmaterialgesetzes. Der endgültige Prozeßbeginn ist sehr kurzfristig bekanntgegeben worden (3 Wochen vor Beginn), was nicht zuletzt zur Folge hat, daß eine effektive Prozeßvorbereitung für die Gefangenen selbst, wie für uns fast unmöglich gemacht wird.

Die Schweizer Behörden scheinen sich hierbei sehr viel Mühe zu geben, im Rahmen der europäischen Antiterrorbekämpfung dem „Modell Deutschland" nachzueifern, dieses teilweise noch zu übertreffen. Die Regieführung wird deutlich an Punkten, wo die BRD konkrete Schützenhilfe leistet: so fahren BKA-Chef Horst Herold und Mogadischu-Wegener zu einem „Antiterrorseminar" in die Schweiz, um mit den Schweizer „Sicherheitsexperten" den „Ernstfall" zu proben. So reiste Justizminister Furgler Mitte Mai dieses Jahres zum „Nachhilfeunterricht" nach Bonn, um mit seinem Amtskollegen Vogel über die Anwendung der Europäischen Menschenrechtskonvention, sowie mit Innenminister Maihofer über



grenzüberschreitende Probleme des Terrorismus aus deutscher Sicht und mit Generalbundesanwalt Rebmann in Karlsruhe über prozessuale Probleme bei Verfahren gegen Terroristen zu sprechen. Die „Frankfurter Rundschau" vom 19.5.78 schreibt weiter unter der Überschrift: „Schweizer Polizisten nehmen Nachhilfe bei den Deutschen" dazu: „Gesprochen wird so gut wie nicht darüber, doch die Behauptung darf füglich gewagt werden: enger als die Bundesrepublik Deutschland und die Schweiz arbeiten gegenwärtig keine anderen Staaten Europas bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus zusammen."

In den Haftbedingungen steht das Amtshaus Bern, in dem Gabi und Christian eingebunkert sind, um keinen Deut dem Modell Stammheim nach. Beide sind in einem toten Trakt völlig isoliert. Jeder Winkel ihrer Zelle wird durch Fernsehkameras überwacht; das bedeutet das völlige Fehlen auch der letzten Intimsphäre, also die permanente optische Überwachung, was in deutschen Gefängnissen im Rahmen der „Selbstmordprophylaxe" angewandt wurde und wird; dabei 24 Stunden lang künstliche Beleuchtung, auch hierzulande ein erprobtes Mittel im Instrumentarium der Foltermittel. Die beiden bekommen bis heute, seit einem halben Jahr, keine Tages- oder Wochenzeitungen, jede Orientierung an den Geschehnissen draußen wird abgeschnitten. Selbst der Anstaltsrundfunk ist den beiden untersagt worden. Um den beiden Gefangenen auch die letzte Orientierungsmöglichkeit zu nehmen, wurde ihnen auch noch die Uhr entzogen. Die Briefzensur wird rigoros gehandhabt, Besuchsgenehmigungen werden abgelehnt.

Einzige Unterbrechung der 24-stündigen Totalisolation ist der tägliche 20-minütige Einzelhofgang, der allerdings nicht im Freien, sondern unter strengster Bewachung in einem Raum innerhalb der Anstalt stattfindet, der lediglich mit kleinen halboffenen Fenstern versehen ist. Dieser Hofgang erfolgt nur an Wochentagen. Das bedeutet nie natürliches Licht oder frische Luft. Die Zellenfenster sind aus Milchglasscheibe, die eine Sicht nach außen völlig verhindern.

Die Verteidigung sieht so aus, daß die Anwälte sich in einem 1qm kleinen Raum pferchen müssen, in dem sie dann durch eine dicke Trennscheibe hindurch mit ihren Mandanten sprechen dürfen. Doch auch dies ist höchstens 2mal die Woche für jeweils eine Stunde möglich. Wie unter diesen Bedingungen, die übrigens für die Schweiz einmalig sind, eine Verteidigung bzw. Prozeßvorbereitung möglich sein soll, ist rätselhaft.

Hinzu kommt, daß die Verteidiger für Prozeßvorbereitung und -führung umgerechnet ca. DM 20.000 benötigen. Wenn dieses Geld nicht aufgetrieben werden kann, steht das Anwaltsbüro kurz vor dem finanziellen Bankrott. Es kann nicht in unserem Interesse sein, daß die politische Verteidigung bankrott geht. Das geht uns alle an: drum spendet auf das Schweizer Konto der Anwälte! Euren Aktivitäten sind natürlich auch sonst keine Grenzen gesetzt!

Anwaltskollektiv Dubois u.a., Badenerstr. 89, 8026 Zürich; Konten: Postscheck: 80 - 4707, Bank: ZKB, Filiale Aussersihl, 40.288

Waltraud Boock:

BEI DIESEN HAFTBEDINGUNGEN IST NUR NOCH ZERSTÖRUNG MÖGLICH

Wien
28. Mai

Waltraud Boock, in Wien gefangen, hat im Januar 1978 einen Bericht über "meine Behandlung unter den Bedingungen österreichischer Gefangenschaft" geschrieben. Wir haben ihren Bericht über ihre Haftbedingung etwas gekürzt:

"Nach ca. 60-stündigen Verhörversuchen und mit einer Gehirnerschütterung, die mir unmittelbar nach meiner Festnahme beigebracht wurde, bin ich am 16.12.1976 in das Landesgericht I, Wien, eingeliefert worden. Seit der ersten Stunde meiner Gefangenschaft wurde Isolation, nach dem Muster deutscher Staatsschutzmethoden, zur Haftbedingung gemacht. D.h.:

1. totale Abschirmung von allen anderen Gefangenen. Durch Einzelhofgang, Einzelbad, Ausschluß von allen Gemeinschaftsveranstaltungen und Unterbringung in einer Einzelzelle.
2. totale Abschirmung von der Außenwelt. Durch Verbot zum Zeitungsbezug und Radioempfang sowie generelles Besuchsverbot. Außerdem die Beschränkung nur einen Brief pro Woche von maximal 2 din A 4 Seiten schreiben zu können. Um dafür zu sorgen, daß jede schriftliche Kommunikation grundsätzlich unmöglich gemacht wird, wurde ein Großteil meiner Briefe an Familie, Freunde und Genossen unterschlagen. Außerdem hat man 90 % aller Briefe, die an mich gerichtet waren, zurückgehalten. Ich bekam nur kurze Mitteilungen, die das Ausmaß von ein paar Zeilen nicht überstiegen.

Ein deutscher Verteidiger meines Vertauens, der in der Lage gewesen wäre, mich sachgerecht zu verteidigen, wurde nicht zugelassen.

Am 4.2.77 wurde ich in einem 8-stündigen Schnellgerichtsverfahren, das betont unpolitisch wirken sollte, scheinbar wegen "Bankraubes" usw. zur Höchststrafe von 15 Jahren verurteilt. Auch hier ließ der Österreichische Staat keinen Zweifel an seinem Vernichtungsinteresse gegenüber bewaffnetem antiimperialistischem Widerstand aufkommen. Der STaatsanwalt begründete seinen Strafantrag mit meiner "üblen Gesinnung" d.h. mit meiner politischen Identität. Für dieses Schauspiel psychologischer Kriegsführung hatte er sich den Richter quasi ausgesucht. Die Geschäftsordnung war deshalb geändert worden. Die Nichtigkeitsbeschwerde meines Verteidigers gegen das Urteil wurde abgewiesen. Am 10.10. setzte das Oberlandesgericht die Strafe von 15 auf 12 1/2 Jahre herab.

Nachdem ich rechtskräftig abgeurteilt war, haben sie mir mitgeteilt, daß meine Zerstörung - das Programm läuft hier unter der Bezeichnung "Umerziehung" - jetzt gesetzlich abgesichert ist. Meine Haftbedingungen wurden weiter verschärft. Eine Verbesserung meiner Behandlung machen sie von meinem "Wohlverhalten" abhängig, sagten sie mir. Aufgrund meiner Erfahrungen kann ich diesen Spruch nur als menschenverachtenden Zynismus betrachten.

Ich werde von allen sozialen Kontakten zu Freunden und Genossen und auch gegenüber der Öffentlichkeit total abgeschirmt. D.h.: grundsätzliche Verhinderung jeder politischen Kommunikation. Schriftverkehr und Besuche werden nur bei Familienangehörigen zugelassen. Die einzige Ausnahme ist hier eine Wienerin, von der angenommen wird, daß sie mich aus rein karitativen Gründen unterstützt. Mein Antrag für eine Erlaubnis, zumindest meine bisherigen sporadischen Kontakte aufrechterhalten zu können, wurde vollständig abgelehnt.

Durch totale Isolation von jeder sinnvollen Auseinandersetzung, die Verrichtung primitivster Arbeiten (z.B. Schrauben zählen) und Unterbringung in einer "Sicherheitszelle", soll das justizförmige Vernichtungskonzept offenbar mit Riesenschritten vorangetrieben werden.

Um mehr Kontaktmöglichkeiten zu anderen Gefangenen zu haben, habe ich eine Woche lang gearbeitet. Während dieser Zeit wurde ich mindestens 2 mal täglich Körperkontrollen unterworfen. Meine Schreibmaschine haben sie mir während der Freizeit, in der ich sie hätte benutzen können, weggenommen, und zwar immer dann, wenn ich von der Arbeit in die Zelle zurückgekommen bin. Auf diese Weise hatte ich die Maschine wöchentlich nur noch 6 Stunden zur Verfügung.

Seit 24.10.77 weigere ich mich zu arbeiten. Ich werde erst dann arbeiten, wenn meine Isolation von allen sozialen Kontakten zu Freunden und Genossen aufgehoben wird und politische Kommunikation möglich ist. Aber auch dann nur unter der Bedingung, daß ich, entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen, eine Berufsausbildung machen kann, die mir persönlich etwas bringt. Ich denke da an die Gebiete Elektronik oder Drucktechnik. Sie haben mir angeboten, daß ich hier Fernkurse auf eigene Kosten machen kann. Trotzdem aber soll ich halbtags als Hilfsarbieterin arbeiten, was ich abgelehnt habe.

Nachdem die Medien von dem Massaker in Stammheim berichtet hatten, haben sie mir meine Rasierklingen weggenommen, die Zelle total durchwühlt, und mir wieder einmal eine Gefangene in die Zelle gesetzt, die dafür bekannt ist, daß sie jedes Wort, das unter den Gefangenen gesprochen wird, dem Anstaltspersonal hinterbringt. Es hat ca. 14 Tage gedauert, bis ich die Gefangene wieder aus der Zelle hatte. Nachdem ich mich beschwert hatte, habe ich die Rasierklingen später zurückbekommen. Aber nach wie vor machen sie jede Nacht mindestens alle 60 Minuten, öfters auch häufiger, Lichtkontrollen, so daß ich oft nicht richtig schlafen kann.

Nach dem Vorbild deutscher Counter-Techniken, soll ich in den nächsten Tagen in eine "Sicherheitszelle" verlegt werden. Die Zelle ist für diesen Zweck neu gebaut worden, und zwar versetzt zu den übrigen Zellen. D.h. es gibt weder oben oder unten, noch an den Seiten angrenzende Zellen. Sie haben deshalb den Teil eines Stockwerks umgebaut. Die Zelle hat extrem dicke Wände und drei Spione. Offenbar wird neben dem Entzug sensorischer Reize auch totale Kontrolle beabsichtigt. Ich werde mich nicht freiwillig verlegen lassen!

Mit der bürgerlichen Presse machen sie mir inzwischen weniger Schwierigkeiten. Die Zeitungen werden zwar kontrolliert, aber in den letzten Monaten haben sie mir nichts herausgeschnitten. Z.Zt. bekomme ich etwa 6 Zeitungen. Den "Spiegel", die "FAZ" und seit 15.1. die "FR" im Abonnement direkt aus der BRD. Außerdem beziehe ich für Januar den "Kurier", die "Arbeiterzeitung" (Zentralorgan der SPÖ) und die Österreich-Ausgabe vom "Stern". Die deutschen Zeitungen erhalte ich frühestens mit einem Tag Verspätung. Normalerweise dauert es 3 - 4 Tage, bis die deutschen Zeitungen bei mir ankommen.

Informationsmaterial bekomme ich inzwischen teilweise. D.h. bestimmte Zeitungen ("ID", "Gegenknast" z.B.) werden zurückgehalten. Was ansonsten noch der Zensur zum Opfer fällt, kann ich im Moment noch nicht überblicken.

Ursprünglich mußte ich immer dann, wenn ich ein Buch bekommen sollte, ein anderes dafür herausgeben. Deshalb hatte ich nur ca. 20 Bücher in der Zelle. Außerdem hatten sie mir pro Woche nicht mehr als 2 Bücher ausgehändigt. Auch das hat sich inzwischen geändert. Z.Zt. habe ich 50 Bücher in der Zelle und mußte in der letzten Zeit auch nichts mehr herausgeben; wenn Bücher geschickt oder abgegeben werden, erhalte ich sie durchschnittlich nach 3 - 6 Tagen. Soweit ich das bis jetzt beurteilen kann, bekomme ich fast alle Bücher ausgehändigt.

Es gibt auch, wie gesetzlich vorgeschrieben, keine Beschränkung mehr darin, wie viele Briefe ich schreiben kann und welches Ausmaß die haben können. Außerdem wird meine Post nicht mehr verschleppt. Ich bekomme sie nach ca. einer Woche.

Auf Grund meiner Isolation ist das alles auch nicht mehr notwendig, denn Post von Freunden und Genossen bekomme ich ja grundsätzlich nicht mehr ausgehändigt. Sie wird zu meiner Personalakte genommen. Meine Verteidigerpost (d.h. auch Briefe an deutsche Verteidiger) wird angeblich nicht zurückgehalten. Wobei die Post an deutsche Anwälte allerdings kontrolliert wird.

"Die Besuche Strafgefangener sind schonend zu überwachen", schreibt das StVG vor. Bei meinen Besuchsgesprächen wird diese gesetzliche Bestimmung zur Farce. Die Besuche werden unrechtmäßig von der Staatspolizei überwacht. Soweit das möglich ist, wird jedes Wort, das gesprochen wird, mitgeschrieben. Außerdem wird die Staatspolizei bei den Besuchen von ca. 6 Justizbütteln verstärkt, die das Besuchsgespräch oft mit Zwischenbemerkungen beleben.
Bei einem Besuch meiner Schwester und meines Bruders griff die Staatspolizei in die Auseinandersetzung ein und begann damit, die Besucher hinsichtlich ihrer Anreise zu verhören.
Bei diesem Psychoterror ist kaum ein Gespräch möglich, das den Beteiligten inhaltlich etwas bringt. Die Besuchssituation wird zur Repressalie und Informationsbeschaffung umfunktioniert.

Bis heute wird mir die Teilnahme an Gemeinschaftsveranstaltungen teilweise verweigert. Diese Maßnahme wird bei anderen Gefangenen nur als sogenannte Hausstrafe angewendet, oder dann, wenn Verdunklungsgefahr besteht.

Da ich hier mit psychologisch aufdrapierten Dressurmethoden konfrontiert bin, verhält man sich mir gegenüber betont höflich, was ebenso wie kleine Zugeständnisse die Funktion hat mein Widerstandspotential zu schwächen und politisches Bewußtsein aus meinem Kopf zu fixen. Nach mehr als einem Jahr Abschirmung von jeder politischen Auseinandersetzung habe ich öfters das Gefühl, daß mir der Kopf platzt. Bei diesen Haftbedingungen ist keine Entwicklung meiner Identität sondern nur noch Zerstörung möglich. Schon jetzt habe ich starke Konzentrationsstörungen, häufig Kopfschmerzen usw.

Ich bin im Sinne der imperialistischen Machtpolitik nicht resozialisierbar und begreife die Techniken, die den Gefangenen das Rückrat brechen sollen, um ihre Verwertbarkeit zu sichern, in ihrer Unmenschlichkeit als die Unmenschlichkeit des Systems."
Man/frau soll versuchen, den Kontakt zu Waltraud Boock über Briefe herzustellen.

Adresse: Waltraud Boock, Landesgericht I, Landesgerichtsstr. 11, A - 1082 Wien

NARITA – DER KAMPF GEHT WEITER !

Seit 12 Jahren kämpfen die Bauern von Sanrizuka gegen die Enteignung ihres Landes zugunsten des neuen internationalen Flughafens Narita. Ihr erbitterter Widerstand war Beispiel für die nun überall in Japan entstehenden Umwelt- und Lebensschutzinitiativen.

1966 entschied die japanische Regierung, die Sanrizuka-Bauern zu enteignen. Auf ihren Widerstand reagierte sie mit Bullenterror - die Flughafengesellschaft mit Bündeln von Banknoten. Doch die Bauern waren stolz und selbstbewußt, radikale Studenten und Arbeiter unterstützten sie, ihr Ansporn war der Kampf des vietnamesischen Volkes gegen die US-Aggression.

Die Bauern forderten gleichzeitig die Wiederherstellung der japanischen Landwirtschaft als Grundlage der Gesellschaft statt der industriellen Aggression, die die Umwelt zerstört und das Denken der Menschen mit Konsumideologie deformiert.



Der Flughafen ist Teil eines Regierungsplans, das Hokuso-Plateau zu industrialisieren, eines der fruchtbarsten Gebiete Japans. Bauern und Fischer verlieren damit ihre Existenzgrundlage.

Die fortschreitende Industrialisierung Japans hat in allen Bereichen katastrophale Folgen für die Umwelt, senkt die Selbstversorgungsrate und steigert die Abhängigkeit von der US-Agrarindustrie. Durch die Kämpfe der Bauern wird immer deutlicher, daß es hier um einen bewußt geführten Kampf für eine alternativ orientierte Entwicklung der japanischen Gesellschaft geht. Verweigerung von Kunstdünger, kollektive Bewirtschaftung und der Direktverkauf durch die Bauern an die städtische Bevölkerung, die die Bauern unterstützt, sind die ersten Anzeichen davon.

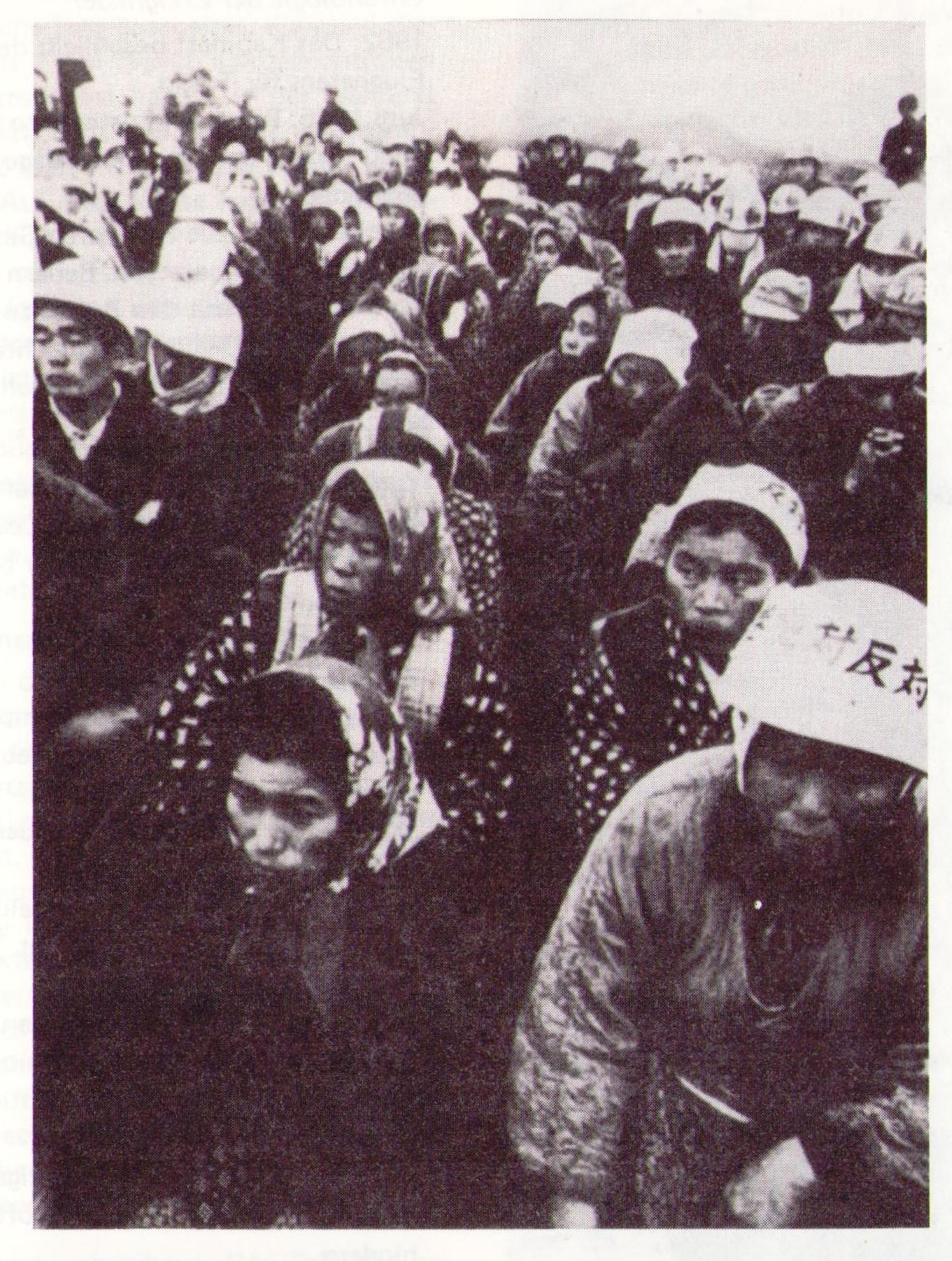
Chronologie der Ereignisse:

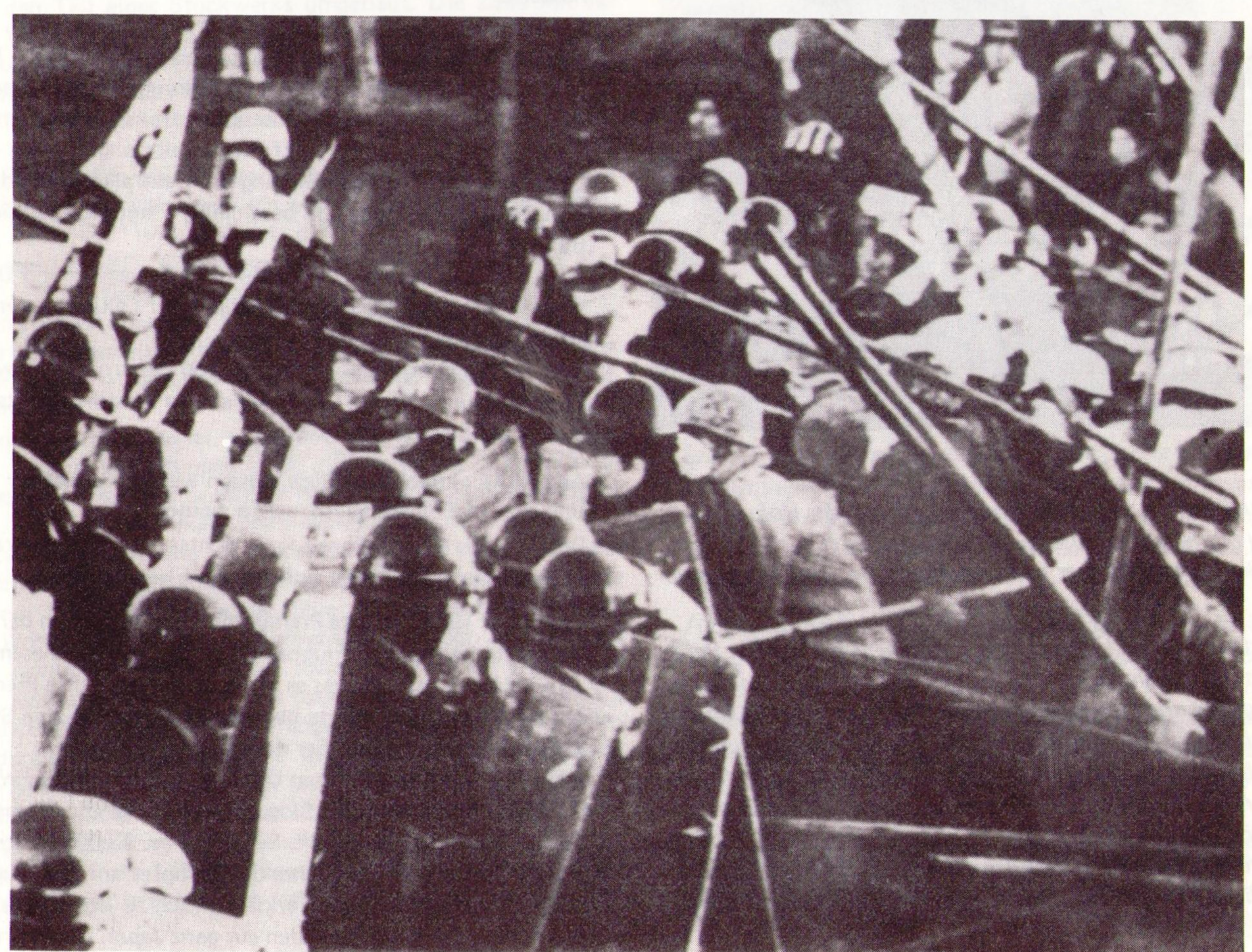
1962: Das Kabinett beschließt den Bau eines internationalen Flughafens für Tokio.
Juni 1965: Premierminister Sato bestimmt Narita als Standort. 1000 Bauern demonstrieren dagegen. Die Oppositions-Liga wird gegründet.
Oktober 1967: Die Flughafen-Gesellschaft läßt das Land von 2000 Polizisten besetzen. Bauern blockieren alle Zufahrtsstrassen und stoßen mit den Bullen zusammen.
Sommer 1968: Tägliche Schlachten über zwei Monate gegen die Landbesetzung. Die Bauern erhalten massive Unterstützung aus ganz Japan.

1969: Die Flughafen-Gesellschaft beginnt mit dem Bau einer Straße zur Rollbahn. 13 Liga-Leute werden festgenommen.
Dezember 69: Der Bauminister bewilligt die Enteignung des geplanten Flughafengeländes.
Februar 1970: Zweiter gewaltsamer Besetzungsversuch von 3000 Bereitschaftspolizisten.
Febr./März 1971: Blutiger Kampf gegen die erste Landenteignung im nördlichen Rollbahngebiet. 461 Leute werden festgenommen.
Juli 71: Der Funkturm der Bauern und eine Untergrund-Festung werden eingenommen.
August 71: Die Flughafen-Gesellschaft gibt den Plan einer Flugzeugtreibstoff-Pipeline bekannt. Die Gemeinderäte unterstützen die Oppositionsbewegung.
Sept. 71: Mit einer unbekannten Anzahl von Polizisten und Maschinen werden die Oppositionellen während der zweiten Enteignungskampagne konfrontiert. Guerillas töten drei Polizisten.
März 1972: Die Oppositions-Liga errichtet einen zweiten 62 Meter hohen Turm, um die Eröffnung des Flugplatzes zu verhindern.
April 72: Vier Kilometer Landebahn sind fertiggestellt.
August 72: Wegen der starken lokalen Proteste legt die Flughafen-Gesellschaft ihren Plan der Versorgungspipeline auf Eis; der Treibstoff soll jetzt per Eisenbahn transportiert werden.
1973: Der Flughafen ist fast fertiggestellt...
Dezember 1976: Die 94. Sitzung des Zentralkomitees der nationalen Eisenbahnerunion beschließt, Flugtreibstoff nicht zu transportieren.
Febr. 1977: Mitglieder der Anti-Atom-Bewegung und Umweltschützer aus ganz Japan demonstrieren in Tokio mit den Sanrizuka-Bauern.
Mai 77: Die Sanrizuka- „Arbeiter- und Bauern-Hütte" wird eröffnet. In einer Nacht- und Nebelaktion zerstört Bereitschaftspolizei die Eisentürme.

August 77: Jumbo-Testflüge müssen wegen brennender Reifen und riesiger Ballons abgebrochen werden.
Dez. 77: Die Oppositions-Liga errichtet ein neues zentrales Lager und eine 20 Meter hohe Beton-Eisen-Festung.

Im Januar 1977 erklärte Premierminister Fukuda in der ersten Kabinettssitzung, den Flughafen Narita „noch in diesem Jahr" zu eröffnen, koste es, was es wolle. Er ist der dritte Premier seit die Kämpfe um Narita begannen; sie wurden zum Symbol des Widerstandes gegenüber dem Staat.
Am 17. April veranstalteten Unterstützungskomitees in Sanrizuka eine Demo mit dem Slogan: „Verteidigt die Türme - Schafft den Flughafen ab!". Es kamen ca. 23.000 Leute, die größte Zahl in der Geschichte des Kampfes um den Flugplatz. Mehr als 10.000 Menschen erklärten sich zu legalen Besitzern der Türme, die durch Spenden aus ganz Japan finanziert wur-


反対



den, eine Taktik, die die Oppositions-Liga einschlug, um klarzumachen, daß die Türme dem ganzen Volk gehören.

In einem Überraschungsangriff am 6. Mai um 3 Uhr morgens umzingelten 1.500 Bereitschaftspolizisten die Türme. Sie schnitten die Telefonkabel durch, um jegliche Kommunikation zu unterbinden, befestigten Kabel an den Türmen und rissen sie um und verbrannten die Holzfundamente mit Acetylen-Fackeln. Zwei Tage später demonstrierten in Sanrizuka 3.700 Leute gegen dies „Foul"-Spiel der Polizisten. Mit Fahnenstangen, Bambussperren, Steinen und Molotowcocktails begegneten sie der schwerbewaffneten Polizei, worauf die Bullen mit Tränengas und Granaten antworteten. Ein 27-jähriger Arbeiter, der die Bauern als Sanitäter unterstützte, wurde durch eine Plastikgranate getötet.
Am Tag nach Abriß der Türme versuchte die Regierung einen Testflug. Die Oppositions-Liga versuchte den Test durch Verbrennen alter Bäume zu verhindern. Wieder stießen sie mit den Polizisten zusammen.

Jetzt begann eine Phase Guerilla-ähnlicher Kämpfe, als Polizeistationen in Narita City und das Gebäude der Flughafen-Gesellschaft angezündet wurden. Es entwickelte sich ein entschlossener, blutiger Kampf, bei dem ein Polizist getötet wurde.

Die endgültige Planung des neuen Flughafens sieht drei Rollbahnen auf einer Fläche von 1065 Ha vor. 515 Ha davon gehören jedoch 21 Familien, die in der Oppositions-Liga mitarbeiten. Flughafen-Gesellschaft und Regierung werden versuchen, auch diesen Teil des Landes gewaltsam an sich zu bringen, um den Bau mit zwei weiteren Rollbahnen fertigzustellen.

Fünf Jahre lang war der neue Flughafen nicht mehr als eine Bauruine. Im Rollfeld bildeten sich erste Risse. Durch den entschlossenen Widerstand der Bauern mußte die Eröffnung siebenmal aufgeschoben werden. Selbst wenn die Regierung den Flughafen offiziell eröffnet haben wird, werden ständig neue Probleme auftauchen. Zum einen ist der Flughafen ein derart verwundbares System, daß die Regierung keine Mittel finden wird, seine vielen lebenswichtigen Teile gegen Guerilla-Aktionen wirksam zu schützen. Seit dem Abriß der Türme haben anonyme Gruppen eine ganze Reihe von Versorgungseinheiten angegriffen, einige angezündet und völlig zerstört. Zudem hat [illegible] Großflughafen mit nur einer Rollbahn eine äußerst minimale Kapazität mit vielen ungelösten Flugsicherheitsproblemen.

Japanische Piloten schrieben in einem Warnbrief, daß sie keine Sicherheitsgarantien übernehmen könnten.
Die Regierung weiß, daß der Flughafen auch nach der Eröffnung nicht funktionieren kann. Trotzdem ist ihr Hauptziel die Zerschlagung der Bauernbewegung und ihrer Unterstützungsgruppen. Nach Ansicht der Regierung würde dies nämlich das Rückgrat der militanten Bewegungen in ganz Japan brechen. Bis jetzt wurden nach Schätzungen etwa 4 Billionen US-Dollar in dieses Projekt investiert. Die Flughafen-Gesellschaft allein hat 960 Millionen Dollar ausgegeben, davon 184 Millionen für Zinsen. Für die Vervollständigung des Gesamtkomplexes wird die Regierung weitere 8 Billionen Dollar ausgeben, was an die Steuerpolitik der USA während des Vietnamkrieges erinnert. Und, wie im Vietnam-Krieg ist es so, daß je mehr die japanische Regierung in dieses volksfeindliche Projekt hineinsteckt, umso mehr Feinde wird sie sich schaffen und der Widerstand wird größer werden. Der Kampf ist noch lange nicht zu Ende.

1976 wurde eine Kinderbrigade innerhalb der Opposition – Liga gegründet. Die Kinder boykottieren die staatlichen Schulen und nehmen aktiv an den Kämpfen teil. Die Medien kritisierten die Oppositions-Liga, „weil sie die Kinder in den Kampf einspannt". Die Kinderbrigade antwortete darauf:
„Die Flughafen-Gesellschaft schaffte Wachen und Polizei mit Knüppeln und Schilden heran, um unser Land zu stehlen. Wir wollen nicht, daß sie unser Narita in einen Militärflughafen umwandeln.
Weil die Schule wichtig für uns ist,
Weil wir lernen wollen,
Weil uns unser Leben wertvoll ist,
Weil uns unser Land wertvoll ist,
kämpfen wir gegen die Wachen, die uns schlagen und aus den Tunnels zerren. Die Tricks der Flughafen-Gesellschaft werden uns nicht besiegen. Wir schließen uns unseren Eltern an, bis wir gesiegt haben!"
Die Kinderbrigade schaffte sich ein eigenes Schulprogramm und wird von Studenten, die nach Sanrizuka kamen, unterrichtet.

Die Kinder von Miyamoto, Yumiku und ihr jüngerer Bruder Mamoru, sind von kleinauf beim Kampf dabei gewesen. Mamoru schloß sich als Hauptschüler der Kinderbrigade an. Er meint „wenn die Kaninchen und die Vögel weg sind, wird es uns schlecht gehen". Seine Schwester erzählt: „Vati kämpft gegen den Flugplatz mit all seiner Kraft. Ich werde ihm mit all meiner Kraft dabei helfen". Yumiku war so entschlossen und unerschrocken, daß sie den Spitznamen 'Rosa Luxenburg von Sanrizuka' erhielt. Yumiku ist heute 20 Jahre alt und studiert an der Abendschule Jura. „Ich will mehr über das wahre Gesicht der Macht erfahren", sagt sie, „und wenn ich einmal Rechtsanwältin bin, werde ich die Menschen vor Gericht verteidigen". Mamoro, inzwischen 16 Jahre alt, hilft seinem Vater bei der Landwirtschaft. Als Sprecher der Sanrizuka-Oberschulen-Vereinigung nahm er aktiv an allen Kämpfen teil.

Auweia Auweia

CHILENEN IM HUNGERSTREIK

FRANKFURT 1. Juni Die Hungerstreikaktionen der Chilenen in Deutschland weiten sich aus: Dem am 24. Mai 78 in Hamburg und Darmstadt begonnenen Hungerstreik schlossen sich unterdessen die Chilenen von Frankfurt, Düsseldorf, Dortmund, Hannover und Essen an. Am 28. und 29. Mai folgten die chilenischen Genossen in Bonn und Gießen. Am Dienstagabend (30. Mai) befanden sich bereits 101 Personen im Hungerstreik.
Die Chilenen wollen sich mit den in Chile selbst Hungerstreidenden solidarisieren. Die Junta soll gezwungen werden, Auskunft über das Verbleiben von verschwundenen Gefangenen zu geben. Die Solidarität im Ausland soll dies unterstützen, auf die Junta Druck ausüben. Insgesamt beteiligen sich Chilenen aus in 16 Ländern - vor allem in Europa und Lateinamerika - an den Aktionen. Solidaritätsbekundungen in der BRD kamen bis jetzt beispielsweise von:
dem Bundesvorstand und Bundeskongreß des DGB
von Bundestagsabgeordneten
von Kirchen, Parteien, Organisationen

Die Chilenen berichten, daß sich in Chile immer mehr Gruppen dem Hungerstreik anschließen. Als besonders wichtig wird dabei die Teilnahme der Pfarrei der Universität von Concepcion bezeichnet, da damit klar wird, daß sich der Streik über die Hauptstadt hinaus ausbreitet.
Streiklokale in Frankfurt:
Amnesty International, Vogelsbergstr. 36, Tel.: 49 61 49
DGB-Haus, Wilhelm-Leuschner-Str. 69, Tel.: 23 08 61

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
D 1870 CX
Informationsdienst
Postfach 900 343, 6000 Frankfurt 90

Bei Nichtaushändigung an den Gefangenen bitte mit dem Grund der Nichtaushändigung an Absender zurückschicken.

Nummer des Abos **bezahlt bis ID Nr.** 3

Achtung, liebe Abonennten!
Wenn auf dem Adressenaufkleber das Zeichen !? ! auftaucht, bitte baldigst Geld überweisen — sonst meinen wir, ihr wollt keinen ID mehr und STELLEN DIE LIEFERUNG EIN.

Posteinlieferung von ID Nr. 231: Mittwoch, 24. Mai 1978, 22 Uhr

von Luca Novelli

